

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: Prämienabende: 12
 Vierteljahr 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 24 Pf. frei ins Haus.
 Einzige Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verordnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 50 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Inseren-
 te und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlaf-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 15. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Monarchistische Kunst.

Zu Trebnitz, dem Jena des „ungekrönten Königs von Preußen“, des Herrn v. Deydebrand und der Kasa, ist dieser Tage dem berühmten preussischen Reitergeneral v. Seydlitz ein Denkmal errichtet worden und zwar stellt es ihn, wenn wir recht berichtet sind, zu Fuße in Husarenuniform dar.

Im allgemeinen bekümmern wir uns um solche Dinge sonst nicht. Wenn wir heute eine Ausnahme machen, so geschieht es nur darum, weil es mit dieser Art von Denkmälern eine besondere Verwandtschaft hat, auf die wir einmal die Aufmerksamkeit lenken möchten.

Diese Denkmäler, die zurzeit wie die Pilze aus der Erde schießen, können dem Volke manches zu denken geben, wenn es nur genau hinschauen will.

Vor einigen Jahren traf ich einmal zu nachtschlafender Zeit in der „Rufenstadt“ Weimar ein. Auf einem freien Platze erblickte ich ein mächtiges Reiterstandbild, das einen mit der Pickelhaube geschmückten martialischen Herrn darstellte. Ich war so naiv, in der Dunkelheit das Standbild für ein Molke-Denkmal zu halten. Als ich am anderen Morgen wieder vorüber kam, sah ich, daß es ein Denkmal des Großherzogs Karl Alexander war, desselben, der bei der Wahl eines Sozialdemokraten im Weimarer Kreise gesagt hat: „Das habe ich um mein Volk nicht verdient!“ Aber die Sache stimmte mich heiter, denn ich hatte diesen Monarchen einmal in der Nähe gesehen und zwar auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin. Als dort unser Zug eintraf, erschienen eine Menge Schutzleute. „Niemand aussteigen!“ rief es gebieterisch. Wir glaubten erst, es werde ein stiefelreich Verfolger gesucht. Aber da ging auf dem Bahnsteig ein kleines, schwächliches Männchen vorbei und das Publikum durfte erst aussteigen, als diese Erscheinung verschwunden war. Es war Karl Alexander, der nie in einem Feldzuge befehligt hat, aber in seinem Standbild zu Weimar als gewaltiger Kriegsheld „berühmt“ ist.

Und da fiel mir mein Irrtum erst ein. Wie konnte ich an Molke denken? Reiterstandbilder werden ja in Deutschland nur den Mitgliedern regierender Fürstenhäuser errichtet! Auf die Größe des Gebietes dieser Herrscher kommt es dabei nicht an. „Handlanger“ wie Molke und andere dagegen müssen, wenn ihre Bilder in Erz und Stein für die Nachwelt errichtet werden, hübsch bescheiden zu Fuße bleiben. Höchstens als „Nebenfiguren“ erlaubt man ihnen einmal zu Pferde zu steigen, wie bei dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu Leipzig. Auch die „Handlanger“ Bismarck und Roon sind diesem Schicksal nicht entgangen. Um das Reichstagsgebäude herum stehen in Erz zu Fuße Bismarck, Molke und Roon, die drei „Paladine“ Wilhelms des Großen, denen in tausendfacher Verherrlichung das Hauptverdienst an der Gründung des Deutschen Reiches zugeschrieben wird. Die monarchistische Kunst gönnt ihnen kein Pferd.

Dies beruht nicht auf einem gefährlichen Geseze; es ist so der „Brauch“. Und wenn der deutsche Bürger einem von ihm besonders verehrten Feldherrn ein Denkmal setzt, so fügt er sich diesem „Brauch“. Es ist dies ein Teil der angestammten Ehrfurcht vor dem Gottesgnadentum.

Nun wird uns niemand mit dem Verdacht behelligen, daß uns diese historische Klassifizierung einen besonderen Kummer verursachen könnte. Jede Kunst entspricht ihrem Zeitalter, und die Zeitalter lösen sich ab. Die Zukunft wird eine neue Kunst bringen. Auch hat die Menschheit in diesem Punkte entscheidene Fortschritte gemacht. Der römische Kaiser Nero, der sich für eine nie dagewesene Größe hielt, verfügte einst, daß sein vom Barbier ihm abgenommener Bart in eine goldene Kapsel eingelötet und „für ewige Zeiten“ auf dem Kapitol aufbewahrt werde. Die Römer von damals durften nicht lachen, und die Majestätsbeleidigung kostete im alt-römischen Kaiserreich gleich Kopf und Krone.

Daß die „Handlanger“ auch als historische Denkmäler zu Fuße bleiben müssen, interessiert uns nur deshalb, weil es eine charakteristische Beleuchtung der monarchistischen Gesellschaftsauffassung ist.

Der General v. Seydlitz, dessen Denkmal dieser Tage in Trebnitz enthüllt worden ist, war ein ganz besonderer Reiterkünstler und hat sich in den schlesischen Kriegen als Kavalleriegeneral hervorgetan; ihm verdankte der alte Fritz die Siege von Koblenz und Zorndorf, sowie seine Rettung bei Hochkirch und er hätte auch bei Aunersdorf den Sieg behalten, wenn es nach Seydlitz' Ratschlägen gegangen wäre. Ueberhaupt wird man bei näherem Zusehen leicht zu der Ueberzeugung kommen, daß der alte Fritz seinen „Handlangern“ weit mehr verdankte, als gewöhnlich angenommen wird. Aber dem Kavalleristen Seydlitz ist im Denkmal — zu Berlin und zu Trebnitz — so wenig ein Pferd gegönnt worden, wie seinem nicht minder berühmten Kriegsgesährten Zieten. Seydlitz als Kürassier, Zieten als Husar, sind von Dichtern und Künstlern, namentlich von Fontane und Menzel, verherrlicht worden; auf dem Wilhelmplatz zu Berlin aber erscheinen sie als „Sandhasen“, wie das „Kuhvolk“ von den eingefleischten Kavalleristen vom hohen Pferd herab verspottet wird. Auch der alte Blücher, dieser populärste Soldat aus den Fürstenfreiheitskriegen, ist im Denkmal auf dem Opernplatz zu Fuß

geblieben wie seine Mitstreiter aus dem Befreiungskriege, die Scharnhorst, Gneisenau, York und Bülow. Nicht einmal den Staatsstreichhelden von 1848 ist ein Pferd gegönnt worden. In der Leipziger Straße stehen sich General von Brandenburg und General von Wrangel gegenüber; nicht einmal der letztere, der mit Reiterstiefeln und Sporen seinen Reittagschlaß zu halten pflegte, hat es zu einem Pferde bringen können.

Man sage nicht, daß es überall in Monarchien so sei. Der „Dank vom Hause Oesterreich“ hat in der Weltgeschichte einen üblen Klang. Aber die Habsburger haben doch ihrem Radehky zu Wien ein Reiterstandbild errichtet. In Rom und in Mailand erhebt sich die Reiterstatue von Giuseppe Garibaldi. Wenn die Monarchie gegen diesen Volkshelden ihren aus mittelalterlichen Vorurteilen überkommenen „Brauch“ inne zu halten versucht hätte, so würde sie damit an dem fast allgemeinen Unwillen gescheitert sein. Aber so unbedeutend die Sache an sich ist, so bezeichnend ist es doch, daß die italienische Monarchie dem Volkshelden, dem Hero der kriegerischen Demokratie Italiens, nicht verweigern kann, was bei uns von der monarchistischen Kunst den treuesten Anhängern und „Handlangern“ der Monarchie mit Verlegung der historischen Eigenart dieser Erscheinungen verweigert wird.

Wir lesen in einem militärisch-politischen Werke: „Die alten Griechen hatten ein Gesez, daß derjenige, der nur einen Sieg errungen hatte, sich edler, größer und schöner abbilden lassen mußte, als er wirklich war. Der durch drei Siege beglückte Feldherr nur durfte getreu und wahr sich öffentlich darstellen lassen.“

Jedenfalls konnte im alten Hellas nach dem ersten Teil dieses Gesezes keiner als Feldherr verherrlicht werden, der überhaupt keinen Sieg errungen. Wäre Karl Alexander dort ein kleiner Potental gewesen, so hätte er schwerlich ein schöneres Denkmal bekommen, als Miltiades oder Ktenophon.

Ceterum censeo: An Kriegsdenkmälern hat die Welt nun mehr als genug. Unser Blick ist der Zukunft zugewandt, die den Helden des Friedens und des Geistes ihre Denkmäler bringen wird!

Der Moabiter Prozeß.

Wie vorauszusehen wurde die Verhandlung am Montag mit der Bekanntgabe des Beschlusses auf Abweisung des Ablehnungsantrages der Verteidiger eröffnet. Er weist keine wesentlich neuen Momente gegen den vom Donnerstag auf — die Gründe sind ebenso dürftig geblieben, wie sie damals waren. Der Prozeß kommt also vor der Lieber-Kammer zum Austrag — die Scharfmacher dürfen vorläufig zufrieden sein. Der Moserprozeß, den sie für ihre Wahlzwecke dringend brauchen, findet statt und zwar vor dem Richterkollegium, in das die Herren Reaktionäre agrarischer wie industrieller Couleur besonderes Vertrauen setzen. Jeweils allerdings der Verlauf des Prozesses ihre hochgespannten Hoffnungen erfüllen wird, das steht noch sehr dahin. Gewiß ist diese Versammlung von 34 Angeklagten, wovon mehr als die Hälfte aus der Untersuchungshaft vorgeführt wird, an sich geeignet, die Vorstellung zu wecken und zu verstärken, daß die Staatsgewalt sich gegen ein verbrecherisches Komplott zu wehren hatten. Wenn man indes die einzelnen Straftaten, die die Anklage verschiedenen Angeklagten zur Last legt — Behauptungen, die erst noch erwiesen werden müssen — in den Eröffnungsbeschlüssen verlesen hört, so gewinnt man doch einen wesentlich anderen Eindruck. Ganz abgesehen davon, daß einzelne dieser Straftaten in gar keiner sachlichen Verbindung mit den Unruhen stehen, viele andere bestehen in nichts weiter als in dem Ausstoßen von einigen Schimpfwörtern gegen die Schutzleute, Schimpfwörter, die unter anderen Umständen vom Schöffengericht in kurzer Verhandlung mit einer gelinden Strafe gestraft werden würden. Infolge der Verbindung der Anklagen besteht jetzt allerdings für diese Verleumdiger die Gefahr, daß den Richtern auf dem Hintergrund der anderen, schwereren Straftaten diese Schimpfwörter bedeutend schlimmer und gefährlicher erscheinen werden, als es sonst geschehen wäre. Ein Umstand, der eigentlich als milderndes Moment in Betracht kommen müßte, kann ihnen infolge des prozessualen Vorgehens der Staatsanwaltschaft und des Gerichts zum strafverschärfenden Grund werden. Sie haben sich bei Vorgängen, die eine weitreichende Erregung hervorriefen, dazu hinreizen lassen, dieser Erregung in einigen unparlamentarischen Worten Ausdruck zu geben. Logischerweise müßte ihnen die allgemeine, ansteigende Erregung als mildernder Umstand angerechnet werden — aus dem Milieu dieses Rieseprozesses aber erwächst die Gefahr, daß das Gegenteil stattfindet.

Der Kampf der Verteidigung um den gesetzlichen Richter war vorerst vergebens — aber er war nicht umsonst. Er hat die Öffentlichkeit in der wirksamsten Weise auf den Charakter des Verfahrens aufmerksam gemacht, er hat seine Tendenz schonungslos enthüllt und aller Welt gezeigt, daß über diesen Prozeß nicht die Götin mit der Binde vor den Augen, sondern die Staatsräson waltet! Und deshalb können die Scharfmacher selbst mit dem Anfange des Prozesses doch nicht so recht zufrieden sein.

Zur eigentlichen Verhandlung kam es auch diesmal noch nicht. Im Namen der Verteidiger (immer unter Ausschluß der Herren Cohnmann und Ulrich) stellte Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld den Antrag, die Verhandlung so lange auszusetzen, bis jedem An-

geklagten auch die Anklageschriften gegen seine Mitangeklagten zugestellt worden seien. In einer wohlbedachten, juristisch gut fundierten Begründung legte der Verteidiger in klar gegliederter Rede auseinander, daß die Angeklagten in ihrer Verteidigung behindert sind, wenn sie nicht genau wissen, was ihren Mitangeklagten von der Anklagebehörde vorgeworfen wird. Herr Cister Staatsanwalt Steinbrecht widersprach und bestritt, daß das Gesez diese Maßregel gebiete. Es kam zu einer interessanten juristischen Debatte, in der die Verteidiger Dr. Rosenfeld, Dr. Heinemann und Dr. Cohn sowie der öffentliche Ankläger das Wort nahmen. Der Gerichtsbeschuß, der nach halbständiger Beratung erfolgte, lehnte den Antrag ab, wie schon Herr Lieber den vor der Hauptverhandlung gestellten Antrag der Verteidiger abgelehnt hatte, doch gab das Gericht der Staatsanwaltschaft anheim, ob sie aus Zweckmäßigkeitsgründen, um den Angeklagten entgegenzukommen, ihnen im Laufe der weiteren Verhandlung die sämtlichen Anklagen zustellen wolle. Herr Steinbrecht hatte sich schon vorher dazu bereit erklärt und wiederholte jetzt die Zusage.

Nachdem sodann die 34 Eröffnungsbeschlüsse verlesen waren, wurde die Verhandlung auf Dienstag 9 1/2 Uhr vertagt, wo dann endlich mit der Vernehmung der Angeklagten begonnen werden soll.

Die „Kaffernrevolte“ in Deutsch-Südwest-Afrika.

Das Gouvernement von Deutsch-Südwest-Afrika versucht nunmehr durch eine offizielle Darstellung das Massaker unter den beim Bahnbau der Strecke Wilhelmstal-Karibib Beschäftigten, aus der Kapkolonie stammenden Kaffern zu erklären und zu beschönigen. Nach dieser offiziellen Darstellung jedoch bleibt die Tatsache bestehen, daß man erst die schwarzen Arbeiter in der unerschörtesten Weise gereizt hat, um sie dann durch Waffengewalt zu „beruhigen“, wobei nicht weniger als 14 dieser Arbeiter getötet wurden!

Nach der amtlichen Darstellung legten am 29. Oktober 80 der Kaffern die Arbeit nieder, um nach Windhuk zu marschieren, woselbst sie mit der Vorseitung selbst verhandeln wollten. Sie wurden aber am übernächsten Tage durch die Polizei wieder nach dem Lager „zurückbefördert“. Da die Haltung der Arbeiter in den folgenden Tagen „weitere Beunruhigungen“ befürchten ließ, wollte der Bauingenieur in Wilhelmstal die „Nadelstähler“ einfach festnehmen lassen, um sie dem Gericht zu überweisen. Natürlich weigerten sich die Nadelstähler, sich einfach widerrechtlich abführen zu lassen. Als dann Soldaten herbeigezogen wurden, um die „Nadelstähler“ mit Gewalt herauszugreifen, töteten sich die Kaffern, etwa 80 Mann, mit Messern und Bleibschwertstücken bewaffnet, zusammen. Rummehr rückte das Militär bewaffnet an. Als die Kaffern sich erneut weigerten, die sogenannten Nadelstähler herauszugeben, sondern eine drohende Haltung einnahmen, umzingelten die Soldaten die Kaffern. Nach der offiziellen Darstellung sollen nunmehr die Umzingelten „gegen die Soldaten angestürmt“ sein und auf sie „eingeschlagen“ haben, so daß die Soldaten von der Waffe Gebrauch machen mußten. Resultat: 14 Tote auf Seiten der Kaffern.

Natürlich hatte weder der Bauingenieur das Recht, sogenannte Nadelstähler verhaften zu lassen, noch waren die Soldaten berechtigt, bei diesen Lohnunterschieden den Handlanger des Unternehmertums zu machen! Wenn man freilich bedenkt, wie bei uns schon Polizei und Militär strupplos gegen streifende Arbeiter verwendet wird, braucht man sich über das rücksichtslose Vorgehen der Soldaten gegen schwarze Arbeiter in Südwestafrika nicht zu wundern. Und handelte es sich um deutsche Schwärze, so würde weder Huhn noch Hahn wegen dieses Massakers krähen! Da es sich jedoch um englische Untertanen handelt, wenn auch nur um Farbige, wird hoffentlich die Untersuchung etwas gründlicher sein.

Das Vorgehen der den Bahnbau ausführenden Firma erscheint um so ungeheurer, wenn man hinzunimmt, daß die Firma nach ihrer eigenen Darstellung die schwarzen Arbeiter bei Lohnunterschieden und Arbeitseinstellungen wiederholt einfach dadurch kitzeln zu machen suchte, daß sie ihnen Kost und Wasser vorenthielt! Da in diesem Durst- und Hungerdick eine solche Vorenthaltung nichts anderes bedeutete, als die Eingeborenen dem Verschmähen preiszugeben, und die Eingeborenen infolgedessen eines Trunkes Wassers wegen viele Kilometer weit nach den Farmplätzen ziehen mußten, bedeutet diese Art, bei Lohnunterschieden die Arbeiter „zur Vernunft zu bringen“, nichts anderes als die Anwendung der brutalsten Gewalt in der denkbar verwerflichsten Form!

So waren denn die Arbeiter vollständig der Willkür ihrer nächsten Vorgesetzten preisgegeben. Als sie den Versuch machten, sich mit der höheren Betriebsleitung selbst in Verbindung zu setzen, wurden sie per Schuß von der Polizei gewalttätig zurückbefördert! Aber damit nicht genug, sollten sie auch noch ihrer Vorführer und Sachwalter gewalttätig beraubt werden. Als sie sich diese neue Vergewaltigung nicht widerstandslos gefallen lassen wollten, richtete man ein entsetzliches Blutbad unter ihnen an!

Daß nach solchen Vorgängen die Arbeiter aus den englischen Besitzungen Südafrikas nicht mehr nach Deutsch-Südwestafrika gehen mögen, wird man ihnen schwerlich verdenken können. Da man aber die Hereros zum größten Teile ausgetrotzt hat und es infolgedessen an schwarzen Arbeitskräften mangelt, erhebt man die Gelegenheit, auch die Ovambos durch einen frisch-fröhlichen Krieg ihres Hab und Guts berauben und ebenso zu rechtlosem Arbeitsvieh degradieren zu können wie die kümmerlichen Reste der übrigen eingeborenen Bevölkerung!

Das Ende des Waffenstillstands.

London, 11. November. (Fig. Ber.)

Nach 21 Sitzungen ist die Konferenz der Haupter der beiden großen bürgerlichen Parteien zu keinem Resultat gekommen. Die acht Teilnehmer haben sich verpflichtet, nichts über die Beratungen der Konferenz verlauten zu lassen, und man wird daher wohl eine Zeitlang warten müssen, ehe sich der Schleier von der geheimnisvollen Erscheinung hebt, deren Treiben uns bis jetzt nur durch die konfultivischen Bewegungen unter der dichten Hülle einigermaßen verständlich wurde. Aber obwohl die Vertrauensmänner beider Parteien gelobt haben, zu schweigen, sind beide Parteien dennoch schon heute bei der Arbeit, sich gegenseitig die Schuld an dem Mißlingen der Konferenz in die Schuhe zu schieben. Die Liberalen behaupten, der erzreaktionäre Flügel der konservativen Partei habe eine Verständigung über die Befreiung hintertrieben, und die Konservativen geben an, die Liberalen hätten es von Anfang an mit der Konferenz nicht ernst gemeint und hätten nicht die geringsten Zugeständnisse machen wollen. Andere sagen wiederum, die Liberalen hätten sich geweigert, die Frage der Selbstverwaltung Irlands durch ein Referendum entscheiden zu lassen. Es ist jedoch müßig, sich mit den gegenseitigen Anklagen zu beschäftigen, die nur den Zweck haben, für die nun unvermeidlichen neuen allgemeinen Parlamentswahlen Stimmung zu machen.

Ueber der Konferenz schwebte der Geist Redmonds, den man nicht bannen konnte. Der Führer der Nationalisten kehrt morgen aus Amerika zurück, beladen mit 40 000 goldenen Sovereigns, die die stets freigebigen irischen Emigranten auf dem Altar des alten Vaterlands geopfert haben. Dieses Mal ist der Goldstrom zur Befreiung des alten Heimatlandes reichlicher denn je geflossen; denn hatte Redmond nicht versucht, daß dies der letzte und erfolgreiche Versuch sei, Irland die langersehnte Home Rule zu geben? Durch seine Versprechungen an die in Amerika wohnenden Landsleute gebunden und gestützt auf die gestülkte Kasse, wird sich der Führer der Nationalisten nunmehr anschicken, von der liberalen Regierung die Bezahlung seiner Dienste zu fordern.

Nach einem langen traurigen Intermezzo wären wir demnach wieder dort angelangt, wo der Gang der Ereignisse mit der Annahme der Vetobill in erster Lesung unterbrochen wurde. Die Vetobill, die sich auf die vorher angenommenen Vetoresolutionen stützte, zerfällt, wie erinnerlich sein wird, in drei Teile. Der erste nimmt dem Hause der Lords das Recht, Geldvorlagen abzändern oder zu verwerfen. Der zweite schränkt das Vetorecht der Lords bei anderen Vorlagen ein; Er bestimmt, daß derartige Vorlagen, wenn sie in drei aufeinanderfolgenden Sessionen vom Unterhaus angenommen und wenigstens einen Monat vor dem Schluß der Session an das Haus der Lords geschickt und dort jedesmal verworfen worden sind, ohne die Zustimmung der Lords und mit der einfachen Genehmigung des Königs Gesetz werden, vorausgesetzt, daß seit dem Datum der Einbringung der Vorlage im Unterhaus bis zu dem Datum, an dem diese Vorlagen im Unterhaus zum dritten Male angenommen werden, wenigstens zwei Jahre verstrichen sind. Der dritte Teil endlich verkürzt die Dauer der Parlamente auf 5 Jahre (anstatt sieben wie bisher).

Rein äußerlich betrachtet, scheint sich die politische Lage seit dem Anfang des Monats Mai ein wenig verändert zu haben; aber innerlich hat sich doch eine merkliche Wandlung vollzogen. Mag auch die Konferenz keine positiven Resultate gezeitigt haben, eines hat sie doch vollbracht. Sie hat vielen Leuten, die selbst noch nach Asquiths Verrat zu Anfang des Jahres an die redlichen Absichten des Ministeriums in der Frage der Lords glaubten und den Kampfruf gegen das Oberhaus nicht nur als eine jugkräftige Wahlparole aufzählten, gewaltig die Augen geöffnet. Welches Vertrauen kann das Volk jetzt noch zu Führern haben, die ihre Gegner scheinbar aufs bitterste bekämpfen und sich gleich darauf mit dem verhassten Feinde ein langes Stelldichein geben. Was wird man alles auf der Konferenz besprochen haben? Wird man besprochen haben, wie man es verhindern kann, den König, der in 7 Monaten gekrönt werden soll, in den konstitutionellen Streit zu ziehen? Wird man geheime Vereinbarungen getroffen haben, um die Iren dennoch um ihren Lohn zu pressen?

Die Antwort auf diese und ähnliche Fragen werden die nächsten Wochen bringen. Doch schon sind Anzeichen vorhanden, die auf die künftige Politik der Regierung schließen lassen. Wenn Asquith wirklich ein energisches Vorgehen gegen das Oberhaus beabsichtigt, so müßte sein erster Schritt der sein, alle fortschrittlichen Elemente gegen den gemeinsamen Feind zu vereinigen. Wie behandelt er nun seinen Bundesgenossen, die Arbeiterpartei? Gestern beschloß eine Konferenz von beinahe 500 Vertretern der Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, eine Deputation an den Premierminister zu schicken, um ihm Resolutionen zu unterbreiten, in denen die Widerrufung des Osborneurteils und die Befreiung der Parlamentsmitglieder gefordert wurden. Heute empfing Herr Asquith diese Deputation, die eine klare Antwort auf das Verlangen der organisierten Arbeiterpartei erwartete. Aber die Antwort fiel schlimmer aus, als selbst der größte Pessimist erwartet hatte. Mit vielen mit tröstlichen Versicherungen vermischten Worten erklärte der geliebte Jurist den Vertretern des Proletariats, daß er sie nicht empfangen habe, um ihnen die Politik der Regierung auseinandersetzen, dies sei kaum die Gelegenheit dazu. Er wolle nur hören, was die Vertreter der Arbeiterpartei vorzubringen hätten usw. in dem bekannten Stil. Was die Befreiung der Parlamentsmitglieder anlangt, so müsse er zwar zugeben, daß diese Forderung in dem Revidierten Programm der liberalen Partei enthalten sei; er hoffe auch, daß die Frage in zufriedenstellender Weise gelöst werde. Mit diesen lapidaren unverbindlichen Zusicherungen entließ er die Deputation. Diese Episode erneuert nicht den Schein, als ob sich Herr Asquith auf die linksstehenden Elemente stützen will. Oder sollte der Premierminister der Arbeiterpartei vertrauen, daß sie auch diese kavalierrmäßige Abfertigung ruhig einsteckt?

Man erwartet allgemein die Wahlen im Januar des nächsten Jahres oder gar schon im nächsten Monat. Die Liberalen glauben, die besten Aussichten zu haben. Der Ausfall der Gemeinwahlen am 1. November und die Resultate der letzten Radwahlen haben ihnen Mut gemacht. Sie hoffen, daß die günstigeren Erwerbsverhältnisse die Migration der Tarifreformer abschwächen werde und daß die große Verwirrung im Lager der Konservativen dazu beitragen wird, ihren Sieg zu vervollständigen. Die konservative Partei macht augenblicklich eine Krise durch. Einer schimpft

den anderen aus. Man verlangt eine Reorganisation der Partei von oben herunter, wobei man vermutlich dem einzigen Staatsmann, den die Konservativen besitzen, Val-jour, der allein die heißhungrige Gesellschaft zusammenhalten kann, den Prozeß zu machen wünscht. Die einflussreichste Sektion scheinen jetzt wieder die alten Reaktionsäre zu bilden, deren Denkapparat viel zu langsam geht, um sich schnell in der klügeren Taktik der jüngeren bürgerlichen Führer zurechtzufinden. Sie haben nichts gelernt und nichts vergessen und sehen nicht die Notwendigkeit ein, sich den veränderten Verhältnissen anzupassen und unhaltbare Positionen aufzugeben. Die vorteilhafte wäre es für die Konservativen gewesen, wenn sie der Parole ihres jungen Führers Smith gefolgt wären. Dieser schlug vor einigen Wochen vor, die konservative Partei sollte sich für die Befreiung der Parlamentsmitglieder aussprechen, damit man der Partei nicht zum Vorwurf machen könne, sie wolle die Vertretung der Arbeiterklasse im Parlament verhindern. Die Maßregel würde der konservativen Partei gar nichts gekostet haben; denn die parlamentarische Vertretung der Arbeiterpartei schadet nur der liberalen Partei. Die beunruhigten Dichtblätter in der konservativen Partei ließen jedoch gleich Sturm gegen diese Neuerung.

Die Liberalen sind geneigt, ihre Chancen zu überschätzen. Die wirtschaftliche Lage ist ihnen günstig, ihr Hauptgegner ist entmutigt und ihrem Konkurrenten um die Stimmen der Arbeiterpartei wird es schwer fallen, die Mittel zu finden, um einen Wahlkampf erfolgreich zu bestehen; aber es ist doch eine große Frage, ob die Arbeiterwähler der nördlichen Industriebezirke nach allem, was in diesem Jahre vorgefallen ist, mit der gleichen Begeisterung für die Liberalen ins Feld ziehen werden wie bei den letzten Wahlen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. November 1910.

Wahlsiege in Frankfurt a. M.

Die gestrige Stadtverordnetenwahl in Frankfurt a. M. hat mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie geendet. Gewählt wurden 8 Sozialdemokraten, 7 Fortschrittler, 2 Nationalliberale und 1 Mittelständler. Das Zentrum erhielt kein Mandat. In Stichwahl kommen 11 Sozialdemokraten mit 6 Fortschrittler, 3 Nationalliberalen und 2 Mittelständler. Die Wahlbeteiligung betrug in einigen Bezirken 80 Prozent, im Durchschnitt 75 Prozent. Wahlberechtigt waren 50 000 Personen, 38 200 haben gewählt. Davon gaben ungefähr 17 000 sozialdemokratische Stimmen ab. Die gesamten Gegner erhielten über 20 000 Stimmen.

Von den 29 zu besetzenden Mandaten hatten die Fortschrittler bisher 13, die Nationalliberalen 4, die Mittelständler 5, das Zentrum 1 und die Sozialdemokraten 6 in Besitz. Die Sozialdemokraten haben den alten Bestand erhalten und bereits 2 Sitze gewonnen, während alle anderen Parteien Verluste erlitten.

Die Einfuhr französischer Schlachtviehs in Baden.

In Karlsruhe ist das erste Schlachtvieh aus Frankreich eingefahren; ein Waggon Döhlen, ein Waggon Farren und drei Waggons Rinder. Besonders die Döhlen sind von guter schwerer Qualität. Insgesamt sind es 54 Tiere, die sofort in besondere Stallungen untergebracht wurden. Nach nochmaliger Untersuchung werden die Tiere auf den Markt gebracht werden. Eigentümer sind Karlsruher Viehhändler. Zu gleicher Zeit ist, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ meldet, das erste französische Vieh in Heidelberg angekommen, und zwar in tadelloser Verfassung und ganz hervorragender Qualität. Die Tiere sind für Rechnung der Heidelberger Fleischerinnung bezogen und von dem Weggermeister Karl Seemann und dem Sohn des Obermeisters Heinrich Koch auf dem Viehmarkt in La Bilette (Paris) eingekauft. Weitere Sendungen erfolgen im Laufe dieser Woche. Die Speisen sind leider infolge des hohen Viehspreises sehr hoch.

Die agrarische Presse ist über diese Vieheinfuhr aus dem Auslande höchst aufgebracht, zumal auch die bayerische Regierung, wie wir bereits meldeten, an die Reichsregierung das Ersuchen stellen will, die Einfuhr von ausländischem Vieh und gefrorenem argentinischen Fleisch in Bayern zu gestatten. Da das verlogene Gerübe, im Auslande wäre das Vieh noch teurer als in Deutschland, durch die Einfuhr glänzend widerlegt wird, denn trotz der sehr hohen Zölle, Frachtkosten und Speisen stellt sich immerhin der Preis der französischen Rinder in Karlsruhe etwas niedriger, als der des gleichwertigen deutschen Rindviehs, so versuchen es jetzt die agrarischen Blätter zur Abwechslung wieder mit der nativen Behauptung, durch die Einfuhr fremden Schlachtviehs würden die deutschen Viehbestände verseucht. Die „Deutsche Tageszeitung“ kündigt bereits eine konservative Interpellation über die Vieheinfuhr im Reichstage an. Sie schreibt:

„Was dem Großherzogtum Baden zugestanden wird, läßt sich schwer dem Königreich Bayern verweigern. Und wenn einmal das französische Vieh eingelassen wird, dann wird man sich auch um die Zulassung anderer ausländischen Viehes bemühen. So verhalten denn auch die bayerische Regierung bereits, daß sie eine Erleichterung der dänischen Schlachtvieheinfuhr bei der Reichsregierung angetragt habe. So wird denn der unbedingt notwendige Seuchenschutz immer mehr durchbrochen, und das in einer Zeit, wo die Folgen der Seuchung klar vor Augen liegen. Man wird dem Reichsanwalt sofort beim Zusammenritte des Reichstages Gelegenheit geben müssen, sich zur Sache zu äußern. Die deutsche Landwirtschaft hat ein Anrecht darauf, zu fordern, daß ihr Vieh gegen die Seuchen des Auslandes geschützt werde. Tut man das nicht, so wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die Viehhaltung zurückgeht und wenn dann wirklich eine Fleischnot eintritt.“

Wenn es sich nur um den Seuchenschutz handelt, warum tritt dann nicht die agrarische Presse für die Zulassung von gelähmtem und gefrorenem argentinischen Fleisch ein? Wird dadurch auch das deutsche Rindvieh verseucht?

Die badischen Nationalliberalen.

Sonntag hielten die badischen Nationalliberalen in Karlsruhe ihren Parteitag ab. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Referat des Parteichefs Redmann über die politische Lage. Der nationalliberale Führer wies zunächst die Grobblököpolitik, die im Landtage eine arbeitsfähige Mehrheit geschaffen habe. Herr Redmann sagte darüber:

„Die Regierung hat im Anfang des Landtages diese Situation nicht erkannt. Vom Regierungstische wurde uns zugerufen, wie es denn möglich sein sollte, daß die Nationalliberalen mit der Sozialdemokratie zusammen Geleise fertig bringen könnten. Der Landtag hat die Arbeit geleistet und die Regierung hat sich schließlich diese Arbeit ganz ruhig gefallen lassen. Der Landtag hat sie geleistet in vertrauensvollem Zusammenarbeiten mit dieser Regierung. Es ist in diesem Landtag nützliche Arbeit für das Land geleistet worden. Diese Tatsache muß immer

und immer wieder ausgesprochen werden, denn sie ist die glänzendste Rechtfertigung für unsere Politik, die auch in unseren Reihen vielfach Widerspruch gefunden hat. Es ist zur Evidenz erwiesen, daß man mit der Sozialdemokratie praktische Arbeit leisten kann. (Bravo!) Das, was noch nirgends möglich war, hier in Baden ist es geschehen und zwar ist es möglich geworden, weil die Sozialdemokratie mit großer Mühseligkeit an die Arbeit gemacht hat und weil sie sich ihrer Verantwortung, die sie mit dem Eintritt in diese Politik übernommen hatte, voll bewußt war.“

Dann erteilte Herr Redmann der Bethmann-Bodmanschen Sammelpolitik eine energische Abfuhr. Die Nationalliberalen könnten den Kampf gegen das Zentrum nicht aufgeben. Die Sammelpolitik habe nur den Zweck, den Groll des deutschen Volkes über die Reichsfinanzreform abzulenken. Die Nationalliberalen sollten diese Blöße bedenken, die an dem Körper des schwarz-blauen Blocks entstanden ist. Das wollten sie nicht und würden sie nicht tun.

Herr Redmann teilte dann mit, daß die Nationalliberalen eine Aufforderung der Konservativen, bei den Reichstagswahlen gemeinsam gegen die Sozialdemokraten vorzugehen, abgelehnt haben, nachdem auf Anfrage die Konservativen erklärt hatten, daß das Bündnis auch das Zentrum umfassen müsse. Mit dieser Partei sei ein Zusammengehen unmöglich. Bei Besprechung der Sammlungsliste kam dann Herr Redmann auch auf die Maßregelung des Herrn Knispberger zu sprechen, um diese Maßregelung zu — einschuldigen und zu verteidigen! Es sei „ein alter Grundsatz, daß politische Beamte die jeweilige Politik der Regierung nach außen zu vertreten haben, unbeschadet dessen, was jeder einzelne im Innern denkt“. In den Vereinigten Staaten wechselten die Beamten ja auch mit dem Wechsel der Parteiherrschaft. Die Vorwürfe gegen Bodman überstiegen daher das Maß des Zulässigen. Aber — man muß diesen echt nationalliberalen Giertranz genau reproduzieren — „sollte sich irgendwo oder irgendwie die Keigung zeigen, (aber Herr v. Bodman hat doch nicht nur Keigung gezeigt, sondern die Tat begangen!) den Beamten die Ausübung ihrer politischen Rechte zu verkümmern, so würden wir Nationalliberale dem mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Ich traue am allerwenigsten dem Minister v. Bodman zu, daß er das tun wird, denn er ist ein durch und durch liberaler Mann und wir müssen ihn schätzen, soweit es in unserer Macht steht.“

Das ist doch wenigstens eine neue Definition eines „durch und durch liberalen“ Ministers. Das ist nämlich ein solcher, der Beamte, die als Privatpersonen nationalliberale Politik vertreten, kraftversetzt. Und das ist allerdings ein Liberalismus, den sich nicht nur Herr v. Bodman, sondern ebensogut Herr v. Bethmann ruhig gefallen lassen kann. Die armen Jungliberalen! Da haben sie — ebenso wie die nationalliberalen Blätter und die Fortschrittler — Protest im Protest gegen die Maßregelung ihres Parteifreundes erhoben und jetzt erfahren sie, daß das eigentlich nur Demokratie ist; in Amerika macht man's auch so. Nun hat man allerdings bisher gemeint, daß die Art der Stellenbesetzung in den Vereinigten Staaten nichts mit Demokratie, sehr viel aber mit der politischen Korruption zu tun hat. Aber der nationalliberale Führer kam eben auf keine geschicktere Ausrede, um Herrn v. Bodman, an dem nun einmal offenbar alle Grobblököpftler einen Narren gestressen haben, zu verteidigen.

Den Schluß der Rede bildeten dann ein paar dumme Ausfälle gegen die Sozialdemokratie, die der Herr für Roobit und sogar für den Eisenbahnerstreik in Frankreich verantwortlich machte. Immerhin beruhigt die Angriffe des Schlußes noch immer weniger unangenehm als das Lob der „Mäßigung“ im Eingang der Rede.

Der Parteitag stimmte den Ausführungen Redmanns zu und nahm von der Fassung einer Resolution Abstand.

Die Internationale des Polizeifäßels.

Die Zentrumspreffe ist bekanntlich mit an der Spitze gewesen, als es galt, für die Unruhen in Roobit die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Mit allem Eifer christlicher Nächstenliebe waren Blätter wie die „Germania“ — wir erinnern an den Artikel mit dem Satz vom „sozialistisch verseuchten Roob“ — bemüht, Polizei und Gericht zu „rückwärtslosem Einschreiten“ gegen die Unruhmisstrer, die natürlich im sozialdemokratischen Lager sitzen, aufzuheben. Die staatsretterische Sehnsucht der Kerikalen erstreckt sich sogar auf die Nachbarländer, wo der Geist der Verfassung und das Freiheitsgefühl des Volkes verhindert haben, daß sich die Polizei zur Höhe preußischen Schneids entwickeln konnte. So haben bekanntlich die Brüßeler Sozialdemokraten jüngst bei der Eröffnung des Parlaments ungehindert von Polizei und Militär, in einer Weise demonstrieren dürfen, die für Preußen-Deutschland den Umsturz aller Ordnung und Sitte bedeuten würde. Das läßt in einem Kerikalen Blaite, dem „Patriote“, Sehnsucht nach unseren Staatsrettern entstehen, indem es klagt über die „böllige Untätigkeit der am Tage der Parlamentsöffnung doch so zahlreich auf dem Wege des Königsparades aufgetretenen Polizeimannschaften gegenüber dem standlosen Treiben sozialistischer Kotten“, und das darauf zurückführt, daß der sozialistische Abgeordnete Grimard seit Jahren es darauf anlege, die Brüßeler Polizei „sozialistisch zu verseuchen“, indem auf seine Empfehlung zahlreiche Sozialdemokraten als Polizisten angestellt worden seien.

Die deutsche Zentrumspreffe greift diesen staatsretterischen Bissen mit Wonne auf und der Brüßeler Korrespondent der „Sölnischen Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Gute Kenner der Personalverhältnisse bestätigen diese Anklage des „Patriote“, und das Verhalten der Polizeimannschaften am Dienstag, wo sie weite Trottoirstrecken von vornherein gegen das Publikum abgesperrt, dann aber im letzten Augenblick für zahlreiche Kotten, die schon durch ihre roten Fahnen weithin als Sozialdemokraten erkennbar waren, freigegeben hatten, sollte in der Tat die Aufsichtsbefehle dringend veranlassen, in die Zusammennehmung des Brüßeler Polizeikorps einmal hineinzusehen.“

Nun wissen wir also, was Belgien noch fehlt. Es ist zwar ein katholisch regiertes Land, ausgezeichnet durch eine übergroße Zahl von Klöstern und Aneipen, durch lange Arbeitszeit und geringe Löhne, sowie durch seine massenhaften Analphabeten. In dieser Beziehung ist es ein kerikales Mutterland. Aber eins fehlt ihm noch zur Vollkommenheit: die Plüte, die schießt, und der Säbel, der haut — wenn die Arbeiterklasse von der Verfassung Gebrauch macht und auf der Straße demonstriert, die außer für den Verkehr höchstens nur noch für kirchliche Prozessionen und Ergebenheitskundgebungen der kerikalen Regierung gegenüber da sein soll. Vielleicht benutz das Zentrum seinen Einfluß, zu veranlassen, daß Herr v. Jagow nach Brüßel geschickt wird, um die dortige Polizei zu reorganisieren und ihr zu zeigen, wie man mit „sozialistisch verseuchten Roob“ fertig wird.

Landtagauflösung in Schwarzburg-Rudolstadt?

Im Rudolstädter Landtag standen am Sonnabend die von der Regierung eingebrachten Gesetzesentwürfe betreffend Schaffung einer Kapitalrentensteuer, Veränderung des Einkommensteuer- und Wänders des Wädlgesetzes in Bezug auf die Höchststeuerten zur Generaldebatte. In einer längeren Erklärung über die Finanzlage des Landes betonte Staatsminister Freiherr v. d. Rede die Notwendigkeit der Annahme der eingebrachten Vorlagen mit der Bedingung, daß die Regierung nur Wert auf das Zustandekommen der Finanzgesetze lege,

wenn auch die Wenderung des Wahlgesetzes vom Landtag akzeptiert werde. Gleichzeitig müsse eine Festslegung der Grund- und Gebäudesteuer sowie der Gewerbesteuer angestrebt werden, die der Landtag bisher von Etat zu Etat bewilligte. In der Debatte erklärten sich sowohl die Agrarier als auch unsere Genossen gegen eine derartige Festslegung, die den Einfluß des Landtages wesentlich schwächen und die allmähliche Abschaffung der Grund- und Gebäudesteuer verhindern würde.

Im Namen unserer Fraktion gab Genosse Hartmann die Erklärung ab, daß unsere Genossen im Landtage alle Mittel in Bewegung setzen und nötigenfalls auch in die Obstruktion treten würden, falls die Regierung die Erhöhung des Wahlzensus der Höchstbesessenen von 120 auf 300 M. durchzubringen versuche. Sollte die Regierung bei Ablehnung dieser Wahlrechtsverschlechterungsvorlage die anderen Gesetze zurückziehen, eventuell zu einer Landtagsauflösung schreiten, so würde unsere Partei die volle Verantwortung vor dem Volke tragen.

Im weiteren Verlauf der Debatte meinte der Staatsminister, daß die Regierung auf die Wahlrechtsvorlage bestehen müsse und daß sie eventuell an das Land appellieren wolle, falls keine Verständigung über die eingebrachten Gesetzesentwürfe zustande komme.

Viel Erfolg wird diese Drohung kaum haben.

Ein neuer Zeppelin?

Man schreibt uns:

In verschiedenen Tagesblättern war vor einigen Tagen die Notiz zu finden, daß bei einer stattgefundenen Zusammenkunft zwischen dem Prinzen Heinrich und dem Grafen Zeppelin Verhandlungen über die Beschaffung eines neuen Zeppelin-Schiffes für die Militärbehörde geführt worden seien.

Nach den keineswegs günstigen Erfahrungen, welche die Militärbehörde mit den „Z“-Schiffen gemacht hat, muß es wundernehmen, daß überhaupt auch nur der Gedanke an die fernere Beschaffung eines solchen Luftschiffes aufstehen kann.

Die Gründe, welche die Verwendung eines Zeppelins als Militärflugzeug unmöglich machen, sind doch bei den letzten Havarien der „Z“-Schiffe, die ihre völlige Zerstörung im Gefolge hatten, so deutlich zutage getreten, daß auch der größte Verehrer des verdienstvollen Grafen sie einsehen mußte.

An und für sich mag die Theorie, daß ein starres Luftschiff an Schnelligkeit und Betriebssicherheit, solange es in der Luft, in seinem Element ist, dem unstarren oder halbstarren überlegen sei, berechtigt sein, allerdings auch nur dann, wenn es hinsichtlich der Schnelligkeit gleiche Verhältnisse wie die anderen Luftschiffsysteme aufweist. Beim Landen aber, oder während der Verankerung auf festem Boden ist ein „Z“-Schiff in fortwährender höchster Gefahr, sobald der Wind böig wird oder sich an Stärke der Schnelligkeit der Eigenbewegung des Schiffes nähert, denn im letzteren Falle würden auch die schnelligsten angeworfenen Motoren das Schiff nicht mehr retten können. Ein unstarres oder halbstarres Luftschiff kann aber im kritischen Moment mit Hilfe der Netze fast momentan entleert und damit vor der Zerstörung bewahrt werden.

Wenn nun auch durch irgend eine Vorrichtung die vielen Behälter der „Z“-Schiffe von dem Gase befreit werden könnten, so wäre damit doch noch nichts gewonnen, denn erstens würde der windanfängende Körper als solcher bestehen bleiben und von dem Sturm auf dem Erdboden hin- und hergewälzt werden, zweitens würde das Aluminiumgerüst gar nicht imstande sein, in diesem Falle auch bei Windstille, auf der kleinen Fläche, auf welcher es auf dem Boden aufliege, sein eigenes Gewicht zu tragen. Also auch hierbei würden Deformationen in der Gestalt des Schiffes eintreten, die die bedingungslose Unbrauchbarkeit des Fahrzeuges zur Folge hätten.

Einedrings bringt das „starre System“ diese nicht zu beseitigenden Uebelstände mit sich, zweitens aber ist das Aluminium auch in seinen Legierungen das unzuverlässigste Material und, abgesehen von seiner Leichtigkeit, zu Luftschiffen sehr schlecht geeignet.

Allerdings mag in der Art und Weise wie ein Zeppelin auf festem Boden zu verankern ist, noch manche Verbesserung möglich sein, defenungsgachtet sind aber die angeführten Hauptmängel, soweit sie mit dem System in Verbindung stehen, nicht zu beseitigen; sie machen deshalb die Verwendung der Zeppeline als Militärflugzeuge unmöglich.

Die Militärverwaltung soll sich ja von Anfang an sehr energisch gegen den Ankauf von Zeppelin-Schiffen gestäubt haben, und, wie die Folge gelehrt hat, sehr mit Recht! Der einzige noch lebende Zeppelin-Flieger wird ängstlich behütet und nur bei ruhigstem Wetter aus der Halle gezogen, er ist der Schrecken der verantwortlichen Führer.

Zu Vergnügungsfahrten bei gutem Wetter ist ein „Zeppelin“ wohl geeignet, er bietet den Mitfahrern hohen Genuß; für militärische Zwecke haben aber solche kostspieligen und empfindlichen Fahrzeuge keinen Wert.

Wenn also jetzt auch der Luftmilitarismus bereits Millionen verschlingt, sollte man wenigstens um so peinlicher jede Geldverschwendung vermeiden, die selbst vom militärischen Standpunkt aus verwerflich erscheint.

In den Armen liegen sich beide!

Nicht nur zwischen dem Reichshofsekretär Bernuth und dem Admiral v. Tirpitz, sondern auch zwischen Bernuth und dem Kriegsminister v. Heeringen besteht, wie einige gute Beziehungen zum Kriegsministerium unterhaltende Blätter zu melden wissen, das schönste Einvernehmen. In der Werbung der „Deutschen Reichsarmee“ von den Kämpfen zwischen Bernuth, Heeringen und Tirpitz steht, wie versichert wird, auch nicht ein Körnchen Wahrheit. So schreibt z. B. die „Rhein.-Westf. Ztg.“:

Hierzu erfahren wir von unterrichteter Seite im Kriegsministerium, daß die ganze Werbung durchaus unzutreffend ist. Zwischen General v. Heeringen und dem Staatssekretär des Reichshofamtes ist kein bester Einvernehmen eine vollständige Einigung erzielt worden. Auch ist der weitere Teil, daß der Kriegsminister die Forderung eines Septennats statt eines Quinquennats beabsichtigt habe, vollständig unzutreffend.

Eigentlichen Wert haben solche Versicherungen natürlich nicht.

Beamtenflucht aus dem Reichsverbande gegen die Sozialdemokratie.

Mit tiefer Betrübnis teilt die „Kreuzzeitung“ in ihrer Sonntagsnummer aus einer Rede des Reichsverbandsgenerals v. Liebert mit, daß im letzten Jahre 4052 Austrittserklärungen aus dem Reichsverbande erfolgt sind und daß unter den Ausgetretenen nicht weniger als 1214 Beamte sich befinden. Das sei ein tieftrauriges Zeichen der Zeit. Man dürfe ohne weiteres annehmen, daß die 1200 Beamten liberal seien und durch die „liberale Steuerbege“ zu dem Entschluß gedrückt worden seien, nicht länger in einem Verein mit konservativen Männern zusammen gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten. Vielleicht würden sie im Großbilde die Bundesgenossenschaft der „Umsturzpartei“ gegen die Konservativen suchen. Die „Kreuzzeitung“ schließt ihre Jeremiade mit der dringenden Aufforderung an alle Beamten, der konservativen Partei beizutreten.

Frankreich.

Neue Dreadnoughts.

Paris, 14. November. Bezüglich der vom Marinenausschuß der Kammer beschlossenen Forderung, den Bau zweier weiterer

Panzerschiffe in Angriff zu nehmen, wird gemeldet, die Regierung beabsichtige, ebenso wie im laufenden Jahre auch im Jahre 1911 die Kiellegung zweier Dreadnoughts zu beginnen. Man glaubt, daß sich die zuständigen Marinehörden, die demnächst die Frage zu prüfen haben, für den 23 000 Tonnen Typ mit zehn 34 Zentimeter-Geschützen in fünf Panzertürmen in der Längsbachse aussprechen werden.

England.

Die Politik der Iren.

London, 14. November. Der irische Nationalistenführer Redmond ist gestern Abend von seiner Reise nach Amerika zurückgekehrt. Es wurde ihm ein glänzender Empfang bereitet, wie er seit der Rückkehr von Amerika im Jahre 1880 nicht mehr vorgekommen ist. Als sein Dampfer gestoppt wurde, lobten die Freudenfeuer auf den Höhen längs der ganzen Küste empor bis nach Queenstown. Salutsschiffe wurden abgefeuert und Raketen stiegen auf. Bei seiner Landung in Queenstown erklärte Redmond, die Wärme seines Empfanges in Amerika sei unvergleichlich gewesen. Die Summen, die er durch Subskription für die irische Sache erhalten habe, beliefen sich auf 200 000 Dollars.

Redmond erklärte in seinen Ansprachen in Cork und Dublin, die Ereignisse nähmen eine Entwicklung, die den Triumph der Homerule sichere. Er gehe nach London, um von den englischen Parteien in ihrer schwierigen Lage die besten Bedingungen zu erlangen, die möglich seien. Der gegenwärtige Kampf der Parteien untereinander gewähre Irland eine unvergleichliche Gelegenheit und könne nur mit der schleunigen Beseitigung des einzigen Hindernisses für die Errichtung eines irischen Parlaments enden.

Auch dem irischen Nationalistenführer O'Connor, der soeben von einer politischen Reise durch Kanada zurückgekehrt ist, wurde von den in London lebenden Iren gestern eine begeisterte Kundgebung dargebracht. O'Connor erklärte, Amerika sei bereit, die Bestrebungen der Iren zu unterstützen.

Mehrere konservative Zeitungen erheben seit dem Scheitern der Vorkonferenz heftige Vorwürfe gegen das Kabinett, daß es von der irischen Unterstützung abhängig sei. Nicht nur England allein, sondern das ganze britische Reich sei einer unerhörten Beschämung und Gefahr ausgesetzt durch den Versuch, die britische Verfassung mit amerikanischem Gelde zu zertrümmern. Dieser Vorwurf bezüglich der irischen Homerule wird wahrscheinlich ein Hauptpunkt der konservativen Wahlparole sein.

Schöpflinger Lloyd-George hat den Zeitungen ein Schreiben zugesandt, in dem es heißt: Wir haben vergebens jedes Mittel angewandt, auf verhältnismäßigem Wege für alle Briten die gleichen politischen Rechte zu erlangen. Jetzt sind wir zum Kampf getrieben worden um eine unparteiische Behandlung im Deimatlande. Wir weisen den Anspruch der 600 Tory-Peers zurück, daß sie dazu geboren seien, über das Schicksal von 45 Millionen Landsleuten zu verfügen und deren Wünsche nach einer guten Regierung mit Füßen zu treten.

Ein neues Riesenschiff.

London, 14. November. Wie die Blätter melden, schreibt die Admiralität den Bau eines neuen Kriegsschiffes aus, das größer, schneller und stärker sein soll, als irgend ein bereits bestehendes oder im Bau befindliches Schiff der englischen Flotte. Es soll den Panzerkreuzer „Lion“ noch übertreffen und eine Wasserverdrängung von 28 000 Tonnen, eine Länge von 720 Fuß und eine Geschwindigkeit von 30 Seemeilen haben, gegen 25 000 Tonnen, 600 Fuß und 28 Seemeilen des „Lion“.

Rußland.

Eine unwahrscheinliche Behauptung.

Petersburg, 14. November. Der Minister des Innern Stolypin hat in einem Schreiben an den Präsidenten der Duma darauf aufmerksam gemacht, daß der Kaufmannsangeordnete Nicolai Tschaidse, ein einflussreicher Führer der Sozialdemokraten, auf Grund falscher Dokumente in die Duma gewählt worden sei.

Amerika.

Die mexikanischen Feindseligkeiten.

Washington, 14. November. Ein Amerikaner verwundete in Aguadafajara einen Mexikaner durch einen Revolveranschlag, während ein Mexikaner namens Ope den Polizeichef in Anardarko (Oklahoma) ermordete. Die Behörden beider Länder bemühen sich, weiteren Ausschreitungen Einhalt zu tun. Der Gouverneur von Oklahoma hat für den Fall der Verhaftung Opes sorgfältigste Bewachung angeordnet, um ein Lynchgericht zu verhindern.

Neue Uraknen.

New York, 14. November. Ein Telegramm aus San Juan del Sur meldet, daß in Leon die Menge einer Truppenabteilung, die zur Unterdrückung einer politischen Kundgebung aufgebildet war, Widerstand geleistet habe. Die Truppen hätten mit Artilleriefeuer die Straße gesäubert, wobei viele Personen getötet oder verwundet worden seien.

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Protokoll vom Internationalen Kongress in Kopenhagen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Von der Tagesordnung sind von besonderer Bedeutung die Verhandlungen über: Das Genossenschaftswesen — Die Arbeitslosenversicherung — Die Beseitigung des Weisfriedens — Abschaffung der Todesstrafe — Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung — Die Verwirklichung der internationalen Solidarität. — Das Protokoll kostet 1,50 M., gebunden 2 M. Vereinsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Der Ideenkampf gegen den Sozialismus. Letztes Heft der Wochenzeitschrift Vorwärts: Der Klassenkampf des Proletariats. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Das soeben erschienene Heft hat folgenden Inhalt: Die göttliche Weltordnung — Das Ralthussische Gesetz — Die neue Weltanschauung — Die freie Konkurrenz — Rechtfertigung der Kapitalistenklasse — Die Sparsamkeit — Die Verknüpfung — Die Unternehmertätigkeit — Die Unternehmerinitiative — Die „Kollektivität“ der Arbeiter — Die „Macht“ des Proletariats — Die Abtötung der Religion — Das nationale Argument — Die Herkunft der Familie — Die Zwangsvererbung — Die Organisationschwierigkeiten — Die Abschaffung des Privateigentums — Das Erbrecht — Die Handwerker- und Bauernfrage — Der Handel und die Kaufmannschaft — Berufswahl und soziale Gleichheit — Die revolutionäre Methode. Preis 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

„Bildungsarbeit“. Blätter für das Bildungswesen der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich. Redaktion und Verwaltung, Wien V, Wienstraße 89a. Von dieser Zeitschrift ist soeben die zweite Nummer des zweiten Jahrgangs erschienen, die wieder eine Reihe interessanter Beiträge bringt. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Die Erziehung der neuzeitlichen Gewerkschafter. — Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Disposition eines Vortragszyklus von sechs Vorträgen. — Gewerkschaftliche Unterrichtsstufe. — Eine Arbeiterbibliothek. — Bericht der Zentralstelle für das Bildungswesen. — Auch ein Bildungsmittel. — Christlichsozialer Bildungsarbeit. — Deutschnationale Bildungsarbeit. — Die Volkszählung. — Bücherkan. — Eine Verteilung von Raimunds Werken. — Das Jahresabonnement der Zeitschrift beträgt 2 Kronen.

Erfolgreiche Verhandlungskonferenz in Essaf-Lothringen.

Im elfässischen Parteifreie ist, was die Organisationsfrage und die Frage der Zukünfte an die zum Wälthäuser Agitationsbezirk gehörenden Wahlkreise Altkirch-Thann und Gebweiler betrifft, auf einer unter dem Vorsitz des Genossen Ebert in Straburg abgehaltenen Konferenz volle Verständigung erfolgt. Die beiden elfässischen Parteiblätter brachten in der Nummer vom letzten Sonnabend diese gleichlautende Veröffentlichung:

„Am letzten Mittwoch fand in Straburg eine Besprechung zwischen dem Landesvorstand und dem Vorstand des Kreisvereins Wälthäuser unter Leitung eines Vertreters des Parteivorstandes statt. Die Besprechung ergab die einhellige Zustimmung zur Schaffung einer aus fünf Genossen bestehenden Revisions- und Beschwerdeinstanz, die in der Weise gebildet werden soll, daß zwei Mitglieder von den Delegierten aus dem Verbreitungsbezirk der „Wälthäuser Volkszeitung“, zwei Mitglieder von den Delegierten aus dem elfässischen Verbreitungsbezirk der „Freie Presse“ und ein Mitglied von den lothringischen Delegierten auf der Landesversammlung gewählt werden. Bis zur Wahl dieser Landes-Kontrollkommission durch die nächste Landesversammlung fungiert der Parteivorstand als Kontrollinstanz.“

Die Halleenser Polizei weiß nicht alles.

Zu der Verächtigung der Halleenser Polizeiverwaltung in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ schreibt unser dortiges Parteiblatt u. a. folgendes:

Aus unserer örtlichen Kenntnis heraus müssen wir zu dieser Verächtigung sagen, daß sie selbst ganz außerordentlich der Verächtigung bedürftig ist.

Zunächst fragen wir: Wenn es unrichtig ist, daß die bekannte Heide-Versammlung ohne Kenntnis der Halleischen Polizei stattgefunden hat, weshalb ist denn gerade an dem Tage der Kommunisten des „zuständigen“ Polizeibezirks, Herr Sommer, der Urlaub gegeben?

Und ferner fragen wir, an welcher Stadtgrenze denn die Genossen von der Halleischen Polizei in Empfang genommen wurden, als sie von der Heide zurückkamen? Läuft die Stadtgrenze mitten durch Halle? Denn erst bei der Drummstrasse sieht man auf den ersten Ordnungshüter, der ein mehr verwundertes als wissendes Gesicht macht.

Wenn die Halleische Polizei „von allem Bescheid wußte“, wieso ging dann, als erste Meldung von den „ungeheuerlichen Heideforschern“ kam, ein Hegen und Jagen und Telephonieren los, als sei der berühmte „Umsturz“ leibhaftig in Halles Mauern erschienen?

Wenn weiter die Halleische Polizei von dem „ungeheuerlichen Vorhaben der Genossen“ so rechtzeitig Kenntnis hatte, weshalb teilte sie denn der Nachbarpolizei nicht die geplante Freveltat mit, um sie so zu verhaften? Sie leistet doch sonst in der „Verhütung strafbarer Handlungen“ Vorbildliches!

Mit der von der Polizeiverwaltung behaupteten gottähnlichen Allwissenheit scheint es danach nicht sehr weit her zu sein.

Gemeindevahlerfolge.

Die Stadtverordnetenwahlen für die 3. Abteilung in Erfurt, die vom 7.—12. November — sechs Tage! — dauerten, brachten für die sozialdemokratische Kandidatenliste einen erheblichen Stimmenzuwachs gegen das Jahr 1908. Damals betrug die durchschnittliche Stimmenzahl für jeden Kandidaten 1422, während sie dies Jahr auf 2171, also um rund 750 Stimmen stieg. Die vereinigten bürgerlichen Gegner blieben mit 2318 bis 2856 Stimmen zwar in der Mehrheit, ihre durchschnittliche Stimmenzunahme betrug aber nur 444. Es wurde infolge der von beiden Seiten betriebenen sehr rührigen Agitation eine Wahlbeteiligung von über 88 Proz., der bisher bei Erfurter Kommunalwahlen höchste Stand, erzielt.

Bei den Gemeinderatswahlen in Hilsfeld in Oberhessen wurden zwei sozialdemokratische Vertreter in das Stadtparlament gewählt.

Einen schönen Sieg errangen unsere Genossen in Suhl (im Erfurter Wahlkreis) bei den Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung. Andere drei Kandidaten wurden mit fast 300 Stimmen Mehrheit gewählt, sie erhielten 421 bis 451 Stimmen, während es die Gegner nur auf 147 bis 161 Stimmen brachten. Bei einer Wahlbeteiligung von 305 kamen vor zwei Jahren 84—110 Stimmen auf unsere Liste, während in diesem Jahre bei einer Wahlbeteiligung von 641 unsere höchste Stimmenzahl 451 betrug, was eine Stimmenzunahme von 341 bedeutet.

Endlich!

Der sozialdemokratische Deputierte Breton, der sich bereits in der Frage der Wahlreform und bei der Abstimmung über das Budget von der Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen getrennt hatte, weigerte sich auch, wie aus Paris telegraphiert wird, bei der letzten Kammerverhandlung den Parteiantrag auf Veretzung Briands in den Anklagezustand zu unterzeichnen. Er wurde deshalb gestern von dem Sozialistenverband des Departements Cher, dem er angehört, zur Rechenenschaft gezogen, und da er erklärte, daß die Mehrheit der Versammlung gegen ihn war, so erklärte er seinen Austritt aus der sozialistischen Partei.

Der Redaktionwechsel im „Avanti“.

Mit dem 15. November übernimmt Genosse Claudio Trebes die Chefredaktion des „Avanti“. Bisfolati hat bereits die Leitung des Blattes niedergelegt und in der Nummer vom 9. November Abschiedsworte an die Leser gerichtet. Interimistisch hatte Genosse Bonomi die Chefredaktion übernommen. Bonomi, der bisher erster politischer Redakteur unseres Zentralorgans war, scheidet am 15. d. M. aus der Redaktion aus.

Personalien. Zum Parteifreie für den Wahlkreis Bochum ist an Stelle des nach Köln gewählten Genossen Rungo der Genosse Scheide-Dortmund gewählt worden.

Jugendbewegung.

Arbeiter-Jugend.

Die soeben erschienene Nummer 23 hat unter anderem folgenden Inhalt: Vom Kampf gegen die freie Jugendbewegung (Die Aufhebung der Berliner Jugendorganisation). — Der Kampf um das Koalitionsrecht (Schluß). Von Wilhelm Schröder. — Drei Freunde (Schluß). Von H. Thurow. — Vom Schiffbau (Mit Illustrationen). Von Richard Goldt. — Ueber die Entziehung deutscher Städte. — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung (Atheismus, Dresden). — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Ja riet ut. Aus dem Leben eines medienburgischen Gätetjungen. Von Karl Monstky. — Spiel- und Unterhaltungsabende im Jugendheim. Von Paul Schiller. — Im Spreewald (Mit Illustrationen). — Pflanzengenossenschaften. — Eine Wache bei Kap Horn. — Gedichte usw.

Die „Freie Volksbühne“ und die Zensur.

Die Versammlung bedauert auf das lebhafteste, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg die berechtigten Beschwerden der Freien Volksbühne gegen die Zensurverfügung des Polizeipräsidenten verworfen hat. Solche Maßregeln der Verwaltung gegenüber einem verdienten künstlerischen Institut gleich der Freien Volksbühne sind geeignet, die in den Massen der Bevölkerung ohnehin schon vorhandene Mißstimmung noch zu vermehren. Die Versammlung ist der Überzeugung, daß das Geistesleben der Nation keiner polizeilichen Oberaufsicht bedarf und sich in voller Freiheit entwickeln kann. Sie fordert daher nicht nur die Wiederherstellung der in zwanzigjähriger Praxis bewährten Zensurfreiheit der Freien Volksbühne, sondern die Beseitigung der veralteten Theaterzensur überhaupt.

Theodor Wolff, Wolfgang Heine, Leo Arons, Ludwig Kluda, Hermann Fejermans, Paul Goldmann, Rudolf Breitscheid, Dr. Paul Nathan, Dr. Paul Harms, Dr. Eduard David, Dr. Hugo Heimann, Alfred Kerr, Karl Vollrath, J. Landau, Hermann Kollentz, Paul Schlemmer, Hans Leuß.

Es war ein „gemischtes Publikum“, das da gestern Abend den großen Saal der Neuen Philharmonie nebst Galerie bis auf letzte Plätze füllte. Da sah man Arbeiter und Arbeiterinnen, da sah man Männer und Frauen aus der Bourgeoisie, da sah man Schauspieler und Literaten, Arbeiterführer und Parlamentarier, sozialdemokratische und bürgerliche Zeitungsschreiber.

„Die Freie Volksbühne und die Zensur“ — dies war das Thema, das so viel verschiedene Köpfe eines Sinnes gemacht und zur zweiten Protestversammlung herausgetrommelt hatte. Die erste war dem neuesten Zensurdekret des Berliner Polizeipräsidenten, Stillkünstlers und Reueigentümers zu danken gewesen, dem Herrn von Jagow, der — unerforscht in seinen Ratschlüssen — dekretiert hat: die Freie Volksbühne müsse „unter Sitte“ gestellt, unter dieselben Polizei- und Zensur-Daumschrauben gequetscht werden, wie die privatkapitalistischen Theaterbetriebe eines Dr. Fiedel, Direktor Wagner und dergleichen!

Gegen Jagows Polizeiatode wider Kunst und Kultur war die „Freie Volksbühne“ an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg gegangen. Aber die Brandenburger Kräfte haßt der Berliner Dohle das blaue Auge nicht aus — die Berufung wurde verworfen. Die Protestversammlung von gestern schob sich zwischen diesen oberpräsidialen Weisheitspruch und den letzten dornigen Weg, den die „Freie Volksbühne“ jetzt zu betreten hat: den Gang zum königlich preussischen Oberverwaltungsgericht.

Genosse Heine, gestützt durch die Zensurkämpfe des Landgerichtspräsidenten Lieber, zeichnete mit kräftigen Strichen das Seelenbild des Polizeipräsidenten und die Gefahren, die in der Zensur als solcher drohend schlummern. Er ließ sie Spieghelreden lauschen, die reaktionären Scharfmacher und Scharfmacherblätter vom Kaliber „Post“ und „Konkordanz“ all jene Schreier, deren Gelüfte zur Revolution von oben, zum Staatsstreich zu führen, die brünstige Sehnsucht nach der Kunst-Zensur, die fanatische Wut gegen Volksbühnen, freie (!) Volksbühnen, in sich birgt. Das ist jene Staats-„Raison“, jene Staats-„Vernunft“, die zum Unsinne wird, zum Unsinn und zur Plage.

Am revolutionärsten und wirkungsvollsten sprach Chefredakteur Vollrath, der gewiß nicht aussah wie ein verhungertes Umstürzler oder ein „unzufriedener“ Schnorrer und Verschwörer. Mit

zielsicherem Humor peitschte er die Zensur, indem er sie bei ihrer Tätigkeit aufsuchte und ein paar Stücklein erzählte von ihren läppischen und läppischen Attentaten gegen Dichterwerke, wie Schillers „Wilhelm Tell“. Und vollends hatte er die Feder auf seiner Seite, als er von jenem Zensur-Verdächtigten wußte, der den ehreundlichen Satz: „Der Weg zu meinem Schlafgemach geht nur durch die Kirche“ umzuändern befaßt in den Witz: „Der Weg zu meinem Schlafgemach geht nur durch die — Kirche!“ Auch eine ernste, eine sehr ernste Note hatte Herr Vollrath in seiner Rede. Von der Berufung an das Oberverwaltungsgericht hält er nichts (eine Auffassung, der nachher Gen. Dr. Heimann widersprach), darum glaubte er, unter dem brausenden Beifall der Versammelten, zum allerhöchsten Protest gegen die verjagte Bureaucratie-Regierung aufzufen zu müssen: zur A b r e c h n u n g m i t d e m S t i m m e t t e l am Tage der nächsten Reichstagswahl, dem Tage des Gerichts!

Für die folgenden Redner war es schwer, hiernach noch zündende Parolen zu finden. Und es mißlang denn auch Herrn Hans Leuß, der den Scherz versuchte, dem verdächtigten Polizeier von Jagow das — verkappten Demokraten eine Art Dankagung abzusprechen. Dagegen schlugen Alfred Kerrs Ausführungen noch einmal durch. Der wußte allerdings vom Witz der preussischen Theaterzensur Erbauendes zu sagen: wie sie sorglich macht, daß nicht etwa die Namen bekannter Adelsfamilien auf die Bretter kommen. So mußte einmal „von Jedlich“ in „von Redlich“, ein anderes Mal „von Arnim“ in „von Barnim“ verwandelt werden! So tüchtig ist die Zensur! Am interessantesten aber war doch folgende Mitteilung, die Herr Kerr den staunenden Zuhörern zu machen wußte: Zum Jahrhundertjubiläum der Berliner Universität hatten sich die Herren Professoren mit dem Antrag zu beschäftigen, Gerhart Hauptmann und den Maler Liebermann zu Ehren-Doktoren zu ernennen. Der Antrag fiel glatt durch! Die Gründe hat Kerr nicht genannt. Das war auch nicht nötig. Die Versammlung wußte ohnedies, weshalb die rückgratsschwache Berliner Professorenliste mit derlei Anträgen nicht zu kommen wagte, in dem Augenblicke, wo es sich darum handelte, in allererster Linie einmal Wilhelm II. den juristischen Ehrendoktorhut aufs Haupt zu drücken.

Kerr schloß seine Rede mit dem politischen Ausspruch, daß, wie die Selbstverwaltung für Kommunen usw. zu fordern sei, ein reifes, mündiges Volk auch Selbst-Zensur an seinen Theaterstücken üben könne und werde. Geht es in Preußen ohne Wilderzensur für Ausstellungen und Museen, dann kann auch die Bühne des polizeilichen Gängelbandes entrotten.

Gen. Baerle, der zweite Vorsitzende des Vereins „Freie Volksbühne“, sagte das Resultat der Aussprache in einige kernige Schlussworte zusammen. Er warb um weitere Sympathien für die Bildungsorganisation der Berliner Arbeiterschaft, erbat Beiträge für den Kampffonds des Vereins und animierte die Versammlung zu einem aus aller Herzen kommenden Hoch auf die Freie Volksbühnen-Bewegung.

Als die Menge aus dem Saale flutete, befand sie sich auf historischem Boden, nämlich da, wo die Berliner Polizei nach der denkwürdigen Ferrer-Versammlung den Kulturfreunden gezeigt hat, was eine Harke ist. Gestern Abend war weit und breit keine Pfeilhaut, kein Axtgroßgeschloß zu sehen. Sie hätten, wenn es ihnen Spaß machte, ruhig kommen dürfen. Auch in den Protesten wider Zensur und Zensoren keine revolutionäre Zukunftsaussicht, der man es nur nicht oder noch nicht ansieht, daß sie einmal über Nacht gar mächtig in die Salme schießen kann.

über unser mögliches tun. Die Gasanstalten brauchen mehr Arbeiter im Winter als im Sommer und auch auf dem Volkenplatz und im Botanischen Garten sind für den Winter noch Arbeiten in Aussicht genommen.“ Der Oberbürgermeister versprach schließlich, nach Möglichkeit dafür sorgen zu wollen, daß diese Arbeiten fortgesetzt und den Parlarbeitern Beschäftigung gegeben werden soll. Nachdem noch ein Ausschuhmitglied erklärt hatte, daß man ganz damit zufrieden sein könne, wenn auf solche Weise für Beschäftigung der Entlassenen gesorgt und weiteren Entlassungen vorgebeugt werde, erhob sich der Oberbürgermeister und die Audienz war beendet.

Am Sonnabend hielten nun die Parlarbeiter bei Schütte in der Judenstrasse eine zahlreich besuchte Versammlung ab, in der über die Audienz beim Oberbürgermeister Bericht gegeben wurde. In der Versammlung trat allgemein die Überzeugung hervor, daß die Parlarbeiter nur dann ihre Verhältnisse gründlich verbessern können, wenn sie ihre ganze Kraft für die gewerkschaftliche und politische Organisation einsehen. In dieser Überzeugung wurden sie noch weiterhin bekräftigt durch die Ausführungen des Stadtverordneten Gottfried Schulz, der ihrer Einladung zur Versammlung gefolgt war. Das zweite sozialdemokratische Mitglied der Parlardeputation, Stadtverordneter Jubelil, war leider verhindert, zu erscheinen, da er in einer anderen Versammlung als Referent zu sprechen hatte. Aus der Mitte der Versammlung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es doch nur die Sozialdemokraten seien, auf die man sich verlassen könne. Schon feinerzeit, als man eine Versammlung im Englischen Garten abhielt und alle Mitglieder der Parlardeputation eingeladen hatte, waren Gottfried Schulz und Jubelil die einzigen, die erschienen.

Im übrigen wurden die Äußerungen des Oberbürgermeisters sowohl von dem Vertreter des Gemeindefreiwirtschaftsverbandes, P o l e n s k e, wie von einer ganzen Anzahl Redner aus dem Kreise der Parlarbeiter scharf kritisiert. Namentlich, daß das freisinnige Stadtoberhaupt sich wie andere große Herren von Gottes Gnaden auf die Bibel beruft, schien den Versammelten durchaus unangebracht. Das Trostwort, daß der Bischof nach dem Verkauf der Sintflut Noah und dem Menschengeschlechte gab und in dem es übrigens auch heißt, daß nicht aufhören solle Samen und Ernte, kann doch wahrhaftig nicht als Entschuldigung dafür gelten, daß die Stadt Berlin alljährlich ein halbes Tausend und mehr ihrer Arbeiter für die Winterzeit dem Hunger und der Not preisgibt. Wenn das jenes Gottes Wille gewesen wäre, da hätte er doch mindestens auf dafür gesorgt, daß den Berliner Parlarbeitern ein Winterschlaf wie dem Dachs beschieden worden wäre. Aber den Saisonarbeitern der Parlarverwaltung werden keine Saisonlöhne bezahlt, von denen sie sich soviel Zeit ansammeln könnten, um den Winter über davon zu zehren.

Deutsches Reich.

Wählung, Klavierarbeiter! Bei der Firma Zeiter u. Winkelmann in Braunschweig befinden sich seit dem 3. November 94 Kollegen wegen Lohnunterschieden im Ausstand. Die Firma ist nun auf der Suche nach Arbeitswilligen. Wir machen darauf aufmerksam, damit sich die Kollegen nicht durch Arbeitsangebote unter Dedabressen über die dortigen Verhältnisse täuschen lassen. Ueberhaupt ist notwendig, bei Annahme von Stellen nach außerhalb sehr vorsichtig zu sein und sich erst bei der Lokalverwaltung des Ortes über den betreffenden Betrieb zu erkundigen. Der Streik der liegniger Klavierarbeiter dauert ununterbrochen fort, und ist es Ehrensache, den Zuzug nach Liegnitz so wie bisher fernzuhalten.

Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes.

Die Knappschaftswahlen im Waldenburger Bergrevier brachten dem Bergarbeiterverband einen großen Sieg gegen die Verbündeten, reichstreue Sochenpartei, christlichen Facharbeiter und Hirsch-Oloffe. Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt.

Dunderschen Gewerksvereine. Von 47 zu wählenden Knappschaftsältesten erhielt der Verband 42; seine Stimmzahl hat sich vervierfacht.

Zur Aussperrung in der Pirmasenser Schuhindustrie.

Sonnabend ist in 65 Werksfabriken, die circa 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, durch die Unternehmer die Kündigung erfolgt. Diese ist durch gedruckte Zettel ausgesprochen und zwar mit zweierlei Inhalt. Für die Mitglieder des Zentralverbandes erfolgte die Kündigung ohne Vorbehalt, während den Mitgliedern der anderen Organisationen und den Unorganisierten durch den Kündigungszettel mitgeteilt wurde, daß sie sich nach Ablauf der Kündigungszeit am 28. November im Bureau des Arbeitgebers zur Arbeit melden sollen.

Die Unternehmer beabsichtigen, mit solchen Arbeitern, die dem Zentralverband nicht angehören, die Betriebe aufrechtzuerhalten. Sie wollen also den Kampf nur gegen den Zentralverband führen. Nach den Angaben des Fabrikantenvereins sollen in den Werksfabriken 3500 Mitglieder des Zentralverbandes und etwa die gleiche Zahl anderen Organisationen Angehörige und Unorganisierte beschäftigt werden.

Zurzeit sind am Plage etwa 220 Schuhfabrikanten und 80 andere zur Schuhfabrikation gehörige Betriebe vorhanden, die zusammen circa 10000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, so daß etwa 100 Betriebe von der Kündigung nicht betroffen werden. Es kommen etwa 50 Betriebe in Betracht, die mehr als 50 Personen beschäftigen und dem Fabrikantenverein angehören. Die Fabrikanten hatten bei Bekanntgabe des Beschlusses, daß die Kündigung aller Arbeiter am 12. d. M. erfolgt, u. a. erwähnt, daß sie zu weiteren Verhandlungen unter Vorbehalt des Gewerksrates bereit seien. Durch diese Erklärung wurde doch die Meinung erweckt, daß der Weg zur Einigkeit gefunden werden könnte. Doch diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. — Wie uns berichtet wird, hat Herr Gewerksrat Rößinger wohl versucht, noch vor der Vornahme der Kündigung eine Unterhandlung zwischen den Parteien herbeizuführen, es gelang ihm dies aber nicht, weil die Fabrikanten erklärten, ihre Vorhaben sei bereits und könne deshalb eine Unterhandlung in dieser Woche nicht mehr stattfinden. Würde die Arbeiterorganisation so handeln, wie es die Fabrikanten befehlen, so wäre ein großes Geschrei bei allen Gutgefinten.

Ausland.

Der Kampf der Bergarbeiter in Südwales.

London, 12. November. (Fig. Ver.)

Die relative Mäßigung, mit der der Minister des Innern Churchill dem Drängen der Scharfmacher Folge leistete, hat eine gewisse Beruhigung der Lage in Rhondda-Tale gebracht. Wie brutal die von London importierte Polizei auch gehaßt hat, so hat doch die Tatsache, daß bisher wenigstens noch kein Schuß abgefeuert worden ist und das eingeführte Militär diskret im Hintergrunde bleibt, eine Verschärfung des Kampfes verhindert. Die letzten Nachrichten wissen nur von ungehörigem Frieden zu melden.

Allein die Mäßigung der Arbeiter ist von den Scharfmachern mit einer neuen Provokation beantwortet worden. Gestern sind 25 Feiger unter polizeilichem Schutz von Cardiff nach Tonypandy geschickt worden, um die lokalen Streikbrecher und die Streikbrecherdienste leistenden Stubenbeamten abzulösen. Wie es heißt, soll der Internationale Arbeiterverband diese Streikbrecher vermittelt haben; diese Scharfmacherorganisation scheint also den Handel mit Streikbrechern auch für andere Zwecke gewerksmäßig betreiben zu wollen. Die Arbeiter haben es im Vertrauen darauf, daß der vom Minister des Innern vorgeschlagene Waffenstillstand auch von der anderen Seite ehrlich eingehalten werden würde, an der nötigen Wachsamkeit fehlen lassen und die Einschümpelung der Streikbrecher in die Grube nicht bemerkt. Jetzt, wo sie den Betrag merken, herrscht bei ihnen wieder große Aufregung und kann leicht zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen.

Genosse Stanton, der Führer der Streikenden, macht jetzt bekannt, mit welcher empörenden Brutalität die Polizei in den Kämpfen von Dienstag und Mittwoch vorgegangen ist. Die Drähte, die den Schaulager der Zusammenstöße umgeben, wurden elektrifiziert und die Streikenden mit heissem Wasser besprüht. In dieser Weise wurden nicht nur die Streikenden selber, sondern auch Frauen und Kinder traktiert. Stanton soll in einem Interview mit einem bürgerlichen Journalisten erklärt haben, daß er es deshalb nötig finde, eine Kampfbataillon von Streikenden zu organisieren, um sich gegebenenfalls gegen solche Angriffe der Polizei wirksam verteidigen zu können.

Am Montag soll unter Vermittlung des Handelsministeriums ein Einigungsverfahren eingeleitet werden.

Letzte Nachrichten.

Delegiertenvahl zur Ortskrankenkasse der Schneider.

Gestern fand die Wahl der Vertreter der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Schneider statt. Von 2089 abgegebenen Stimmen entfielen 1745 auf den Zentralverband der Schneider; 325 Stimmen erhielten die Christlichen und 19 zersplitterten.

Stadtverordnetenwahltag in Güstrow.

Rostock, 14. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in Güstrow wurden durch die Sozialdemokratie zwei neue Mandate erobert.

Zum Tode verurteilt.

Insterburg, 14. November. (W. L. B.) Das Schwurgericht hat die wegen Raubmordes, begangen im August an dem russischen Saisonarbeiter Sokolowski, angeklagten Arbeiter R o t a w s k i und Galat zum Tode verurteilt.

Blutige Schlägerei bei einer Hochzeit.

München, 14. November. (W. L. B.) Bei einer Hochzeitsfeier in Pippinried kam es zu einer blutigen Schlägerei. Der Gemeinbediener Hermann und ein Bauer Sohn wurden tödlich verletzt.

Zur Streiklage in Südwales.

Cardiff, 14. November. (W. L. B.) In einer heute statt. gehaltenen V e r s a m m l u n g haben die Bergwerksbesitzer von Südwales beschlossen, die Forderungen der Arbeiter, betreffend die allgemeine Erhöhung der Löhne, zu bewilligen.

Schwere Unwetter.

Paris, 14. November. (Pres. Tel.) Im Pyrenäengebiet herrscht seit 24 Stunden ein gewaltiges Unwetter, das zahlreiche Opfer fordert. Ueber Perpignan braust ein Orkan dahin, der mehrere Fischerboote zum Scheitern brachte. Die Boote der Rettungsstationen sind ausgefahren, um die Schiffbrüchigen aufzunehmen. Der Sturm warf einen Mast der elektrischen Leitung um, so daß der Draht ritz und Kurzschluß entstand. Ein Teil des Elektrizitätshäuses von Perpignan ist dem ausbrechenden Feuer zum Opfer gefallen.

Große Feuersbrunst.

Genf, 14. November. (W. L. B.) Heute nachmittag 1 Uhr entstand in dem Arbeiterviertel von Big ein Großfeuer, bei dem 16 Häuser der Papierfabrik zerstört wurden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Was der liebe Gott und sein Oberbürgermeister den Parlarbeitern beschert.

Alle Jahre wieder, wenn es Herbst wird und der Winter herannaht, entläßt die Stadt Berlin Hunderte ihrer Parlarbeiter und Arbeiterinnen. Die das Frühjahr und den Sommer über in den städtischen Anlagen und Parks für kätzlichen Lohn gearbeitet haben, die sollen dann hingehen und sich bei irgendeinem Privatunternehmer Arbeit suchen. Aber da im Winter viel schwerer Arbeit zu finden ist als im Sommer, sind sie meist der bittersten Not preisgegeben. Ist die Stadtverwaltung daran schuld? Wer wird das behaupten wollen! Die Stadt hat eben keine Arbeit mehr für die Leute, sagt man, und vor allem: es ist kein Geld da. Der Etat ist aufgebraucht. Daß sie nicht auch den Winter über für die Stadt nützbringende Arbeit verrichten könnten, daran glauben die entlassenen Parlarbeiter nicht recht. Im Jahre 1908, als die Krise so fürchtbar auf der deutschen Arbeiterschaft lastete, da zeigte die städtische Verwaltung schließlich doch soviel soziales Verständnis, daß sie ausnahmsweise einmal von den üblichen Entlassungen Abstand nahm. Die dadurch vor der bittersten Not bewahrten Arbeiter wurden dann den Winter lang nicht etwa mit mehr oder minder nutzlosen Hilfsarbeiten beschäftigt, sondern mit Arbeiten, die gemacht werden mußten und der Bevölkerung Berlins voll zum Nutzen gereichten. Die Parlarbeiter sind der Meinung, daß auch jetzt genug zu tun wäre, um die Massenentlassungen zu vermeiden, und soweit das wirklich nicht der Fall sein sollte, könnten die Entlassenen doch in anderen städtischen Betrieben, z. B. in den Gasanstalten weiter beschäftigt werden, wo im Winter mehr Arbeitskräfte gebraucht werden als im Sommer. Daß sie zu solcher Arbeit nicht fähig sein sollten, ist ein Irrtum, denn die Parlarverwaltung sucht sich bei Neueinstellungen auch schon lange die kräftigsten Leute in den besten Lebensjahren heraus.

Am 21. Oktober wurde nun der Ausschuh der Parlarbeiter bei dem Oberbürgermeister Kitzschner vorstellig. Der Ausschuh verzichtete in diesem Fall auf den vorgeschriebenen Instanzenweg, weil man sich schon im vorigen Jahre ohne den gewünschten Erfolg an die Parlardeputation gewandt hatte, sowie auch an den Bürgermeister K e i t e, der damals ganz ahnungslos von den Entlassungen war und erklärte, daß er sich künftighin davon informieren lassen wolle, um eventuell für eine Verschiebung der überschüssig werdenden Arbeitskräfte zu sorgen. Daß das nichts genügt hat, beweist der Umstand, daß in diesem Jahre schon 500 bis 600 Parlarbeiter entlassen sind. Man hat diesmal sogar schon im Hochsommer mit den Entlassungen begonnen. Der Ausschuhvertreter Klippert sagte zu dem Oberbürgermeister unter anderem, daß in allen Kabinetten Entlassungen stattgefunden haben und daß die Leute, die so aufs Pflaster gesetzt wurden, nun meist dem Elend preisgegeben seien. Er ersuchte den Oberbürgermeister, doch nach Möglichkeit für Abhilfe zu sorgen. Herr Dr. K i t z s c h n e r erwiderte, daß er die Abgeordneten der Parlarbeiter nicht als Ausschuhmitglieder empfangen könne, da sie das Statut und die Vorschriften für den Ausschuh nicht innegehalten und den Instanzenweg nicht befolgt hätten. Er sei aber dennoch nicht abgeneigt, ihnen Gehör zu schenken. „Es gibt“, sagte er dann weiter, „ja auch noch andere Betriebe, wie z. B. die Arbeit auf den Steinplätzen, die im Winter nicht weiter gefahrt werden. Es liegt ja nun doch einmal in der Natur, wie dies schon in der Bibel steht, wo es heißt, daß nicht aufhören wird Sommer und Winter, Frost und Hitze usw. Und wenn Gott selbst schon solche Einrichtung geschaffen hat, so können wir Menschen nicht dagegen sein. Freilich wollen wir nach besten Kräften auch den Arbeitern gegen-

Verantw. Redakt.: Richard Barth, Berlin. Inseratenteil verantw.

Dr. Oloffe, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt.

Paul Singer & Co., Berlin SW, Tiergarten 3 Beilagen u. Unterhaltungssk.

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Vierter Tag.

Die gestrige Sitzung war auf 12 Uhr angesetzt. Sie begann aber erst um 2 Uhr. Das ist eine Folge mangelhafter technischer Einrichtungen in der Gerichtsschreiberei. Den Angeklagten mußte der Gerichtsbeschluss über den Ablehnungsantrag...

der Verteidigung zugestellt werden. Die Herstellung von einigen 30 Exemplaren dieses Beschlusses mittels der Schreibmaschine nahm so lange Zeit in Anspruch, da man über einen Vervielfältigungsapparat in der Gerichtsschreiberei nicht verfügt.

Als die Angeklagten gegen 2 Uhr ihre Plätze eingenommen hatten, wurde ihnen der erwähnte Gerichtsbeschluss mitgeteilt. Es ist vom Landgerichtsdirektor Wessermann, Landgerichtsrat Habersirob und Assessor Dost unterzeichnet und lautet in seinem entscheidenden Teil:

Die Ablehnungsgesuche sind, soweit über die geltend gemachten Gründe nicht bereits durch den hiermit in Bezug genommenen Beschluss vom 10. November entschieden, und daher die ledige Wiederholung unzulässig ist, unbegründet.

1. Was über die Aufrechterhaltung der Haftbefehle gegen die Angeklagten Brück, Kläfer und Romanowski in dem Beschluss vom 10. November gesagt ist, gilt auch für die Angeklagten Krugat und Bilz.

2. Aus der Nichtgestattung des Wortes an drei respektive zwei Verteidiger in den Sitzungen vom 9. respektive 10. November und der behaupteten Erregtheit und den geltend gemachten Widersprüchen in einzelnen Äußerungen des Vorsitzenden kann kein Rückschluss auf eine Befangenheit desselben gezogen werden, selbst wenn diese letzteren Behauptungen glaubhaft gemacht wären.

3. Das weitere Vorgehen der Verteidigung, die Ablehnung der vier Richter der dritten Strafkammer des hiesigen Igl. Landgerichts I aus § 24 der Strafprozessordnung sei auch im Hinblick auf den weiteren Lauf der Sache begründet, daß das Gericht gegen den bei der Verhandlung beteiligten Verteidiger in der Person des Rechtsanwalts Böhm aus § 180 Gerichtsverfassungsgesetzes eine Ordnungsstrafe von 100 Mark festgesetzt habe, läßt nach Prüfung der vorgebrachten tatsächlichen Momente nach keiner Richtung die Befangenheit zu, daß die vier abgelehnten Richter in der vorliegenden Strafsache gegen die einzelnen Angeklagten unbefangen zu urteilen anherstehen können.

Es liegt kein Grund vor, der geeignet wäre, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der abgelehnten Richter zu rechtfertigen.

Kurz nach 2 Uhr eröffnet Landgerichtsdirektor Lieber die Sitzung. — Rechtsanwält Dr. Kurt Rosenfeld begründet namens der meisten Verteidiger und Angeklagten einen Antrag auf Zustellung der Anklageschrift.

Der Verteidiger beantragt: Aussetzung der Verhandlung bis zur Zustellung jeder Anklageschrift an jeden Angeklagten.

Die Angeklagten sind nicht hinreichend zur Hauptverhandlung vorbereitet und konnten sich nicht vorbereiten, da entgegen dem § 109 Str.-Pr.-O. nicht jedem Einzelnen von ihnen die gegen jeden anderen Angeklagten ergangene Anklageschrift zugestellt ist. Diese Zustellung ist durch den Verbindungsbeschluss erforderlich geworden. Der Verteidiger beruft sich für seine Ansicht auf Glaser, Handbuch des Strafprozesses. Dort heißt es Band 2 Seite 86: „Wirkung der Verbindung: Bezüglich aller zusammenhängenden Strafsachen wird nur ein Strafprozess geführt, in welchem allen Angeklagten prinzipiell die gleiche Stellung, allen zusammengehörigen Strafsachen die gleiche Behandlung zukommt. Wenn nur bezüglich einer der demselben Angeklagten zur Last fallenden strafbaren Handlungen die Verteidigung eine notwendige ist, ist sie es für alle Mitteilungen, welche dem Angeklagten zum Zwecke seiner Verteidigung zu machen sind, sollen in der Regel den ganzen Verhandlungsstoff umfassen; ja der Angeklagte hat ein Recht, auf Einsicht in die Akten aller verbundenen Strafsachen und auf Mitwirkung während der ganzen Verhandlung.“ Da die sämtlichen Anklageschriften nicht allen Angeklagten zugestellt worden sind, sind die Angeklagten in ihrer Verteidigung beschränkt und sie haben daher das Recht, behufs besserer Vorbereitung ihrer Verteidigung die Nachholung des Verkündeten und die Aussetzung zur Hauptverhandlung zu beantragen. Diese Auffassung vertritt auch der Kommentator von Löwe (Anm. 3b zu § 199) und die Entscheidung des Reichsgerichts (Vb. 1, S. 345, 348).

Kleines Feuilleton.

Theater.

Berliner Theater: „Der neue Kompagnon“. Schwank von Richard Stowronnel. Stowronnel hatte den höchsten Einfall, in dem neuen Schwank seine eigene Schwankdichter-Tätigkeit parodistisch zu verurteilen. Der durch die Erinnerung an frühere Fantiementen und eine mit dem Direktor vereinbarte Konventionstrafe zu immer neuen Anläufen gestachelte Poet, dem absolut nichts einfallt — ein Virtuoso im Erfinden angeleglicher Störungen, die ihn nicht zum Erfinden kommen lassen und ein komödiantisch-selbstbewußter Houshtrann — gab Stoff zu einem drohenden ersten Akt. Die Schiller den Geruch von faulen Äpfeln als Anregung bei seinem Schaffen brauchte, läßt er Tag für Tag die schäblichsten Fäulnisse in das Arbeitszimmer bringen, um seine Kraft auf Einverleibung dieser Stimmungsmittel zu konzentrieren. Unabgabar ist dem großen Manne der Gedanke, daß seine Lächer — undankbarerweise — ihn um eines Feindes willen verlassen könnten. Als ein Kritiker von ihm die Hand der Kellnerin erbittet, nützt er die Konjunktur in heller Schadenfreude, um mit dem jungen Herrn ob dessen Rezensionen ins Gericht zu gehen. Die Jüngere aber, die aus früheren Lustspielen des Papa gelernt hat, daß junge Leute die ausgesuchtesten verrücktesten Intrigen anzetteln müssen, um verblendeten Eltern ein Jawort abzulisten, listet ihren Leutnantstübchen an, sich als Erfinder einer neuen Komödienart ihrem Erzeuger vorzuführen. Die gelehrige Schillerin gewinnt das Spiel, der Alte fällt auf jeden noch so durchsichtigen Trid herein. So kommt das Doppelpaar zum Ziel und der geprellte Schwiegerbater wider Willen zu seinem Lustspielrezept. Der persiflierende Grundton milderte in etwas die Fäulnisse, die sich zum Schluss hin recht bedenklich häufen. Bei freundlicher Bemessung konnte man sich trösten, daß gerade dies Manito als Parodie auf Schwänke, wie der Held des Stückes und seine zahlreichen Kollegen sie fabrizieren, besonders treffend sei. Ein lottes Ensemble, in dem vor allen Reinhardt als verheerender Dichter amüsierte, half über vieles fort.

Musik.

Das erste Volks-Beethoven-Konzert sah am Sonntag den großen Blüthenaal vollbesetzt! Das ist, schon ganz äußerlich betrachtet, höchst bemerkenswert. Wie oft war ich bei den sonstigen sogenannten „populären“ Konzerten in dem gleichen Saal, aus dem mir das Gähnen der Leere entgegenstarrte. Etwas Aufregung, etwas, Kirchenmusik im nächsten Sinne des Wortes, lagert sonst häufig über derartigen volkstümlichen Konzerten. Ganz anders war's diesmal. Kopf an Kopf sah ein Publikum, dem man das frohe Sonntagsgelächel aus den Mienen ablesen konnte. Es war die Andacht, die aus dem

Die Verteidigung hat diesen Punkt von vornherein für sehr wesentlich gehalten und deshalb rechtzeitig schriftlich beantragt, jede Anklageschrift an jeden Angeklagten zuzustellen. Der Vorsitzende hat aber diesen Antrag abgelehnt.

Die in dem Bescheide des Vorsitzenden vom 7. d. M. angeführten Gründe, wonach vorliegend eine Zustellung der einzelnen Anklagen an jeden Angeklagten nicht erforderlich ist, weil es sich um eine Verbindung nicht aus § 3, sondern aus § 236 Strafprozessordnung handele, sind nicht zutreffend, da auch im Falle des § 236 die Vorbereitung jedes Angeklagten auf den gesamten Prozess erforderlich ist. Auch bezieht sich gerade auf diesen Fall aus § 236 der Strafprozessordnung das oben wiedergegebene Zitat aus Glaser's Handbuch des Strafprozesses. Eine Zustellung jeder Anklageschrift an jeden Angeklagten ist umso mehr erforderlich, als nach dem in der Sitzung vom 9. d. M. verkündeten Gerichtsbeschlusse die Verbindung der verschiedenen Sachen, in denen getrennt Anklage erhoben worden ist, mit der Begründung aufrecht erhalten worden ist, daß die verschiedenen Straftaten denselben Ursprung haben, und daß im wesentlichen dieselbe Beweisaufnahme in allen Fällen erforderlich ist. Es geht nicht an, den engen Zusammenhang der verschiedenen Sachen in der einen Richtung zu behaupten und in der anderen abzulehnen. Liegt eine so enge tatsächliche Verbindung zwischen den verschiedenen Sachen vor, wie in dem Gerichtsbeschluss vom 9. d. M. angenommen wird, dann hat jeder Angeklagte ein dringendes Interesse und ein Recht auch die Anklage gegen die anderen Angeklagten, deren Begründung und die Beweismittel rechtzeitig im einzelnen kennen zu lernen. Unter anderem würde ihm das Recht zur Erkundigung über die Zeugen sonst völlig verweigert werden. Wenn in dem Bescheide des Vorsitzenden vom 7. d. M. hervorgehoben wird, die Zustellung der einzelnen Anklagen an jeden Angeklagten sei bis zur Hauptverhandlung nicht mehr durchführbar, so ist dies unerblicklich. Unzulängliche Bureau-Einrichtungen können nicht von gesetzlichen Vorschriften curbeden und dürfen nicht zu einer Beschränkung der Verteidigung führen. Der Gesetzgeber hat in § 199 Str.-Pr.-O. die Zustellung der Anklageschrift vorgegeben, um in denjenigen Fällen, in denen es keine Veranlassung gibt, dem Angeklagten einen erhöhten Schutz gegen die Gefahr zu gewähren, daß die Hauptverhandlung ohne genügende Vorbereitung der Verteidigung stattfindet. Würde das Gericht den Antrag der Verteidigung ablehnen, so würde es sich über ein zum Saug der Angeklagten gegebenes Recht einfach hinwegsetzen, so würde es diesen schon jetzt an Ungewöhnlichkeiten reichen Prozess um eine

weitere Ungewöhnlichkeit

bereichern. Das Gericht würde die Verteidigung der Angeklagten wesentlich beschränken und einen

neuen Grund

liefern, der das Reichsgericht veranlassen muß, das ganze Verfahren für null und nichtig zu erklären.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht ersucht um Ablehnung des Antrages. Wenn auch die Anklagen zu gemeinsamer Verhandlung verbunden seien, so bleibt doch jede einzelne Anklage als selbständige Sache bestehen. Diesen Standpunkt nahm auch der Kommentator Löwe sowie das Reichsgericht ein. Hiernach sei es nicht notwendig, daß jedem Angeklagten Kenntnis gegeben werde von dem, was den übrigen Angeklagten zur Last gelegt werde. Es genüge, wenn jedem Angeklagten mitgeteilt werde, was ihm zur Last gelegt werde. Das sei geschehen. Die Staatsanwaltschaft sei sogar noch weiter gegangen und habe den Angeklagten auch die als Zeugen geladenen Personen mit Angabe ihrer Wohnung benannt, daß sie in ihrer Verteidigung darauf Bezug nehmen könnten.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann trat in einer kurzen juristischen Darlegung dem Standpunkt des Staatsanwalts entgegen.

Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld bemerkte: Der Vorsitzende habe in einem Schriftstück gesagt, nach Eröffnung der Hauptverhandlung sei es nicht mehr erforderlich und auch nicht mehr möglich gewesen, allen Angeklagten sämtliche Anklageschriften zuzustellen. Dagegen müsse entschieden betont werden: mangelhafte technische Einrichtungen, welche die rechtzeitige Zustellung der Anklageschriften hindern, können kein Grund sein, die gesetzlichen Vorschriften außer acht zu lassen.

Rechtsanwalt Cohn: Zweckmäßigkeitsgründe sowie die schuldige Rücksicht auf die Angeklagten sprechen für unseren Antrag. Da die letzte Anklage am 20. Oktober erhoben, der Verhandlungstermin aber am 9. November angesetzt war, so wäre noch Zeit genug gewesen, den Angeklagten die Anklageschrift zuzustellen, wie es das Gesetz verlangt.

Herzen quillt, die das Schweigen der vielen Hundert Männer, Frauen und Mädchen aus der Arbeiterklasse zum Ausdruck brachte. Die Zusammenstellung des Programms, deren sich in nicht leichter Arbeit der als Pianist mitwirkende Leo Kestenberg unterzogen hatte, war so geschickt getroffen, daß in der empfangsfreudigen Zuhörerschaft Langeweile auch dann nicht hätte aufkommen können, wenn die gewählten Kompositionen noch weniger populär gewesen wären. Die echte Herzensmusik wirkt eben — das erkannte man aus diesem Konzert und seiner spontanen Erfolge wieder einmal deutlich — unmittelbar auf alle Menschen und nicht zum wenigsten auf die einfachen Menschen ein, für die ein Konzert wirklich eine Erhebung und eine Vertiefung zugleich bedeutet. Während des was milder Trost in die Seele fließenden Andante aus der „Kreuzerförmige“ (Herr Konzertmeister Lambinon spielte den Violinpart ausgezeichnet) sah ich, wie sich zwei Freundinnen verständnisvoll anschauten und wie dann ein Preußelchen kaum merklich über die Wangen der beiden Mädchen huschte! Das war rührend und löstlich zugleich, zu beobachten, wie da Beethovens Musik ihre Zauberkräfte ausübte. Am erfreulichsten erschien es mir, daß die Vokalstimme — etwa das von Herrn Kalweit gesungene „Adelaide“ oder die viel zu selten gehörten stimmungsträchtigen „Schottischen Lieder“ — durchaus keinen härteren Verlauf erzielte als die reine Kammer- und Klaviermusik. Im Gegenteil: man schien sich die Hauptanbahn förmlich für das gewaltige B-dur-Trio (op. 97) aufgespart zu haben, so spontan und kräftig klang der Beifall nach den einzelnen Sätzen. Das Märchen, die Gesangsstimme sei „populärer“ als die Instrumentalmusik, ist also von neuem widerlegt worden. Der wahlende Einsatz erster klassischer Musik auf ein noch ernstem künstlerischen Genuß verlangendes Arbeiterpublikum hat sich während dieses schönen Beethoven-Nachmittags aufs herrlichste offenbart. A. N.

Humor und Satire.

Ausruf!

Deutsche! Patrioten! Beschämt blicken wir auf das wadere Städtchen Mergentheim im Schwabenlande. Die Leute zeigen uns, was wahre Loyalität ist! Sie haben an der Stelle, wo am Schlusse des vorjährigen Kaisermandovers S. M. der Kaiser gestanden hat, einen Denkstein gesetzt. Dreihundert Veteranen, deren Festtagslieder in patriotischer Nahrung glänzten, mochten der Enthüllungsfest bei. Kein Auge, keine Kehle blieb trocken. Es war ergreifend.

Deutsche! Patrioten! An wie vielen anderen Städten unseres Vaterlandes hat S. M. schon gestanden, ohne daß ein Denkstein die Stelle ziert! Jedes fehlende Denkmal aber ist auch ein Brandmal auf dem Kernholz der patriotischen Zudolenz unserer Nation. Dieses Kernholz muß geheilt werden, bis es wieder in seltener Reinheit den Schatz der deutschen Ehre ziert.

Erster Staatsanwalt Steinbrecht: Unser Verfahren in Bezug auf die Anklageschrift ist vollkommen gesetzlich. Wenn es aber das Gericht beschließen sollte, sind wir bereit, aus Zweckmäßigkeitsgründen den Angeklagten im Laufe der Verhandlung noch die Anklageschrift zuzustellen.

Nachdem das Gericht beraten hatte, verkündete der Vorsitzende folgenden

Beschluß:

Der Antrag der Verteidigung wird abgelehnt. Es ist jedem Angeklagten eine Anklageschrift zuzustellen, welche auf die ihm durch den Eröffnungsbeschluss zur Last gelegten Straftaten Bezug nimmt. Damit ist den Bestimmungen der Strafprozessordnung genügt. Dies Verfahren ist kein außergewöhnliches. Es ist daselbst, wie es schon seit Jahren in allen derartigen Fällen angewandt worden ist. Der Wunsch der Verteidiger sieht dem Gesetz nicht entgegen, für ihn sprechen auch Zweckmäßigkeitsgründe. Es wird der Anregung der Staatsanwaltschaft stattgegeben und im Laufe der Verhandlung allen Angeklagten die von den Verteidigern gewünschte Anklageschrift zugestellt werden.

Hierauf wurden die

Eröffnungsbeschlüsse

in den einzelnen Anklagesachen verlesen. Daraus geht folgendes hervor:

Liedemann ist angeklagt wegen Teilnahme an einer Zusammenrottung und Vergehen gegen § 153 der Gewerbeordnung. Raschut soll ebenfalls an einer öffentlichen Zusammenrottung (§ 115 I) teilgenommen haben. Kläfer ist der Beleidigung von Schülern durch das Wort „Bluthund“ beschuldigt. Litwizki und Georg Weier stehen unter der Anklage, an einer öffentlichen Zusammenrottung im Sinne des § 115 I teilgenommen zu haben. Körenberg ist der Beleidigung von Schülern angeklagt. Dasselbe wird auch den Angeklagten Ruslewski, Krämer, Frau Dominial und Brecher zur Last gelegt. Hagen und Trepkowski sind des Widerstandes und tätlichen Angriffes gegen Beamte angeklagt. Bod soll groben Unfug und einen Messerangriff auf einen Schuttmann begangen haben. Unter der Anklage der Beleidigung (Schimpfworte gegen Schulleute) stehen Frau Friebe, Heide, Frau und Hel. Sattler, Heinemann und Kohle. Hermann Weiß ist des Angriffes auf Polizeibeamte beschuldigt. Brand und Schulz sollen gemeinschaftlich Laternen zertrümmert haben. Albrecht ist wegen groben Unfugs und Beleidigung angeklagt. Polchow steht unter Anklage wegen Beleidigung und Teilnahme an einer Zusammenrottung. Otto Weiß soll groben Unfug verübt und sich an einem Kaufmann beteiligt haben. Romanowski und Rierich werden der Beamtenbeleidigung beschuldigt. Klische soll ebenfalls Beamte beleidigt und Steine geworfen haben. Eisenreich und Senf sind wegen Beamtenbeleidigung und Teilnahme an einer Zusammenrottung, Weidemann ist wegen groben Unfugs und Beamtenbeleidigung angeklagt. Bilz und Krugat stehen unter der Anklage der Mißhandlung eines Arbeitswilligen und des Vergehens gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Nach der Verlesung der Eröffnungsbeschlüsse wurde die Sitzung um 3 1/2 Uhr auf heute 9 1/2 Uhr vertagt. Sie soll mit der Vernehmung der einzelnen Angeklagten zu den einzelnen Straftaten beginnen. Nach der Vernehmung sollen zum allgemeinen Teil gleichmäßig die von der Staatsanwaltschaft als auch die von der Verteidigung geladenen Zeugen beziehungsweise Sachverständigen gehört werden.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Sitzung vom Montag, den 14. November.

Eine erwähnenswerte Debatte entpinn sich zunächst über das Recht des unehelichen Kindes eines verunglückten Arbeiters auf die Waisenrente.

Die Kommission hat in der ersten Sitzung für den Fall, daß ein Versicherter infolge eines Betriebsunfalls stirbt, die Rente auch jedem Kinde zugesprochen, „zu dessen Unterhalt der Verstorbene gesetzlich verpflichtet war“. Diese Bestimmung wurde dahin geändert, daß sie für ein uneheliches Kind nur gilt, so weit der Verstorbene ihm nach gesetzlicher Pflicht Unterhalt gewährt hat. Dafür stimmten die Konservativen, Nationalliberalen und so viele Zentrums-Abgeordnete, wie zur Mehrheit notwendig war. Die Herren wollten es unbedingt vermeiden, daß auch dann, wenn der Vater sich gar nicht oder nur ganz wenig

Wir wollen einen großen Volksbund mit vielen Unterkomitees gründen, um alle jene geheiligten Stätten ausfindig zu machen, die je unter dem Schutze seiner Majestät lagen und dort Denkmäler zu errichten. Wir wollen nicht ruhen, bis auch der letzte sodier flüchtige Erde mit lapidarem Jubel der Raschwelt erzählt: Hier stand, hier lag, hier sah, hier ritt, oder hier fuhr Seine Majestät!

Auf, Deutsche! Patrioten! Tretet dem großen Bunde bei. Unser Vereinszeichen sei ein Emaillebild mit roter Zunge und der Devise: „Was nützt mir der Stiefel, wenn er nicht gelebt wird!“ Das weitere Komitee. („Jugend.“)

Notizen.

Ein ständiges Marionetten-Theater wurde im Eispalast eröffnet. Es steht unter der Leitung des Bildhauers B. Hecker, der seine Befähigung für dies Genre schon seit längerem bewiesen hat. Es sollen hauptsächlich für Kinder bestimmte Stücke gespielt werden.

Die gänzliche Ueberflüssigkeit des Nobelpreises hat die schwedische Akademie wieder einmal erwiesen. Sie hat den Literaturpreis Paul Heyse zuerkannt. Heyse hat ihn sicher so gut wie mancher andere (vor 40 Jahren bereits) verdient. Aber wie soll der Literatur damit gedient werden, wenn 80jährige, längst anerkannte, unproduktiv gewordene und in den besten Verhältnissen lebende Dichter benachteiligt werden?

Die sprechende Uhr. In Venn, der allberühmten Städte der Urmacherkunst, hat man jetzt (wie früher schon anderswo) eine neue Uhr erfunden, die die Stunden nicht mehr schlägt, sondern regelrecht anfangt, eine vollkommene sprechende Uhr. Es handelt sich dabei um eine einfache Kombination von Uhr und Phonograph. Alle Viertelstunde wird der im Uhrgehäuse verborgene kleine Phonograph in Tätigkeit gesetzt und fängt mit lauter, menschlicher Stimme die Zeit. Eine einfache Vorrichtung ermöglicht es, während der Nachmittagsstunden den Phonographen aufzuschalten.

Die Weltproduktion an Gold seit der Entdeckung Amerikas hat einen Wert von etwa 57 Milliarden Mark. Von 1492 bis 1800 wurden 9,288 Milliarden Mark gewonnen, von 1801 bis 1850 3,264 Mill., von 1851 bis 1900 28,610 Mill., von 1901 bis 1906 8,2816 Mill. Der Jahresdurchschnitt der Produktion ist von 31,92 Millionen in der ersten Periode fortgesetzt gestiegen und betrug 1907 und 1908 für 1784,11 Millionen Mark. Heute werden zirka 40 Proz. des Goldes in Afrika (Transvaal) gewonnen, während der Goldreichtum Kaliforniens abnimmt. — Da eine vernünftig organisierte Gesellschaft des Goldes in der Gestalt des Goldes nicht bedürfen wird, brauchen wir uns über die Zukunft der Goldproduktion (auch abgesehen von dieser Statistik) keine Sorge zu machen.

um ein unheilbares Kind gekümmert hat, nach seinem Tode für das Kind Unfall-Hinterbliebenenrente oder eine größere Entschädigung als vorher beansprucht werden könne.

Ausnahmerecht gegen die Ausländer.

In der ersten Lesung wurde die Verschlechterung beschlossen, daß nach den Bestimmungen für die Unfallversicherung die Hinterbliebenen eines Ausländers, die zurzeit des Unfalls nicht im Inland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatten, keinen Anspruch auf die Rente haben sollen. Durch Beschluß des Bundesrats kann die Bestimmung für bestimmte Grenzgebiete sowie für die Angehörigen solcher Staaten, deren Gesetzgebung den Hinterbliebenen getöteter Deutschen, die bei Betriebsunfällen verunglückt sind, entsprechende Fürsorge gewährleistet, außer Kraft gesetzt werden. Hiergegen wurde von verschiedenen Seiten Einspruch erhoben. Die Unfallversicherung gilt an Stelle der Haftpflicht unter Ausschluss von Zivilansprüchen. Es ist aber ein allgemein anerkannter Grundsatz des internationalen Rechtes, daß die Ausländer in bezug auf das Zivilrecht nicht schlechter als Inländer gestellt sein dürfen. Deshalb ist die Ausnahmebestimmung gegen die Ausländer unvereinbar mit jenem Grundsatz des internationalen Rechtes. Trotzdem nahmen die Konservativen, Nationalliberalen und das Zentrum die Ausnahmebestimmungen wieder an.

Selbst die notwendigsten Verbesserungen sind nicht zu erreichen, ja die Konservativen, Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums versuchen immer wieder, die Vorlage noch weiter zu verschlechtern. Nächste Sitzung: Dienstag.

Haus Industrie und Handel.

Agrarpolitisches Handbuch.*)

Die Frage der agrarischen Wirtschaftspolitik — Schutzzölle, Lebensmittelsteuern — wird bei den nächsten Reichstagswahlen im Vordergrund der Diskussion stehen. Sie bildet den Brennpunkt des Meinungs- und Interessensstreites, weil der nächste Reichstag, falls er nicht eines schnellen unnatürlichen Todes stirbt, sich mit der Neugestaltung unserer Handelsverträge zu beschäftigen haben wird, und die Junker die Zollmauern noch verstärken und erhöhen wollen. Diese Frage hat aber nicht nur wirtschaftliche Bedeutung, sie ist der Angelpunkt unserer gesamten sozialen und politischen Verhältnisse sowie deren Entwicklung. Geht man den Motiven der politischen Feyer nach, die Justizgesetze gegen Arbeiter verlangen, das Koalitionsrecht beschneiden wollen, für ein neues Sozialistengesetz sich begeistern, eine Reform des Dreifasswahlrechts verweigern, gegen jedes sozialpolitische Reformverlangen, dann sieht man auf die Viebesgaben- und Schutzpolitik als treibende Kraft. Alle die volkreindlichen Bestrebungen wurzeln im Boden der wirtschaftlichen Interessen der Privilegierten. Zwar steht uns über einen der Hauptzweige der ausdeuterischen Wirtschaftspolitik, der agrarischen, bereits eine reichhaltige Literatur zur Verfügung, trotzdem ist das jetzt vom Reichstagsabgeordneten Georg Gothein, Vertrat a. D., herausgegebene „Agrarpolitische Handbuch“ als ein gutes Hilfsmittel für den Politiker und Agitator im Kampfe gegen den volkreindlichen Agrarismus freudig zu begrüßen. Wir unterscheiden nicht alle Schlussfolgerungen des Verfassers, manche seiner Bestrebungen befürworten wir ganz entschieden, aber als Materialquelle fällt kein Buch unbefritten eine Lücke aus; als Wegweiser wird es jedem, der sich über eine der in Betracht kommenden Materien schnell informieren will, ein guter Helfer sein. Von Vorteil halten wir die Stoffanordnung. Alle einschlägigen Fragen sind in alphabetischer Folge in kurzen, verständlichen Artikeln behandelt. Das Verzeichnis für die jetzt akuten Fragen der agrarischen Wirtschaftspolitik in ihrem historischen Werden weist der Verfasser durch einen Rückblick auf die technische und geschichtliche Entwicklung der Agrarwirtschaft. Wie ein roter Faden leuchtet besonders aus der ganzen Verwaltungspraxis der Egoismus des typischen Agrarier hervor, ganz gleich ob er als geborener oder Verdienst-Junker auftritt. Mit einer Selbstverständlichkeit, die keiner Begründung bedarf, erhebt er überall Ansprüche auf Bevorzugung, deren Kostenträger immer die produzierenden Stände sind. Die Entwicklung des Industrialismus und der Weltwirtschaft steigerte die Tier der Junker nach Reichtum und Luxus. Eine intensive und extensive Viebesgabenpolitik mußte den agrarischen Profitlunger befriedigen. Diese Politik, die das Volk ausbeutet, den Großgrundbesitzern Millionen in den Schoß wirft, ist dabei die wahre Ursache der Not der Landwirtschaft. Die Schutzzölle, die Viebesgaben aller Art treiben nicht nur die Preise der Lebensmittel, sondern auch die der Wachten und der Wälder hinauf. Die Landwirtschaft bleibt nicht genügend rentabel, weil der neue Pächter oder Bestzer immer den infolge von neuen Viebesgaben festgelegten Ertragswert in Form erhöhter Wachten oder Zinspflicht kapitalisieren muß. Der wirtliche Produzent schafft und darbt oft genug dabei, während die Grundrentenmagnaten Milliarden einheimsen. Die Reichsschuld könnte, wie Gothein feststellt, um 2 Milliarden Mark niedriger sein ohne die Viebesgabe aus der Zudersteuer. Daraus kann man ersehen, was dem Volke die ganze Viebesgabenwirtschaft kostet. Nicht nur die großen Fragen dieser Politik werden in dem Handbuch behandelt; der Verfasser zeigt, wie fast ein jedes Gesetz mehr oder minder auf agrarische Interessen zugeschnitten ist und den Ansprüchen der Junker auf Extravorteile oder Befreiung von Lasten Rechnung trägt. Jedem, der im öffentlichen Leben steht, wird das Buch sicherlich gute Dienste leisten. D.

Abschlüsse der Privatseifenbahnen.

Es haben in den ersten zehn Monaten insgesamt 94 Aktien-gesellschaften ihre Bilanzen veröffentlicht; ihr Aktienkapital betrug 1908/09 zusammen 488,72, im Jahre 1909/10 444,68 Millionen Mark. Für 98 Gesellschaften ließ sich der Gewinn resp. Verlust ermitteln, und zwar schloßen im Jahre 1908/09 80 Gesellschaften mit Gewinn, 7 mit Verlust, im Jahre 1909/10 84 mit Gewinn und 9 mit Verlust ab. Der Gewinn betrug im Jahre 1908/09 bei den 80 Gesellschaften mit einem Aktienkapital von 418,28 Millionen Mark insgesamt 18,60 Millionen Mark und im Jahre 1909/10 bei den 84 Gesellschaften mit einem Kapital von 409,88 Millionen Mark insgesamt 21,21 Millionen. Trotzdem also weniger Gesellschaften als im Vorjahre mit Gewinn arbeiteten, ist die Gewinnsumme doch gestiegen. Bei den größeren Gesellschaften bewegten sich die Reingewinne in den beiden letzten Geschäftsjahren, wie folgt:

St.-Kap.	Reingewinn in M.		
in 1000 M.	1908/09	1909/10	
Westfäl. Landesbahn	20 400	633 718	716 464
Sächsisch. Eisenb.-Ges.	25 560	1 528 451	1 912 863
Brandenburg. Städtebahn	12 954	99 425	110 468
Westfälische Eisenbahn	10 380	399 870	Verlust 976 884
Moselhahn A.-G.	10 000	Verlust 28 458	Verlust 286 445
Lübeck-Wilhelmsener	25 000	2 085 069	2 876 893

Mit Ausnahme der Westfälischen und der Moselbahn haben alle großen Bahnen günstiger abgeschlossen als 1908/09.

Schultheiß. Der Geschäftsbericht der größten Berliner Brauerei schließt sich leider über das meiste Wissenswerte gründlich aus. Wie groß die Produktion war, wieviel Malz verbraucht worden ist, welche Böden gezahlt worden sind, darüber erzählt man nichts. Man kennt die Urkunde der Schweißlampe! Im Geschäftsjahre 1909/10 betragen die Einnahmen 29 882 335 M. gegen 25 088 220 M. im Vorjahre. Der ausgerechnete Reingewinn stellt sich auf 2 346 812 M. Die Dividende beträgt, wie im Vorjahre, 14 Prozent. Bemerkenswert aus dem Bericht ist noch folgende Mitteilung: „Auf einem vom Eisenbahnbüro gepachteten Terrain unmittelbar am Wannsee, haben wir ein neues Ausbrennlokal errichtet, das mit der Fertigstellung in das Eigentum des Bistums übergegangen ist; da der Pachtvertrag 25 Jahre läuft, erschien es angemessen, für die Amorti-

*) Agrarpolitisches Handbuch von Georg Gothein, M. d. R. Herausgegeben vom Handelsvertragsverein. Verlag von Liebig u. Thiesen. 6 M., geb. 8 M.

sation unseres Kostenaufwandes, der bis jetzt circa 865 000 M. beträgt, im Konto „Unkosten der Ausbrennlokal“ eine jährliche Quote von 18 000 M. vorzusehen.“ Die Angaben beweisen, daß der Bistum ein sehr „einnehmendes“ Wesen hat und ein Vorkausch enorme Uebererschüsse abwerfen muß.

Neue Panzerplatte. Der Großindustrielle Thieges erklärt, daß er mit der Panzerplatten-Industriegesellschaft gar nichts zu tun habe. Die betreffende Meldung stammt aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten“.

Das größte Stauwerk der Welt wird zurzeit in Australien erbaut. Der Warren Dam, wie das Werk genannt worden ist, wird nach dem Engineer hin eine Länge von fast 250 Meter, eine Höhe bis zu 75 Meter erhalten. Der ganz aus großen Steinen mit Zement hergestellte Bau hat an der Basis eine Breite von fast 60 Meter. Das Werk ist zur Sammlung der Gewässer aus einem Gebiet von gegen 15 000 Quadratkilometer bestimmt. In ein erheblicher Sauerfall im Winter einen größeren Wasserreichtum aufspeichert. Das Stauwerk hinter dem Dam soll bei vollständiger Füllung über eine Milliarde Kubikmeter enthalten. Dieser Anlage hat die Natur etwas vorgearbeitet durch die Schaffung einer tiefen Schlucht in Fügeln aus Granit, die gleichzeitig ein treffliches Baumaterial liefern. Die Fortsetzung dieser Schlucht in das Gebirgsland hinein auf eine Strecke von ungefähr 350 Kilometer sichern dem Werk die Zuführung der Gewässer aus der ganzen Umgebung. Im August nächsten Jahres soll der Dam eine Höhe von 85 Meter erreicht haben und dann will man die Anlage nutzbar zu machen beginnen. Die übrigen Arbeiten sollen bis zum August 1913 vollendet werden.

Soziales.

Verletzung eines zehnjährigen Knaben durch einen Bullen — kein Betriebsunfall!

Ein auffallendes, unrichtiges und antisoziales Urteil fällt das Reichsversicherungsamt in Sachen des Schülers L. gegen die ostpreussische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft. Der zur Zeit des Unfalls zehn Jahre alte Schüler L. war bei dem Gutsbesitzer K. als Hülfsjunge beschäftigt. In der Herde befand sich auch ein gefährlicher Bulle. Als sich dieser etwas zu weit von der Herde entfernt hatte und der Junge ihn wieder zurücktreiben wollte, fiel das wütende Tier über den Knaben her, nahm ihn auf die Hörner und richtete ihn so zu, daß er sein Leben lang durch den Bruch des Oberschenkels eine erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigung erfahren hat. Nach Aussage des Knaben war das Tier so gefährlich, daß es in der Regel an Kopf und Vorderbeinen gefesselt wurde. An dem Tage war dies nicht der Fall. Der Vater des Knaben erhob Entschädigungsanspruch, wurde jedoch von der Genossenschaft mit der Begründung abgewiesen, daß der Knabe durch das Reiten des Bullen die unglückbringende Gefahr selbst verursacht habe, diese sei also dem Betriebe nicht zuzurechnen. Die Berufung war erfolglos. Vor dem Schiedsgericht erklärte der Besitzer K. im Gegenzug zu dem Verletzten, der Bulle sei kein gefährliches Tier, der Junge habe vielmehr wahrscheinlich aus Uebermut mit der Peitsche auf das Tier eingeschlagen, er selbst habe ihn dieserhalb schon zweimal verwarnen müssen. Darauf erfolgte Ablehnung mit folgender Begründung: Nach der Zeugenaussage ist das Schlagen des Bullen aus Uebermut erfolgt. Diegert eine ausdrückliche Warnung zur Unterlassung vor, so liegt auch für ein Kind kein Grund vor, ihm für seinen Uebermut eine Ausnahmebestellung zu gewähren.

Der Refus, den der Vater anhängig machte, ist jetzt vom Reichsversicherungsamt zurückgewiesen!

In der Begründung des Urteils heißt es unter anderem: Obschon sich der Unfall bei Gelegenheit einer landwirtschaftlichen Betriebsstätigkeit ereignet hat, kann er nicht als Betriebsunfall gelten, da der Kläger durch sein Verhalten sich außerhalb des Betriebes gesetzt hat. Obwohl K. ihm zweimal verboten hat, ist das Tier dazu gebracht worden, auf den Kläger einzugehen. Er ist hiernach einer Gefahr erlegen, in der er sich mutwillig begeben hat. Die Grenze dessen, was ändern zugute gehalten werden kann, ist hier erheblich überschritten. Bei diesem Alter war er reif genug, die Vorhaltungen zu begreifen, die ihm das Schlagen verboten, und doch hat er diesen nicht Folge gegeben. Wenn er es nicht tat, war es nicht mehr einfacher kindischer Uebermut, welcher ihn zu seiner Handlung forttrieb, sondern ausgesprochener böser Wille. Mit Recht ist daher die Gewährung einer Rente abgelehnt.

Das ist denn doch wohl die Höchstleistung, die das Reichsversicherungsamt bei der Konstruktion des „Außerbetriebsebens“ erreicht hat. Die Versicherungsgehegung hat nach ihrem Wortlaut den einen Vorteil vor dem Haftpflichtgesetz, daß auch unverschuldete Unfälle zu entschädigen sind. Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes hat sich aber seit dem Ausscheiden Dr. Böblers immer mehr dahin entwickelt, daß sie durch die Konstruktion des „Außerbetriebsebens“ die rechtliche Lage des Arbeiters in vielen Fällen gegenüber der Haftpflichtgesetzgebung, wie diese vom Reichsgericht ständig interpretiert wurde, erheblich verschlechtert hat. Es wird jetzt als Schuld dem Arbeiter zugerechnet, was früher als solche des Arbeitgebers erachtet wurde. So hat das Reichsgericht in ausnahmsloser Praxis dahin entschieden, daß die Wagnisse des Arbeitgebers auch dem erwachsenen Arbeiter gegenüber seine Verpflichtung nicht ausheben, geeignete Sicherheitsmaßregeln zu treffen; ein Verschulden des Arbeiters liegt nicht vor, sobald er durch die Genehmigung an die Gefahr unvorsichtig gemacht wird. Einem stöhigen Bullen gegenüber hat der Arbeitgeber solche Unfallverhütungsmassregeln anzuwenden. Unter dem Haftpflichtgesetz würde er schon deshalb verurteilt sein, weil die Anvertrauung der Qui über den Bullen an ein Kind ein grobverlässiges Verschulden darstellt, das ihn zivilrechtlich und strafrechtlich haftbar macht. Die mitgeteilte Entscheidung des Reichsversicherungsamtes zeigt, wie ein verständigiger Grundgesetz einer Gesetzgebung durch die Rechtsprechung in sein Gegenteil verkehrt werden kann.

Verfammlungen.

Richtstände bei der Firma Bergmann. Eine Betriebsversammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Bergmann, Maschinenfabrik, Dubenardstraße, fand am Donnerstagabend in der Pharusstraße, Müllerstraße, statt. 81 Teilnehmer referierte. In der Arbeiterkammer des Werkes herrschte große Unzufriedenheit; über mannigfache Richtstände wird geklagt. In zwei vorhergegangenen Versammlungen wurden diese Richtstände schon bloßgelegt; eine Kommission wurde gewählt, um der Direktion die Klagen zu übermitteln, aber man machte dieselbe Erfahrung, die man schon öfter gemacht hatte, daß nämlich die Mitglieder solcher Kommissionen bald unlieblich waren und entlassen wurden, oder sie fühlten sich stets mit der Entlassung bedroht. Auf einen Arbeiterauschuss, wie er in anderen großen Betrieben besteht, hatte die Arbeiterschaft längst verzichtet, weil keine Möglichkeit bestand, die Interessen der Arbeiter durch einen Ausschuss vertreten zu lassen. Auf eingereichte Beschwerden erteilte die Direktion nicht einmal eine Antwort. Als in diesem Jahre Differenzen ausbrachen, die zu einem Streik und dann zu einer Aussperrung führten, erklärten der Direktion öffentlich die Einrichtung eines Arbeiterauschusses recht natürlich und sie regte die Wahl eines Ausschusses an. Die Arbeiter wünschten, daß die Wahl nicht nach den alten Satzungen, sondern den modernen Verhältnissen gemäß vorgenom-

men werden sollte, und sie beauftragten die Verhandlungskommission, die während des Streiks tätig war, der Direktion die Wünsche der Arbeiterschaft vorzutragen. Das geschah, aber die Direktion gab wieder mal keine Antwort. Bei der Erledigung des Streiks erhielten die Arbeiter das Versprechen, daß ihre Beschwerden geprüft und eine Reihe von Mängeln abgestellt werden sollten. Die Arbeiter warteten vergeblich darauf und schickten endlich eine Kommission vor, um die Direktion an die gegebenen Versprechen zu erinnern; eine Verhandlung fand auch statt, die Direktion verlangte Material zur Prüfung und erhielt es, aber eine Antwort wurde den Arbeitern nicht erteilt. Die Arbeiter klagen über Lohnabzüge, über schlechte Behandlung und über Mangel an Fürsorge. Beschwerden kommen aus allen Abteilungen; die Ventilation ist schlecht, es fehlt an Staubsaugvorrichtungen bei den Schleifmaschinen, Brennöfen stehen frei und geben gefährlichen Dampf, die Beschäftigten sind mangelhaft, die Garderobenträume genügen nicht; von einem Speiseraum kann kaum die Rede sein, die Kantine bietet keine Gelegenheit, sich etwas Kaffee oder Milch zu wärmen; man möchte auch gern wissen, wo die Uebererschüsse aus der Kantine bleiben. Die Schichtarbeiter haben eine ununterbrochene Arbeitszeit von neun Stunden und verlangen eine Pause zum Essen. Oftmals ist schon darauf hingewiesen worden, daß in einem großen Werk kein Krankentwagen zur Verfügung steht. Die Behandlung durch die Meister läßt viel zu wünschen übrig. Neuerdings werden besonders viel Lohnabzüge gemacht, was die Arbeiter auf einen eigenen Vorgang zurückführen. Die Direktion hat vor einiger Zeit gefunden, daß die Meisterlöhne zu hoch seien. Obermeister erhalten bis 700 M., Meister bis 300 und 400 M. pro Monat, Vorarbeiter von 45 bis 60 M. pro Woche. Erschreckt über die Ansicht der Direktion, daß diese Kategorie der Angestellten zu viel verdiene, hielten die Meister eine Versammlung ab und beschloßen eine eigene Art von Lohnbewegung, die sich nicht nach oben, sondern nach unten richten soll. Man will auf die Arbeiter einen stärkeren Druck ausüben und eventuell durch Abzüge an den Löhnen der Arbeiter sich Günst und Gnade der Direktion erhalten. — Der Referent forderte die Arbeiter auf, sich ihre Rechte nicht kürzen zu lassen, auf die Abstellung der Mängel immer weiter zu drängen, die regelrechte Arbeitszeit nicht durch Ueberstunden zu verlängern, besonders aber sich der Organisation, dem Deutschen Metallarbeiterverbande fest anzuschließen, um eine starke Stütze zu gewinnen.

Die Sektion der Puhler vom Zentralverband der Maurer hielt am Mittwoch in Damsel's Hof in der Neuen Friedrichstr. 35 eine Mitgliederversammlung ab, die sich hauptsächlich mit der Verschmelzung der Lokalfassen der Sektion mit der Zweigvereinsklasse und der Einführung der Hausflasterung beschäftigte. Durch das neue, am 1. Januar für den Bauarbeiterverband in Kraft tretende Statut werden bedeutungsvolle Änderungen im Verwaltungsweesen angeordnet. Der bisherige Maurerverband gliedert sich in Zweigvereine, die sich wiederum in den größeren Orten oder Industrieregionen — so auch in Berlin — in mehrere Sektionen gliederten, von denen jede einzelne ihre besondere Verwaltung hat. Das neue Statut läßt zwar die einzelnen Sektionen bestehen, weil die besonderen Berufsfragen der einzelnen Berufsgruppen durch die Sektionen besser erledigt werden können, als durch die geschlossenen Zweigvereine. Jedoch sollen die besonderen Verwaltungen der Sektionen, die ihrerseits jetzt erst mit dem Zweigverein und dieser wieder mit der Hauptklasse abrechnen, aufgehoben zu bestehen. Vom 1. Januar ab soll in jedem Zweigverein nur eine Verwaltung und Kasse bestehen. In allen Sektionen, mit Ausnahme der der Puhler, werden die Beiträge durch Hausflasterer von den Mitgliedern abgeholt, während bei den Puhlern die Einkassierung der Beiträge von den Wandputzern mittels des Riffensystems geschieht. Durch die Zusammenlegung der Verwaltungen würde also auch hierin eine Änderung eintreten. Während die anderen Sektionen mit diesen Neuerungen einverstanden sind, finden diese bei den Puhlern aus den verschiedensten Gründen noch einen starken Widerstand. Zunächst besteht die Sektion der Puhler eine verhältnismäßig gut fundierte Lokalfasse, gegenwärtig mit über 57 000 Mark Bestand. Dann aber auch werden bei den Puhlern während der Wintermonate Beiträge erhoben und Kranfennunterstützung gewährt, was in den anderen Sektionen nicht der Fall ist. Auf diese besonderen Vorrechte wollen die Puhler nicht verzichten und daher ihr Widerstand gegen die Verschmelzung der Verwaltungen und Kassen. Der Zweigvereinsvorstand hatte sich nun in einer seiner letzten Sitzungen mit der Puhlersektion beschäftigt und entsprechend dem Statut beschlossen. Das veranlaßte den Sektionsvorstand der Puhler die Versammlung einzuberufen und die Mitglieder zu befragen. Der Sektionsvorsitzende K e u m a n n schilderte zunächst die Entwicklung der Puhlerorganisation vom ersten Anfange, dem Berliner Puhlerklub, bis zur heutigen Sektion im Maurerverband. Er glaubt, daß die Sektion, wenn die Verwaltungen erst zusammengelegt sind, nicht mehr so erfolgreich für die Mitglieder wirken wird, wie sie es bisher konnte. Er erinnerte an die Erringung des Achtstundentages. Seine Bewegung sei gegen den Willen des Zentralverbandes mit Erfolg durchgeführt worden. Auch die im vorigen Jahre den Mitgliedern gewährte Reisestundenunterstützung, die etwa 20 000 M. erforderte, hat nicht den Verfall von oben gehabt. Mit der Verschmelzung der Sektionskasse mit der Zweigvereinskasse wird der Sektion die Selbstständigkeit genommen. Es sei hier die Lebensfrage der Sektion zu entscheiden und er wünsche, daß sich die Mitglieder zuvor reichlich die Sache überlegen, ehe sie ihre Entscheidung fällen.

Der Zweigvereinsvorsitzende G a n t e hob in seinem Referat hervor, daß es sich weder darum handle, den Puhlern ihr Geld noch ihnen ihre Selbstständigkeit zu nehmen. Der Verbandslog wollte lediglich, daß die Kräfte, die heute im Verwaltungsweesen durch die einzelnen Verwaltungen in den Sektionen nicht zweckentsprechend verwandt werden, für notwendige Arbeiten der Organisation freigemacht werden. Bei einer Zusammenlegung der Kassen hätten die Puhler nichts von ihren Rechten ein, denn die einzelnen Sektionen sollen entsprechend ihrer Größe auch im Zweigvereinsvorstande vertreten sein. Daneben bleibe noch der Sektionsvorstand bestehen, der durchaus selbständig die Berufsinteressen der Puhler vertritt. Die beiden Angelegenheiten werden selbstverständlich in die Zweigvereinsverwaltung übernommen. Redner ist überzeugt, daß auch unter den neuen Verhältnissen die Interessen der Puhler wirksam gewahrt werden können und deren Organisation gefördert werden wird.

In der Diskussion, an der sich auch der Gauleiter S i l b e r s c h m i d t beteiligte, kamen die Befürworter und Gegner der Verschmelzung fast wechselseitig zum Wort. Die verschiedensten Argumente für und wider wurden vorgetragen. Schließlich lehnte die Versammlung mit geringer Mehrheit ab, sich allen Anforderungen des neuen Statuts zu fügen. Jedoch gab die Mehrheit zu erkennen, daß sie sich mit diesem Beschluß nicht außerhalb des Statuts stellen wollte. Der Verschmelzung dürfte zugestimmt werden, wenn es möglich sein sollte, daß bestimmte Einrichtungen und Vergünstigungen, die die Mitglieder unter der selbständigen Verwaltung gehabt hatten, ihnen auch unter der gemeinsamen Verwaltung erhalten bleiben. Auf Antrag G a n t e wird darauf beschlossen, in einer weiteren Versammlung hierüber und insbesondere über die Gruppierung des Zweigvereinsvorstandes zu verhandeln und Klarheit zu schaffen.

Hiernach wurden S z y m a n s k i und R o d m a n n als Delegierte zu der am 20. November stattfindenden Gaukonferenz gewählt.

Haus der Frauenbewegung.

Mutterchaftsversicherung.

Damen in Spitzenblusen, seidenen Jupons und einem Hüßert von einem halben Dutzend Hundertmarkschneisen saloberta über soziale Fragen, und die Regierung breitet segnend wie ein Pastor die Hände über sie und sieht im übrigen unädig, wo sie sich die Masse der erwerbstätigen Frauen und Mädchen für Hungerlöhne tagen, tagaus schindet und quält und bei den unheimlichen Preissteigerungen durchs Leben hungert. Daran denken die fürsorglichen Damen ebenso wenig wie ihre häußertenden Ehehäften,

Daß bei der heutigen Verteuerung aller Lebensmittel die Ernährung aller Kinderbevölkerung und ihres Nachwuchses zurückgehen und sie einer tiefgreifenden Unterernährung entgegenzuführen muß. Wie sich in den Köpfen der männlichen Staatskrieger die soziale Praxis malt, das erkennt man aus dem Ausspruch des Kabinettsrats der Kaiserin v. Vehr-Binnow auf der ersten Tagung zur Zentralisation der Säuglingsfürsorge in Dresden: „Deutschland kann stolz sein auf seine soziale Fürsorge!“ Wie es mit dieser Fürsorge in Wirklichkeit steht, davon wissen die arbeitenden Frauen ein anderes Lied zu singen. Jedem Stück Vieh gewährt man vor der Geburt eine wochenlange Schonfrist. Für die arbeitende Frau sieht das neue Reichsversicherungsrecht eine Schonzeit von vierzehn Tagen vor! Und weiter glaubt die soziale Fürsorge des Staats genügend getan zu haben, wenn sie die Zeit mit der Krankenversicherung verbundene Mutterschaftsversicherung auf im ganzen sechs Wochen ausdehnt und der Wöchnerin während dieser Zeit $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ des ortsüblichen Tageslohnes garantiert. Bei dieser völlig unzureichenden Unterstützung können Mutter und Kind glatt verhungern. Daß Ernährung und Säuglingssterblichkeit in direktem Zusammenhange stehen, ist hundertfach nachgewiesen worden. Der Regierung erscheint das wohl als kein zwingender Grund für eine schleunige Verbesserung der gesetzlichen Grundlage. 118 000 Säuglinge gehen alljährlich in Deutschland bis zum fünften Tage zugrunde. Schlechte Ernährung und übermäßige Erwerbsarbeit der Mutter, Ausbeutung mit einem Worte trägt die Schuld an diesem furchtbaren Zustand, aber man salbadert, staatskretet und lobt die soziale Fürsorge Deutschlands über den grünen Klee! Wir befinden in Deutschland Bezirke, wo nach der Statistik 93 Proz. Kinder gestillt werden und die ein Minimum der Sterblichkeit von 10 Proz. aufweisen. In der Pfalz, wo etwa 80 Proz. Brustkinder vorhanden sind, ist die Sterblichkeitsziffer 18 Proz. Im Norden Berlins, im Arbeiterviertel, beträgt die Zahl der Brustkinder nur 30 Proz. und die Sterblichkeit beläuft sich auf die horrenden Ziffer von 41 Proz.! Was uns nottut, ist eine umfassende staatliche Mutterschaftsversicherung, eine staatliche Mutterschaftskasse für die Gesamtheit aller erwerbstätigen Frauen, nicht nur solcher, die der Krankenversicherungspflicht unterliegen. Deutschland ist auf diesem Gebiete das rückständigste Land unter den zivilisierten Ländern. Während Berlin in allen Entbindungsanstalten zusammen nur 300 Betten besitzt, verfügt Paris z. B. über ein halbes Duzend Maternités, von denen jede einzelne mehr Betten hat, als in Berlin alle Anstalten zusammen! Selbst in Rußland, dem vielgeschmähten, ist man uns in dieser Beziehung über. In Moskau und Petersburg liegen die Verhältnisse ähnlich so wie in Paris! Auch ein Schlaglicht auf die Mordtätigkeit des Wortes: „Deutschland in der Welt voran!“ Bei uns verläßt man sich in den Kreisen der Staatskrieger immer noch auf die völlig unzureichende, ja oftmals geradezu gefährliche, weil parteiische „Wohltätigkeit“. Glaubt man doch bei den aus privater Initiative hervorgegangenen Anstalten in ungesicherter Unzulänglichkeit, die sich mit der Betonung des „christlichen“ Standpunktes gut zu vertragen scheint, unberbeitete Mütter von der Fürsorge vor, während und nach der Entbindung ausschließen zu können. Unsere Forderung muß daher lauten: Für Ehefrauen und für uneheliche Mütter muß in gleicher Weise durch das Gesetz gesorgt werden: durch Schaffung von Mutterschaftslokalen und durch Errichtung von Entbindungsanstalten in größerem Umfange, in denen in allen Fällen, wo die häuslichen Verhältnisse die nötige Pflege von Mutter und Kind nicht gewährleisten, beide für ausreichende Zeit ein Unterkommen finden können. Das unglückbare Glend, wie es heute offen zutage tritt, daß eine Wöchnerin mit ihrem Kind nach einem Aufenthalt von 5-6 Tagen die Anstalt verlassen muß, weil der Andrang zu groß und die Fürsorgemöglichkeit nicht ausreichend ist, muß unter allen Umständen verschwinden. Dann werden auch die furchterlichen Zahlen auf dem Schlachtfelde der Mutterschaft eine

Reduktion erfahren. 10 000 Frauen müssen alljährlich in Deutschland die Geburt mit dem Tode bezahlen. Wer die sechs Mütter unter unserer Arbeiterbevölkerung kennt, wer sieht, wie durch die unheimlichen Verhältnisse Brot, Fleisch, und was sonst zum Leben gehört, immer weniger auf den Tisch kommt, der weiß auch, wo dem Tode die reichste Ernte winkt.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Steglich. Heute Dienstag, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, öffentliche Frauenversammlung im „Virenwaldchen“, Schützenstraße. Referentin: Luise Biey.

Leseabende.

Bohnendorfer. Donnerstag, den 17. November, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in „Villa Kahl“, Vortrag. Gen. Hartwig: „Ursprung und Wesen der Religion“. Ferner Bericht über den Besuch der Erziehungsanstalt „Am Urban“.

Aus aller Welt.

Schwere Eisenbahnunfälle.

In Kalamazoo am Michigansee stieß auf einem Straßenübergang ein Güterzug mit einem Straßenbahnwagen zusammen. Neun Personen wurden auf der Stelle getötet, zwölf schwer verletzt. Zwanzig Passagiere trugen leichtere Verletzungen davon. Der über-rannte Straßenbahnwagen wurde vollständig zertrümmert.

Ein gestern früh auf der Station Poritsch in Böhmen eingetroffener Güterzug fuhr infolge falscher Weichenstellung auf einen in der Station stehenden Güterzug. Ein Arbeiter wurde schwer verletzt, sechs Wagnbedienstete erlitten leichtere Verletzungen. Die beiden Maschinen der Züge wurden schwer beschädigt, zwei Güterwaggons vollständig zertrümmert.

Tolstois Aufenthalt.

Das allgemeine Aufsehen erregende Verschwinden des großen Dichters hat seine Aufklärung gefunden. Nach einem aus Kaluga kommenden Telegramme ist Tolstoi mit dem Nachzuge in dem im Gouvernement Kaluga gelegenen Optinkloster mit seinem Arzt eingetroffen und hat am andern Morgen seine Schwester in dem zwölf Werst entfernten Konnentkloster besucht. Tolstoi hat versprochen, in das Optinkloster zurückzukehren. Es ist aber nicht wahrscheinlich, daß der aus der Kirche Ausgestoßene im Kloster dauernden Aufenthalt nimmt.

Ein Priester wegen Vergiftung des Mostweins angeklagt.

Rom, 10. November. (Fig. Ver.) In Reggio Calabria findet in diesen Tagen ein Prozeß gegen den Priester Raso statt, der beschuldigt ist, in den Mostwein seines Pfarrers Gift getan zu haben. Am 24. Februar 1908 — die Wahlen der italienischen Gesetzgebung wählen bekanntlich langsam — fand der Priester Albano, daß der Mostwein einen widerwärtigen Geschmack hatte. Nachdem er einen Schluck getrunken, sagte er zum Sakristan, er möchte den Wein kosten, und stürzte dann unter heftigen Schmerzen zusammen. Beide starben am 30. Februar nach

furchtbaren Leiden. Die Obduktion ergab eine Vergiftung und die Untersuchung des Mostweins stellte fest, daß er eine 0,1-prozentige Sublimatlösung war. Der Verdacht fiel gleich auf den Priester Raso, der auf den Vergifteten eifersüchtig war, weil dieser die von ihm ersehnte Pfarrstelle erhalten hatte. Bei der Verhandlung gab der Angeklagte ohne weiteres an, daß er ein wenig priesterliches Leben geführt hat und ein großer Freund von Vergiftungen ist. Den Mord stellte er aber mit aller Energie in Abrede und will ein Alibi erbringen.

Der Schmuggler mit dem künstlichen Wein.

In Como sind die italienischen Grenzaußen einer merkwürdigen Schmuggel auf die Spur gekommen. Ihr Verdacht wurde durch einen Mann erregt, der mit künstlichem Wein die Grenze passierte. Man fand dann richtig in der Höhlung des Weines 47 silberne Uhren. Da der Verdachtete viel zwischen Chiasso und Como verkehrte, mag er aus seiner Krüppelhaftigkeit schon recht viel Kapital geschlagen haben.

Kleine Notizen.

Einäschung eines historischen Schlosses. Das bei Sandau an der Harz gelegene Schloß Wildturm, das noch aus der Römerzeit stammt, ist mit sämtlichen Dekonomiegebäuden niedergebrannt.

Die Gefahr der Pestverschleppung aus Lissabon hat die deutsche Regierung veranlaßt, Schiffsregeln zu ergreifen. Alle aus dem Hafen von Lissabon nach einem deutschen Hafen kommenden Schiffe sind nach einer Bekanntmachung bis auf weiteres vor der Zulassung zum freien Verkehr ärztlich zu untersuchen.

Schwerere Gasexplosion. In dem Eisenwerk Wilkowitz bei Mährisch-Odrau fand während der Reparaturarbeiten an einem Dampfen eine Gasexplosion statt. Mehrere Arbeiter wurden tödlich, mehrere andere leichter verletzt.

Ein fünfjähriger Mord. In Petersburg sind gestern ein Schneidemeister, seine Ehefrau und drei Gesellen ermordet und beraubt in der Wohnung des Meisters aufgefunden worden. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Ueberfall auf einen russischen Postwagen. Der von Alexandrowski nach Beloserski gehende Postwagen wurde am Sonntagabend überfallen und der Postillon und ein Polizeibeamter durch eine Bombe getötet. Die Räuber erbeuteten 30 000 Rubel.

Schwerer Bergwerksunfall. In den Bergwerken zu Anzin in Frankreich verursachte eine Explosion einen Erdrutsch. Vier Bergleute wurden von den Erdmassen begraben und getötet.

Angeschwemmte Leichen. In Dreß (Frankreich) sind vier Leichen von Matrosen, die mit Rettungsgürteln ausgerüstet waren, an das Ufer gespült worden. Nach den Aufschriften auf den Rettungsgürteln handelt es sich um Matrosen eines englischen Dampfers.

Eingegangene Druckschriften.

„Kommunale Praxis“. 10. Jahrgang, Heft 42-44. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 68. Die „Kommunale Praxis“ erscheint wöchentlich und kostet pro Quartal 3 M. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Buchhandlungen und Zeitungs-speditionen entgegen. Grobenummern kostenlos vom Verlag.

„In freien Stunden“. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das das arbeitende Volk. Die Hefte 42-44 sind erschienen. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen und Speditionen entgegen. Grobhefte vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Der Staatsbürger Nr. 15. Halbmonatsschrift für politische Bildung. Herausgeber: Dr. D. Dorn. 40 Pf. Hr. B. Braun, Leipzig.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstagswahlkreis. (1. Abteilung.)
Den Genossen hiermit die traurige Nachricht, daß am Sonntagabend unter langjähriges Mitglied, der Goldschmied, Genosse **Richard Möde** an der Prostataerkrankung verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Andreas-Strohhofes im Hohenfischbäumen aus statt.
Die Genossen treffen sich 1/2 Uhr bei Hh. Neue Friedrichstr. 60.
Der Vorstand.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.
Verwaltung Berlin.
Am Freitag, den 11. November, verstarb in der Fremdenstiftung durch einen langjähriges Mitglied, der Goldschmied **William Rasmus** im Alter von 48 Jahren.
Die Beerdigung findet heute, den 15. November, nachmittags 4 Uhr, am dem Anstaltsfriedhof in Buch auf.
Die Kollegen werden um Beteiligung gebeten.
20/16
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Gürtler **Josef Kittel** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Trauerfeier findet am 15. November, nachmittags 4 Uhr, im Rigdorfer Krankenhaus in Sudow statt.
Rege Beteiligung erwartet.
125/8
Die Ortsverwaltung.

Santa Lucia
Kraut-Rotwein
F. 1.50 x 2.00
Kraut-Rotwein
Käuflich in Apotheken, Drogen- & Kolonial-Geschäften.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am 12. November verstarb unser Genosse, der Zigarrenmacher **Rudolf Wachsmuth** Hestemalder Str. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des französischen Strohhofes, Pantfon, Hollantstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
281/2
Der Vorstand.

Verband der Sattler und Portefeullier.
Ortsverwaltung Berlin.
Am Sonntag, den 18. November, verstarb nach schwerem Krankenlager unser Kollege **Theodor Stawitzki** (Berktakt Robert Reichelt).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Young-Gemeinde in Reichensee, Lichtenberger Straße 111-123 aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht.
157/16
Die Ortsverwaltung.

Klara Seeländer.
insbesondere dem Sängerkor der Reichsbundvereine fage ich hiermit meinen tiefgefühlten Dank.
Um Namen der trauernden Hinterbliebenen **Paul Seeländer.**
Dankagung.
Für die vielen Gemilde herzlicher Teilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter, Schwieger- und Großmutter allen Freunden, Bekannten und Verwandten meinen innigsten Dank. 1807b
H. Zamow, Olga und Ida Hintz, Familien Eichelberg u. Schneider.

Ober-Schöneweide, Hackepeter
Bußtag; Großes Wurstessen!
Richard Schulze,
1817b
Sternstr. 12.

Eine Mark
wöchentliche Teilzahlung elegante Herren-Moden
fertig und nach Maß, feinste Verarbeitung.
S. Boltuch
Frankfurter Allee 78, 1
Eingang Tilsiter Straße.

Ungewitter's Kautabak
garantiert rein aus Kentuckytabak, seit Jahrzehnten unübertroffen.
Niederlage:
O. Reimer, Lichtenberg-Berlin O.,
Gürtelstr. 1, Ecke Frankl. Chaussee.
4452

Vorwärtsleser! Aufgepaßt!
Pringen-Wandleiche, Pringenstraße 34, 1 Treppe
Monatsgarderobe
und verlässliche Händer, für jede Figur passend, bestehend in Winterpaletots von 8-25, Anzügen von 10-25, Joken von 2,50 an, Westen, Hölche, Gardinen, Portieren, Teppiche, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Halsketten, im Verlag versandt, haumend billig.
Kimonos-Vorleger erhält Zehn-geld. Pringen-Wandleiche, Pringenstraße 34, 1 Treppe (zwischen Ritterstraße und Northplatz).

Am 11. November, nachmittags 9 Uhr, verstarb mein lieber, guter Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder **Oskar Bauernfeind** im 86. Lebensjahre.
Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen
Witwe Lisbeth Bauernfeind nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle in Ober-Schöneweide aus statt. 18165

Die traurige Nachricht, daß mein innigster Mann, unter treuherziger Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Postgelehrter **Karl Hollmich** nach langem, schwerem Leiden sanft entschlafen ist.
Um stille Anteilnahme bitten die tieftrauernde Gattin nebst Kindern.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Russen-Strohhofes am Hohenfischbäumen Weg aus statt.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Toten-Sonntag
in Nordend-Niederschönhausen
sind die „Vormärts“-Leder die größte Auswahl an Kränzen, Blumen usw. in der Gärtnerei von **Karl Wetzel**, gegenüber d. Hefemanns-Richhof, zu billigsten Preisen.

Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba.
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenstr. 10.
Erlaubte Bezugsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundschaff.

Planos-Gelegenheitskäufe
in gr. Auswahl v. 300 bis 400 M., Gar. Schiedmeyer, Biese etc. Garantie. — Pianohaus **Krause,** Berlin W., Ansbacher Str. 1.

Hygienische Bedarfsartikel. Neues Katalog. In Empfehlung viel Acquis a. Prof. grat. u. f. H. Zager, Baumwarenfabrik Berlin NW. Friedrichstraße 91/9

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhaltern, Spritzen, Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt, Lieferant für Orts- und Hilfs-Krankenkassen.
Berlin N.,
jeht Lothringer Straße 60.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gellotten, angenehm u. weich am Körper.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlungen
Hefere elegante fertige Herren-Garderoben
Ersatz für Maß. Anfert. n. Maß. Tadellos ausf.
Julius Fabian
Schneidematr.
Große Frankfurterstr. 37 II
Eingang Strausberger Platz.
II. Geschäft: Turmstr. 18 nur orate Etage, kein Laden.

Lombard-Haus
H. Graff, Leipziger Str. 75
Brillanten Uhren Goldwaren
25-50 % unter Ladenpreis.
Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Noquetts, Plüsch, Satteltaschen.
Muster bei näherer Angabe franko.
Emil Letèvre, Berlin, Oranienstr. 158.

MAGGI'S Bouillon-Würfel sind unerreicht.
Nur echt mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke Kreuzstern.
1 Würfel zu 5 Pfg. gibt $\frac{1}{4}$ - $\frac{1}{2}$ Liter feinste Fleischbrühe.

Pelz-Stola-Verkauf

zu hervorragend billigen Preisen!

Eigene Kürschnerei.

an gros Riesenhafte Auswahl detail

über 1000 Stolas von 3 Mark an
Colliers von 1,50 M. an
Echte Skunks-Stolas von 35 M. an.

Eile zu Weile

Dresdener Str. 119, Oranien-Platz.

Jedermann erhält die im Fenster ausgestellten Gegenstände sofort für den bezeichneten Preis.



JOSETTI JUNO
Cigaretten sind diejenigen Cigaretten, die in Geschmack und Aroma alle Merkmale feinsten Qualität aufweisen. Die besten Rohtabake, in richtiger Weise zusammengestellt, haben verbunden mit sorgfältigster, fabriktechnischer Bearbeitung in ihnen ein Fabrikat geschaffen, dessen Ueberlegenheit jeder Raucher anerkennt.

Josef Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

Aromatisch Kräftig Ergiebig

Bären-Kaffee

Aromatisch Kräftig Ergiebig

überall käuflich.

Engelhardt Deutsch-Pilsner

Erstklassiges Spezial-Bräu

Flasche 10 Pf.

Überall käuflich.

6. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. November vormittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

42 44 118 63 228 206 27 404 12 501 705 886 905 1256
485 545 78 [500] 88 829 85 830 2056 111 305 465 544 876
81 923 3060 283 [3000] 363 94 353 796 [500] 886 964
4487 864 96 5302 16 860 602 818 6444 27 63 526 684 734
48 58 72 852 7125 238 80 [3000] 560 660 724 [500] 65
8316 [1000] 808 505 22 52 873 778 [500] 818 34 316 9026
143 43 [1000] 99 538 703 26

10171 581 682 11033 122 64 248 655 93 678 973
12065 169 731 60 551 603 911 23 73 13156 477 [5000]
162 785 [500] 14102 65 [1000] 315 31 33 72 330 [1000]
471 616 681 799 15287 508 87 619 768 16043 135 88
97 418 94 511 81 718 58 [500] 17085 418 58 [1000] 74
510 12 18016 158 83 209 311 673 691 750 19233 506
84 877 78 653 [500] 962 [1000] 73

20217 37 39 364 546 627 824 35 21060 [5000] 178
[500] 209 436 80 577 [500] 649 82 739 [1000] 82 [500]
977 85 22380 70 438 93 517 52 636 50 87 91 877 331 44
23092 127 87 228 302 504 [500] 884 [1000] 24014 377 94
430 882 [500] 712 58 25068 [10 000] 75 113 45 336 73 619
86 819 [1000] 68 970 26168 240 327 27538 [1000] 636
773 2804 172 254 64 303 511 39 809 [500] 74 29117 35
42 548 88 708 32 43 817 72

30005 76 128 38 [1000] 748 444 99 733 31037 [500]
[500] 605 32160 737 894 33120 350 344 [500] 590 38
870 88 835 34256 364 538 824 991 35352 503 467
629 705 [500] 36377 587 96 798 815 63 963 37016 85
309 434 860 93 800 561 38178 432 [1000] 67 67 554 842
[500] 39133 [500] 215 427 582 834 764 812 63 69

40025 230 [500] 505 123 41002 147 216 89 593 587
[1000] 562 42022 29 194 [500] 319 899 955 430290 397
[500] 641 44009 125 466 978 856 [500] 45219 416 635
[500] 441 46042 171 246 88 [500] 573 899 721 854 89
47024 78 292 [1000] 359 69 469 543 83 689 54 713 32
48016 112 35 263 415 [1000] 503 69 76 635 44 824 216
49000 362 450 632

50004 126 75 228 40 [1000] 68 891 907 51082 125
[500] 508 702 888 976 52500 698 [500] 788 506 [1000]
53421 44 798 919 54023 218 [3000] 314 64 743 [500]
55010 67 294 675 101 888 56342 51 817 59015 202 [500]
567 760 [500] 895 906 54 58341 419 600 816 57060 216
604 827 717 29 [500] 824

60096 162 626 97 [500] 735 589 61288 250 430 84
687 891 [1000] 62107 41 217 500 11 83 953 753 58 [500]
677 63964 434 23 813 28 850 867 809 945 64082 105 [500]
777 351 81 447 737 850 867 85048 [1000] 256 90 316
[1000] 483 827 32 96 900 66104 677 787 67099 [500] 54
[1000] 160 247 61 411 530 95 817 709 [500] 819 908 13
68128 400 [500] 613 15 728 [500] 880 949 69129 33 302
[1000] 42 268 64 488 302

70101 45 [1000] 277 920 771187 255 56 492 540 546
717 63964 434 23 813 28 850 867 809 945 64082 105 [500]
756 616 830 74250 220 71 587 889 75180 227 52 330 [500]
867 851 76146 34 34 76 [500] 77012 300 501 827 44
[500] 959 78102 69 343 419 723 613 81 79093 204
56 495 55 781 97

80105 355 492 547 689 800 [500] 71 [500] 974 81143
83 230 610 57 827 82004 209 567 [500] 836 [500] 876
83256 206 [500] 407 720 84000 102 208 40 332 35 888
85119 45 [1000] 877 867 8696 103 279 581 619 87 800
13 889 87072 [500] 888 306 88026 213 618 43 971
[500] 89270 480 252 918

90021 36 224 35 343 868 928 91012 32 73 280 542
92013 51 87 375 373 874 804 769 [1000] 836 [500] 93275
[500] 494 605 816 70 94006 56 525 699 [500] 819 814
91 95113 291 484 315 112 60 320 96302 [500] 90 474
80 82 802 [500] 49 9797 97009 64 478 894 98001 16 309
66 617 774 804 969 99212 79 107 54 [500] 522 41 63

100082 214 433 751 505 101086 219 559 627 776
815 976 10288 855 968 885 94 103102 241 396 412
82 503 700 14 19 105 104000 490 519 45 [1000] 47 674
774 822 105832 [1000] 550 95 778 108690 15 596 [500]
718 62 107087 200 761 882 910 108907 40 140 202 74
[1000] 241 81 502 631 43 [500] 782 890 962 109033 45
472 629 [1000] 37 850 [500] 912 67

110069 507 673 829 [1000] 978 111049 180 325
453 561 [1000] 644 721 112047 56 290 964 [11 000] 13006
751 814 114144 68 211 584 621 49 96 738 [500] 813
15112 [500] 43 294 496 576 636 116004 49 217 37 91
466 87 638 706 80 [500] 117223 906 [1000] 118023
248 341 801 119119 26 [1000] 272 77 448 73 367 617 96
89 [500] 738

120019 117 223 434 515 662 758 121443 81 456
711 84 929 [1000] 122063 27 258 201 22 90 787 [500]
869 94 123194 222 77 48 84 96 234 566 626 783 89 982
124003 124 237 74 125011 201 343 54 670 711
126138 234 411 859 954 62 127015 195 201 400 81
[500] 127 128091 209 219 31 93 450 74 827 964 129049
121 253 370 703 687 915

130045 101 26 236 466 568 717 131058 171 82 95
835 832 971 132201 426 651 63 843 133145 60 290 327
815 616 32 742 829 94 134280 294 450 607 627 63 74
911 [500] 33 135291 203 [500] 493 500 685 800 500
136088 127 211 374 615 705 [1000] 91 137213 381
[500] 138074 301 48 80 99 432 81 83 712 883 139170
236 [1000] 283 [500] 64 408 679 709 [1000] 805 73 [1000]
140113 401 625 62 141087 224 697 [500] 77 789
803 958 142762 [500] 255 738 863 [1000] 143284 607
706 952 144129 351 74 521 86 660 944 73 145024 306
70 407 644 620 721 146190 236 427 64 536 738 882
147088 251 240 683 784 809 925 148040 80 255 375 533
[500] 149651 631 68 77 [500] 819 909

6. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. November nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150085 583 663 749 857 [500] 151019 369 648
152106 230 41 97 [1000] 707 73 978 153316 496 70 600
651 154079 602 856 956 155002 212 325 [1000] 429
156120 336 440 531 723 808 92 99 167007 48 58 [5000]
206 51 488 [500] 76 [1000] 606 861 158361 74 [500]
90 462 631 656 923 159093 112 [1000] 201 13 448 72 607
76 872

160017 542 275 91 404 539 43 825 161178 457
162082 282 225 77 423 676 83 737 163113 343 639
164211 [1000] 498 589 [1000] 979 165152 [500] 371
411 21 [1000] 791 288 [1000] 451 540 768 94 870
845 80 167176 [500] 298 95 825 906 [500] 47 168370
654 31 778 254 169107 84 545 714

170003 230 397 499 627 63 819 20 33 910 171221
40 54 [500] 524 657 874 172033 95 217 32 585 584 901
[500] 173135 [500] 99 229 434 632 728 174002 667
745 849 175208 426 370 704 70 826 176001 402 38 74
318 808 177000 7 164 87 239 [500] 401 510 658 178267
102 818 825 179124 317 [1000] 599 710 807 968

180026 99 173 358 420 555 [500] 649 [1000] 726 85
181060 61 103 47 64 487 182106 64 361 [500] 414 687
87 183030 581 85 738 93 [500] 904 8 184347 [1000]
88 306 87 96 648 884 991 185125 78 202 64 [500] 705
186110 800 8 [1000] 431 96 [500] 773 91 814 81 187009
85 71 127 29 85 267 548 631 96 943 188044 231 63 223
79 788 94 189288 240 89 632 707 881 917

190057 76 [500] 414 630 191842 36 66 468 [1000]
501 10 44 626 98 817 19 58 [500] 67 192555 445 889
857 193060 95 130 481 587 673 936 194004 80 951
195078 117 [1000] 89 [500] 213 399 [500] 442 87 391
960 196068 119 227 419 27 39 843 247 197007 142 289
596 640 705 880 198104 229 430 199141 245 323 [1000]
444 [500] 515 615 74

200133 698 734 88 915 47 201824 52 202021 292
323 434 682 92 213 203154 62 872 204087 [500] 303
24 82 666 205604 560 349 250 756 260064 180 91
[1000] 267 [500] 401 19 58 96 577 684 704 63 913 27
207 048 263 77 200 208301 [500] 405 61 643 47 [500]
717 [500] 209038 487 825 973

210006 16 291 449 80 632 776 211160 353 5 405 749
988 212062 110 364 559 87 606 981 213174 504 801
214024 256 45 669 501 [500] 29 [500] 54 74 791 509 97
215043 [1000] 210 432 60 411 35 [500] 781 819 77
216718 824 217067 [500] 76 350 734 814 218005 279
549 219049 168 93 214 406 569

220090 191 220 89 534 870 221044 68 87 190
97 235 96 [500] 549 423 781 [500] 974 222001 [1000] 88
214 450 807 [10 000] 81 223039 288 328 29 618 86 [500]
190 305 72 224619 51 821 46 380 225081 184 418 501
51 68 822 226090 [1000] 188 235 44 559 903 900 30 92
227001 [500] 96 204 15 343 320 [500] 802 20 228028
320 [500] 818 31 980 229090 148 72 624 807 985

230387 71 225 [500] 373 630 231016 237 58 698
[1000] 728 817 951 232134 [500] 237 [500] 90 395 752
949 233156 [500] 288 344 486 87 555 234151 326 89
[1000] 614 [500] 782 968 235127 493 [500] 730 236938
[1000] 72 559 640 [500] 819 237007 140 218 24 511
45 691 725 [500] 882 981 238181 458 560 [500] 976

239041 78 130 291 360 81 [500] 430 98 522 841 80 976
240017 [500] 93 160 88 378 773 [500] 831 81 969
241342 92 647 714 [500] 923 29 242001 179 459 39
725 69 [500] 818 243 [500] 195 328 25 291 97 734 95 292
244282 96 648 808 245068 [1000] 24 711 [1000] 94 225
74 [500] 623 88 723 46 246219 54 578 681 [1000] 713
[1000] 29 802 [1000] 978 247096 304 431 550 248001
[500] 28 135 963 873 98 [500] 249007 124 208 371 754
94 299 1000

250010 346 459 704 844 251031 [500] 345 614
728 010 [500] 252251 657 [500] 271 [500] 826 901 5
253017 172 376 550 817 836 25 254129 224 [500] 569
961 791 823 62 255065 230 337 40 444 339 91 945
256107 22 62 65 [1000] 291 309 567 704 257587 417
[1000] 623 783 829 969 258070 337 673 707 599 259009
232 308 72 80 556 888 839

260024 70 334 70 [15 000] 506 [500] 601 707 [500]
36 951 261094 205 30 98 782 610 92 263000 [500] 262153
308 22 601 617 51 95 93 661 805 263009 40 833 51
362 [1000] 264047 371 446 859 973 265103 238 348
499 775 [500] 872 266281 508 478 528 821 [500] 65
267074 302 722 268159 97 231 346 424 729 42 844
269009 66 61 120 53 285 357 477 519 74 698

270117 [1000] 222 47 338 741 270 84 271844 65
85 461 947 272486 [1000] 273079 621 785 284 64
274211 378 458 760 64 718 892 86 89 275001 135 81
[500] 318 609 [1000] 620 746 899 923 276126 521 745
277024 [500] 49 [500] 65 377 98 302 [500] 517 51 603
278072 278087 89 [500] 226 36 91 749 [500] 861 279122
386 50 480 294 804

280118 82 477 281071 479 985 282018 453 603
283234 60 430 504 654 284067 174 473 285049 63
324 274 45 286011 35 132 200 356 781 287030 327
288236 43 56 354 479 712 21 74 289027 57 114 224
313 408 735 81 809 [500]

290074 53 118 66 435 578 804 69 738 290 291092
328 29 [500] 88 484 648 61 701 92 803 [500] 292043 70 181
56 220 [500] 934 673 [1000] 804 76 293087 459 533 77
294028 60 505 [1000] 25 93 712 [10 000] 866 295045
494 603 633 296002 4 46 [500] 223 55 324 638 332
297236 589 537 298085 729 985 299148 54 209 305 427
95 350 419

300251 53 218 457 848 919 55 [500] 301284 345 45
[500] 466 795 302027 [500] 343 455 99 609 785 943
303087 278 80 323 [500] 72 645 52 736 89 829

In Gewinnräde verbleibend: 1 Prämie von 500 000 M.
1 Gewinn zu 500 000, 1 zu 200 000, 1 zu 100 000, 1 zu
100 000, 2 zu 50 000, 1 zu 75 000, 2 zu 60 000, 1 zu
50 000, 1 zu 40 000, 10 zu 30 000, 19 zu 15 000, 60 zu
10 000, 124 zu 5000, 1797 zu 3000, 2823 zu 1000, 420
zu 500

6. Ziehung 5. Kl. 223. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 14. November nachmittags. Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

150102 [1000] 78 207 364 657 151127 307 408 [500]
29 49 71 [500] 518 32 959 152015 [500] 217 487 618
53 739 78 [500] 854 924 [1500] 38 62 95 153040 [500]
197 803 [500] 43 66 921 154352 546 [500] 750 155048
96 [500] 191 961 402 42 86 802 56 [1000] 127 96 983
156134 [500] 93 233 85 555 555 [500] 215 157384 509
158111 98 [500] 306 47 407 14 44 628 782 817 974 [500]
159005 [500] 31 418 53 637 [500] 853 927

160046 423 799 806 [500] 316 51 955 161022 169 76
[1000] 483 649 [500] 162306 446 [500] 64 697 789 70
882 163299 324 632 [500] 31 93 743 [500] 164218 228
800 165045 82 364 216 [500] 619 904 166290 315 408
323 776 167358 439 607 770 [500] 168184 235 [500]
629 58 717 907 169116 589 645 76 821 969 [1000] 25 7

170000 258 388 485 533 607 888 44 171003 300 [500]
622 735 895 914 82 172860 500 732 33 58 846 983
173156 245 495 663 708 14 912 48 174160 226 23 488
175176 617 [500] 49 818 26 176411 60 847 95 86
177992 824

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 14. November 1910.

Die Zuckerversteuerung als Konsumhemmer. — Prämienvirtschaft. — Produktionsbeschränkung in Deutschland. — Technischer Fortschritt und Preisentwicklung. — Zunahme der Rohzuckererzeugung. — Nahrungszucker in Amerika. — Die Notwendigkeit einer Preisermäßigung für Zucker.

Zucker gehört, physiologisch betrachtet, zu den besten Nahrungsmitteln. Doch er ist in Deutschland aus wirtschaftlichen Gründen noch nicht geworden ist, verdanken wir unserer Liebesgaben-Steuerpolitik. Würde Zucker nicht künstlich verleiht, dann brauchte diese süße und vor allem nahrhafte Speise in keinem Haushalt zu fehlen. Unsere agrarische Steuerpolitik hält den Konsum des deutschen Zuckers in Deutschland in engen Grenzen, gleichzeitig schuf sie die Möglichkeit, deutschen Zucker zu Preisen, die sich weit unter den einheimischen hielten, auf den Weltmarkt zu bringen. Die Steuer, die der deutsche Verbraucher zahlen mußte, diente vorwiegend dazu, den Produzenten Exportprämien zu gewähren. Infolge dieser Politik war deutscher Zucker im Auslande bei weitem nicht so teuer als im Erzeugungslande; in England z. B. kaufte man ihn durchweg pro Pfund um 10 bis 15 Pf. billiger als bei uns. Diese Politik hatte zur Folge, daß der Rohzucker der englischen Kolonien mit dem deutschen Nahrungszucker in England nicht konkurrieren konnte und der deutsche Nahrungszucker dort die Grundlage schuf zu einer lukrativen Zuckerwarenindustrie. Die inländische Bevölkerung wurde somit doppelt geschädigt: einmal erschwerte die hohe Steuer, die seit 1896 pro Pfund 10 Pf. betrug, den Konsum von Zucker, dann erlitt die deutsche Zuckerwarenindustrie eine Schädigung, indem der billige deutsche Nahrungszucker das Hochkommen einer konkurrenzfähigen Zuckerwarenindustrie im Auslande begünstigte. So etwas geniert die „Schüler der nationalen Arbeit“ natürlich nicht; Zweck und Ziel aller ihrer Maßnahmen ist ja das Wohl des eigenen Portemonnaies.

Die Prämienvirtschaft führte jedoch zu so unhaltbaren Zuständen, daß schließlich gegen den Willen unserer Agrarier die Brüsseler Konvention im Jahre 1902 mit der Nahrungszuckerindustrie etwas ausräumte. Die Prämienzahlung wurde verboten und weiter bestimmt, daß der Zoll die inländische Steuer nur in bestimmten Grenzen übersteigen dürfe. Die Folge davon war eine Ermäßigung der Steuer von 20 auf 14 M. pro Doppelzentner. Der Eingangszoll, der früher 40 M. betragen hatte, wurde auf 20 M. ermäßigt. Im Jahre 1906 erfolgte eine Verlängerung der Konvention bis zum Jahre 1911. Der Ablaufstermin rückt allmählich heran, es ist daher wohl angebracht, sich mit der Neuordnung der Verhältnisse zu beschäftigen. Und da erscheint vor allem die gänzliche Aufhebung der Steuer zwingend notwendig; sowohl im Interesse der Konsumenten als auch in dem der gesamten Zuckerindustrie.

Die Steuerermäßigung ließ den Konsum im Inlande steigen. Während im Jahre 1901/02 der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung sich erst auf 11,6 Kilogramm stellte, stieg er im Jahre 1908/09 plötzlich auf 17,2 Kilogramm. In den nächsten Jahren sank der Verbrauch allerdings etwas, er stieg aber bald wieder und erreichte im Jahre 1908/09 den Sah von 17,8 Kilogramm. Weiter Preisermäßigungen als Folge von Steuerherabsetzungen würden den Verbrauch naturgemäß noch mehr heben. Am 1. April 1909 sollte die Steuer von 14 auf 10 M. ermäßigt werden. Jedoch war dabei Voraussetzung, daß bis dahin eine neue Steuer mit einem Ertragsnis von 35 Millionen Mark eingeführt worden sei. Die Reichsfinanzreform bürdete nun zwar dem Volke eine neue indirekte Steuerlast von mehreren hundert Millionen Mark auf, aber weil man damit das Loch im Reichsfiskus noch nicht stopfen konnte und die Besitzenden nicht zahlen wollen, bleibt die Zuckersteuer von 14 M. weiter in Wirksamkeit. Die deutschen Konsumenten müssen demnach für deutschen Zucker auch fürberhin noch 7 Pf. Steuer pro Pfund bezahlen. Es hieße Wasser in die See tragen, wollte man erst noch nachweisen, daß solche Steuer den Konsum hemmt. Macht doch die Steuer einen Betrag aus, der dem Marktwerte von circa 13 Millionen Doppelzentnern gleichkommt. Ohne die Steuer könnte das Volk demnach so viel Zucker mehr konsumieren, ohne daß ihm dafür ein Pfennig mehr Ausgabe erwüchse.

In ihrer Kurzsichtigkeit und Volkseindlichkeit versuchen die Agrarier durch Produktionsbeschränkung den Preis hoch zu halten, anstatt durch Verbilligung der Produktion den Konsum zu fördern. Um das Angebot abzuschwächen, wurde die Anbaufläche verringert. Im Jahre 1908/09 betrug die mit Zuckerrüben besetzte Fläche nur 436 186 Hektar gegen 478 740 Hektar im Jahre 1901/02. Im letzten Jahre war auch die Ernte schlecht, so daß trotz verbesserter Technik nur 19 808 870 Doppelzentner Rohzucker gewonnen wurden gegen 21 823 605 Doppelzentner im Jahre 1901/02 und 23 147 792 Doppelzentner im Jahre 1905/06.

Geringerer Anbau bedingt natürlich auch eine Verminderung der in der Zuckerindustrie verwendeten Arbeitskraft; andere Faktoren: verbesserte Technik und Betriebskonzentration, wirkten in der gleichen Richtung. Im Jahre 1890/91 waren z. B. 406 Fabriken in Betrieb; die Zahl der verwendeten Dampfmaschinen stellte sich auf 4716, die 68 691 Pferdestärken indizierten und in zwölfstündiger Arbeitsschicht 1342 Doppelzentner Nahrungszucker verarbeitet. Ohne aus einem Doppelzentner Nahrungszucker 12,09 Kilogramm Rohzucker gewonnen wurden. 1908/09 ein ganz anderes Bild. Die Zahl der Fabriken ist auf 358 zurückgegangen, die der Maschinen auf 6925 und die der indizierten Pferdestärken auf 166 124 gestiegen. Jetzt wurden in einer zwölfstündigen Schicht 2310 Doppelzentner Nahrungszucker verarbeitet und ein Doppelzentner Nahrungszucker ergab 16,77 Kilogramm Rohzucker. Ein gewaltiger technischer Fortschritt! Die Konsumenten haben davon wenig Vorteil. Im Jahre 1899 kostete nach Magdeburger Notierung ein Doppelzentner Rohzucker ohne Sach, 88 Proz. Ausbeute, 3 Monate Ziel, 21,8 M., im Jahre 1908 nicht einmal 2 M. weniger, es mußten noch 20,6 M. gezahlt werden, im nächsten Jahre ging der Preis sogar wieder auf 21,2 M. hinauf. Nahrungszucker kostete 1899: 48,9 M., im Jahre 1909: 41,7 M. Von einer mit der technischen Entwicklung parallel laufenden Preisbewegung kann gar keine Rede sein.

Das Hochhalten der Zuckerpreise hat nun eine unserer Agrarier sicher unbenachteiligte Wirkung gezeitigt. Im Interesse des Volkes ist sie jedoch nur zu begründen, denn sie berechtigt zu der Hoffnung, daß sie eine Herabsetzung der Zuckerpreise bewirkt. Die technische Entwicklung hat auch die Rohzuckererzeugung auf eine neue Basis gestellt; gleichzeitig haben die Beschlüsse der Brüsseler Konvention der Konkurrenzfähigkeit des Rohzuckers eine neue Stütze gegeben. Eine Gegenüberstellung der Produk-

tionssziffern illustriert die Entwicklung: Vor 10 Jahren war die Weltproduktion an Nahrungszucker mit rund 60 Millionen Doppelzentnern ungefähr doppelt so groß, als die Erzeugung von Rohzucker. Die Rohzuckerproduktion hat nun aber solche Fortschritte gemacht, daß deren Ertrag für das Jahr 1909/10 ebenfalls auf rund 60 Millionen Doppelzentner geschätzt wird, während andererseits die erzeugte Nahrungszuckermenge über dieses Quantum nur unwesentlich hinausgehen dürfte. Dalt diese Entwicklung weiter an, und es spricht nicht dagegen, dann wird der Rohzucker dem Nahrungszucker bei dem Hochhalten der jetzigen Preise auf dem Weltmarkt eine vernichtende Konkurrenz bereiten. Sicherlich ist der amerikanische Markt für europäischen Zucker verloren. Dadurch wächst naturgemäß der Wettbewerb mit dem Nahrungszucker auf den europäischen Märkten. Zudem droht nun dem europäischen in dem amerikanischen Nahrungszucker eine scharfe Konkurrenz. Das amerikanische Kapital ist eifrig dabei, vornehmlich auf Kuba eine leistungsfähige Nahrungszuckerindustrie entstehen zu lassen. In den westlichen Staaten der Union sind bereits 10 Nahrungszuckerfabriken in Betrieb, die täglich 1/2 Millionen Doppelzentner Nahrungszucker verarbeiten können. Im Jahre 1907 waren rund 52 800 Acres mit Zuckerrüben bebaut, im Jahre 1908 aber bereits 72 700 Acres und im Jahre 1909 schon rund 93 000 Acres. Die gelieferte Nahrungszuckermenge betrug im Jahre 1907 rund 9 696 300 Zentner, sie stieg im Jahre 1908 auf 12 941 700 Zentner und erreichte im Jahre 1909 die Höhe von rund 17 641 700 Zentner. In Kalifornien stellte sich die Zuckerproduktion im Jahre 1907 auf 1 480 500 Zentner und im Jahre 1909 bereits auf rund 2 545 400 Zentner. Der durchschnittliche Zuckergehalt der Nahrungszucker betrug im letzten Jahre 17,61 Proz.

Sicherlich wird auch diese Produktion noch erheblich gesteigert werden, so stark, daß der Nahrungszucker Amerikas und der koloniale Rohzucker einen scharfen Wettkampf auf dem Weltmarkt hervorgerufen. Dagegen zu rufen durch eine schnelle Beseitigung der Zuckersteuer, ist der sicherste Weg, um die Entwicklung in den Dienst des Volkswohles zu stellen. Die Ermäßigung und baldige Aufhebung der Zuckersteuer würde nicht nur den Konsum im privaten Haushalt ganz außerordentlich heben, solche Maßnahme hätte auch eine bedeutende Befruchtung der Zucker verbrauchenden Lebensmittelindustrien, speziell der Zuckerwaren herstellenden Gewerbe im Gefolge.

Gerichts-Zeitung.

Ein bedenkliches Vorkommnis auf dem Arbeitsnachweis der Berliner Fleischerinnung.

Stand im Mittelpunkt einer Privatbeleidigungsklage, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. Das wesentliche, was in der mehrstündigen Verhandlung festgestellt wurde, ist folgendes:

Vor vier Jahren wurde ein Führer der gelben Bewegung, der meistertreue Altesse Wrednow wegen Verleumdung des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Fleischer, Genossen Hensel, verurteilt. Einer der Zeugen, welcher Wrednow erheblich belastete, der Schlächtergeselle Vary, bekam nach diesem Prozeß lange Zeit keine Arbeit auf dem Arbeitsnachweis der Innung. Er brachte das in Zusammenhang mit seiner Zeugenaussage gegen Wrednow. Vary schickte seinen Vater zum Arbeitsvermittler der Innung, dem Sprechmeister Dräbert. Auch durch das, was Vary von seinem Vater über dessen Gespräch mit Dräbert erfährt, würde er bestärkt in seiner Meinung, daß er wegen seiner Aussage gegen Wrednow auf der schwarzen Liste stehe. „Wir kennen unsere Vappenhäuser“ hatte Dräbert auf die Frage von Vary's Vater, warum sein Sohn keine Arbeit bekomme, geantwortet. Was war unter diesen Umständen begrifflicher, als daß der Schlächtergeselle Vary versuchte, sich dem Arbeitsvermittler gegenüber zu rehabilitieren, um von der schwarzen Liste gestrichen zu werden. Vary ist nach dem Eindruck, den sein Auftreten vor Gericht machte, ein recht konfusser Mensch, der wohl die Tragweite seiner Worte und Handlungen nicht beurteilen kann. Aber, wie man es zunächst anfangen muß, um sich bei dem Sprechmeister in ein gutes Licht zu setzen, das scheint er doch gewußt zu haben. — Mit dem Arbeitsnachweis der Schlächterinnung ist ein Restaurant verbunden, welches der Sprechmeister Dräbert führt. Dort machte Vary im Juni vorigen Jahres mit anderen Kollegen eine größere Zeche. Es wurde Bier ausgetrunken. Vary war so vom Biergenuss beeinflusst, daß ihn seine Kollegen für „besoffen“ erklärten. In diesem Zustande ging er in das Privatkontor des Sprechmeisters Dräbert. Dort war auch Wrednow anwesend, der mit Dräbert eine Weisse trank. Ob nun Vary oder Dräbert und Wrednow das Gespräch auf die bewusste Zeugenaussage brachten, steht nicht sicher fest. Doch waren diese drei Personen sogleich in eine solches Gespräch verwickelt, zu dem später auch Dräbert's Buchhalter Hempel hinzugezogen wurde. Bei dieser Gelegenheit soll Vary sich selbst beizügelt haben, daß er im Prozeß Hensel gegen Wrednow einen Reineid geleistet habe, wozu er von anderen Zeugen, die auf Hensel's Seite standen, bezeugt worden sei. Hempel fertigte ein Schriftstück an, worin dieses angebliche Bekenntnis des Vary enthalten ist und legte es Vary zur Unterschrift vor. Dieser hat es unterschrieben, doch behauptet er, er sei so betrunken gewesen, daß er gar nicht wußte, um was es sich eigentlich handelte. Wichtig ist — das gab selbst Dräbert vor Gericht zu —, daß Vary bei diesem Besuch in Dräbert's Privatkontor zwei Flaschen Wein bestellt und bezahlt hat, sowie einige Cognats. Diese Getränke sind von Dräbert, Wrednow und Vary gemeinsam verzehrt worden. Vary hat dafür 8,25 M. bezahlt, die dem Sprechmeister Dräbert in seiner Eigenschaft als Schankwirt zugeflossen sind. Nachdem man den Arbeitslosen auf diese Weise um 8,25 M. im Kontor des Sprechmeisters erleichtert hatte, wurde — das „Geständnis“ des Vary der Staatsanwaltschaft übergeben, damit sie wegen Reineides gegen ihn einschreite. Die Voruntersuchung gegen Vary ist auch eingeleitet worden, nach Abschluß derselben aber hat die Staatsanwaltschaft das Verfahren mangels Beweises eingestellt.

Die Verfasser der „Geständnisse“ haben außer der Staatsanwaltschaft auch der Presse Mitteilung von der Sache gemacht. Die „Post“ und andere Scharfmacherblätter haben vor Jahresfrist das angebliche „Geständnis“ in ihrem Sinne ausgeschlachtet. Sie stellten es so hin, als hätten sie nun endlich einen Fall gefunden, der sich als Beweismittel verwenden ließ für ihre Behauptung,

daß es Sozialdemokraten gar nicht darauf ankomme, Reineide zu leisten, um einen Genossen herauszureißen. — Während Vary nur davon gesprochen haben soll, daß ein gewisser Premier und andere ihm nicht bekannte Personen ihn beeinflusst hätten, erschien in dem „Geständnis“, welches öffentlich ausgeplottet wurde, die Behauptung, Hensel selbst habe Vary zum Reineide verleitet. Als Vary sah, welcher Gebrauch von seinem angeblichen „Geständnis“ gemacht wurde, scheint ihm die Tragweite seiner unüberlegt gegebenen Unterschrift bewußt geworden zu sein. Er ging nun unangefordert nach dem Bureau des Verbandes der Fleischer und erklärte dort, das „Geständnis“ habe er auf Veranlassung von Wrednow und Dräbert in Trunkenheit abgegeben; diese hätten ihm erklärt, er könne es ruhig unterschreiben, es werde von dem Schriftstück kein Gebrauch gemacht, es solle nur zur Rechtfertigung Wrednows dienen. Was in dem Schriftstück siehe, sei nicht wahr.

Gegen die in der Scharfmacherpresse erschienene Verleumdung Hensel's wehrte sich dieser in dem Organ seines Verbandes, Wrednow, als der mutmaßliche Urheber der ganzen Sache, wurde daher scharf mitgenommen. Auf Grund dieses Zeitungsartikels hat nun Wrednow gegen Hensel wegen Verleumdung geklagt. Diese Klage ist es, in der gestern der vorstehende Tatbestand festgestellt wurde.

Während Dräbert und Hempel als Zeugen angaben, Vary habe sein „Geständnis“ in völlig nüchternem Zustande und ganz freiwillig gemacht, behauptete Vary als Zeuge, er sei vollständig betrunken gewesen. Schon im Restaurant Dräbert's habe er viel Bier getrunken und oben, in Dräbert's Privatkontor, sei „das Saufen erst recht losgegangen“. Weiter sagte der Zeuge, was er vor vier Jahren in dem Prozeß Hensel gegen Wrednow ausgefragt habe, entspreche durchaus der Wahrheit, er sei nicht beeinflusst worden.

Rechtsanwalt Ulrich, welcher den Kläger Wrednow vertrat, suchte Stimmung zu machen mit dem Hinweis, daß der Beklagte Leiter einer sozialdemokratischen Gewerkschaft sei, der seinen politischen Gegner schwer beleidigt habe und deshalb empfindlich bestraft werden müsse.

Rechtsanwalt Dr. Heinemann erhob als Verteidiger des Beklagten Hensel Widerklage und stützte dieselbe darauf, daß Wrednow das den Beklagten beleidigende „Geständnis“ verbreitete und denselben auch in einem diese Angelegenheit behandelnden Artikel der „Deutschen Fleischerzeitung“ beleidigt habe. In seinem Plaidoyer kennzeichnete der Verteidiger mit aller Schärfe das verwerfliche Verhalten, welches darin liegt, daß man einem armen Arbeitslosen erst 8,25 M. für Wein abnimmt, mit ihm zusammen trinkt, ihn dann auf Grund des angeblichen Geständnisses denunziert und die Sache in einer Weise in die Öffentlichkeit bringt, die für den Beklagten schwer beleidigend ist. Hiergegen habe sich der Beklagte gewehrt, er habe lediglich berechtigte Interessen vertreten und müsse freigesprochen werden.

Das Gericht kam zu einer Freisprechung des Angeklagten. Da sich unter diesen Umständen nach der herrschenden Rechtsprechung ein Eingehen auf die Widerklage erübrigt, so wurde das Widerklageverfahren eingestellt. Die Kosten wurden dem Kläger auferlegt. — In der Urteilsbegründung sagte der Richter unter anderem, es sei nicht erwiesen, daß der Beklagte Hensel den Zeugen Vary zum Reineide verleitet habe. Im Bewußtsein seines guten Gewissens und seiner völligen Unschuld habe sich Hensel gegen die ihn verdächtigenden Artikel der „Post“ und der „Deutschen Fleischerzeitung“ gewehrt, gestützt auf die Angaben der ihm von Vary gewordenen Mitteilung, dieser habe nicht freiwillig, sondern in völliger Trunkenheit das Schriftstück im Kontor Dräbert's unterschrieben. Wenn auch der Beklagte scharfe Ausdrücke gebraucht habe, so seien diese aus den Umständen zu erklären, auch seien die Neuherungen unter dem Schutz des § 193 gemacht.

Verbandsvergügen oder öffentliche Tanzlustbarkeit.

Der Zweigverein Thoren des Verbandes der hausewerblichen Hilfsarbeiter hatte beim Gastwirt Saleroski ein Vergnügen abgehalten, bei dem man sich, eben weil es ein Vereinsvergügen war, an die Polizeistunde nicht lehrte und zu dem man aus demselben Grunde keine polizeiliche Erlaubnis eingeholt hatte. Die Behörde sah aber das Vergnügen als öffentliches an und machte den Gastwirt verantwortlich wegen der Nichterholung der Erlaubnis und wegen Verletzung der Polizeistunde. — Die Strafammer sprach jedoch den Angeklagten frei und führte aus: Die Entscheidung sei abhängig davon, ob es sich um eine öffentliche Tanzlustbarkeit handelte oder um das Fest einer geschlossenen Gesellschaft. Das letztere müsse angenommen werden. Nur Mitglieder und ihre Angehörigen seien zu dem Vergnügen eingeladen worden. Andere Personen, abgesehen von noch einigen eingeladenen Gästen, hätten keinen Zutritt gehabt. Nun habe zwar der Zweigverein 120 Mitglieder und die Mitgliedschaft werde auch nicht allzu schwer erworben. Trotzdem müsse hier angenommen werden, daß es sich bei den Teilnehmern um einen nach außen abgeschlossenen Kreis von innerlich miteinander verbundenen Personen handelte und somit um eine geschlossene Gesellschaft, die weder an die Polizeistunde gebunden war noch einer Erlaubnis bedurfte.

Das Kammergericht verwarf die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Revision mit der Begründung, daß das Landgericht ohne Rechtsirrtum das Gesetz auf den festgestellten Tatbestand angewendet habe. Mit Recht sei Freisprechung erfolgt.

Witterungsüberblick vom 14. November 1910, morgens 8 Uhr.

Table with 8 columns: Stationen, Barometerstand, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. d. Tag, Temp. d. Nacht. Rows include Swinemünde, Danzig, Berlin, Frankfurt, München, Wien, Caparanda, Petersburg, Seilly, Durbem, Paris.

Wetterprognose für Dienstag, den 15. November 1910.

Zunächst wärmer, dann trübe mit Regenfällen und etwas leichten südwestlichen Winden; später wieder langsam aufklarend und etwas kühler.

Berliner Wetterbureau.

Lüchtige deutsche Beleuchtungs-

strümpf ist diese Aufgabe glänzend gelöst! Jedermann besitzt nun ein vollendetes, preiswertes Fabrikat, das in seiner enormen Lebensfähigkeit und zähen Haltbarkeit unübertroffen dasteht! Diese sehr preiswerten Bruno-Gläshkörper sind in allen einschlägigen Verkaufsgeschäften erhältlich; verlangen Sie ausdrücklich nur Bruno-Gläshkörper! Verkaufsstellen weiß die Bruno-Gläshkörper-Vertr.-Gesellsch. Berlin, Willowstr. 19. bereitwilligt nach!

Chemiker haben jahrelang kostspielig experimentiert, um einen unzerbrechlichen Glähkörper zu konstruieren! Im hoch- und schlagfesten Bruno-Gläshkörper! Im hoch- und schlagfesten Bruno-Gläshkörper! Im hoch- und schlagfesten Bruno-Gläshkörper! Im hoch- und schlagfesten Bruno-Gläshkörper! Im hoch- und schlagfesten Bruno-Gläshkörper!

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 15. November.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues König. Opern-Theater.
 Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Der
 Krampus.
Deutsches. Herr und Diener.
 Kammerballe. Die Komödie
 der Irrungen. Die Heirat wider
 Willen. (Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Der neue Kompanjon.
 Leisung. Wenn der junge Wein
 blüht.

Neues. Kean.
 Trianon. Der heilige Palm.
 Komische Oper. Die Bohème.
 Residenz. Noblesse oblige.
 Neues Schauspielhaus. Die
 Jungfrau von Orleans.

Kleines. Die verfluchte Frauen-
 zimmer. Erster Akt.
Thalia. Politische Wirklichkeit.
 Schiller u. Wagner (Theater.)
 Das Urbild des Tartuff.

Schiller. Charlottenburg. Prinz
 Friedrich von Homburg.
Friedrich. Wilhelmstädtsches.
 Die Räuber.

Wetten. Die schönste Frau.
 Neues Operetten. Der Graf von
 Luxemburg.

Luisen. Der Hüttenbesitzer.
 Modernes. Der Doppelmensch.
 Herrnsfeld. Eine verlorene Nacht.
 Der Verlobte.

Volkoper. Martha. (Anfang
 8 1/2 Uhr.)

Utopia. Die Räuber.
Polis. Caprice. Der Feldwebel-
 hügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra — Wir leben
 noch!

Kafins. Der schnelle Rudolf.
Apollo. Spezialitäten.
Variete. Spezialitäten.
Reichshallen. Steintiner Sönger.
Walhalla. Bravo! Da capo! (An-
 fang 8 1/2 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.
Sandfauch. Ich, die Herrin!
 Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Urania. Tanzrevue. 18. 19.
 Abends 8 Uhr: Von Land und
 Leuten in Japan.

Sternwarte. Anwaltsstr. 57-62.

Lessing-Theater.
 8 Uhr: Wenn der junge Wein
 blüht.

Berliner Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Der neue Kompanjon.
 Morgen: Geschlossen.

Neues Theater.
 Täglich:
 Gastspiel Ferdinand Bonn.
Kean.

Anfang 8 Uhr.
 Mittwoch (Bühnen): Geschlossen.

Theater des Westens.
 Anfang 8 Uhr.
 Die schönste Frau.
 Bühnen: Die Schöpfung m. Kammer-
 sänger Gura u. a.

Modernes Theater
 (früher Hebbeltheater).
 Heute und täglich 8 Uhr:
 Die beste der Frauen.

Lustspielhaus.
 Abends 8 Uhr:
 Der Feldherrnhügel.

Residenz-Theater.
 Direktion: Richard Alexander.
 Abends 8 Uhr:
 Noblesse oblige.

Schmant in 3 Akten von Dumas
 und Feyer.
 Sonntag, 20. Nov. (Totensonntag)
 zu ermäßigtem Preys: Die Came-
 liendame.
 Marguerite Gaußler u. A. Reichenhofer.

**Friedrich-Wilhelmstädtsches
 Schauspielhaus.**
 Dienstag, den 15. Nov., abends 8 Uhr:
Die Räuber.

Mittwoch abends 8 Uhr: Konzert
 (Die Schöpfung).
 Donnerstag: Die Räuber.
 Freitag: Die Räuber.

Luisen-Theater.
 Abends 8 Uhr:
 Der Hüttenbesitzer.

Mittwoch: Geschlossene Vorstellung.
 Donnerstag: Prestige.
 Freitag: Berlin geht zu Bett.
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Hünzel
 und Geriel. 8 Uhr: Durchgegangene
 Weiber.

Sonntag nachm. 3 Uhr: Geschlossen.
 Abends 8 Uhr: Debarab.
 Montag: Am grünen Weg.

ROSE-THEATER
 Große Frankfurter Str. 182.
 Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Die Räuber.

Krauser in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.
 Mittwoch: Geschlossen. Donner-
 stag: Das neue Gebot. Freitag:
 Sein Pringshagen.

Urania.
 Wissenschaftliches Theater
 Taubenstraße 48/49.
 Abends 8 Uhr:
 Dr. P. Wertheimer:
**Von Land und Leuten
 in Japan.**

Kaiser-Panorama
 Neu! Ein Besuch von Paris.
 IV. Reise in Palästina, Jaffa,
 Nazareth, Jerusalem u. a.
 Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf.,
 Abonnem. 1 Mk. Tausende Abonnenten.

Berliner Volksoper
 Kupper Abonnement. 1/3 Uhr:
Martha.

**Apollo
 Theater**
 Ab 8 Uhr:
10 neue Attraktionen 10
 der berühmten Kunstschätze der Welt
Colonel Gaston Bordevarry,
Walter Steiner, Gumocif.
 10 Uhr:
Mizzi Wirth
 in ihrer Operetten-Neuheit
Frauenrätsel.

Metropol-Theater.
Hurra!
Wir leben noch!
 Große Ausstattung! Revue in 7 Bildern
 v. A. Freund. Musik v. H. Holländer.
 Im Szene geleitet von Dir. H. Schulz.
 Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Bühnen-Theater).
 Dienstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.
 Lustspiel in 5 Aufzügen v. M. Gouffon.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Geschlossene Vorstellungen.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Sodoms Ende.

Schiller-Theater Charlottenburg.
 Dienstag, abends 8 Uhr:
 Prinz Friedrich von Homburg.
 Schauspiel in 5 Akten v. H. v. Kleist.
 Ende 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch, abends 8 Uhr:
Geschlossene Vorstellungen.
 Donnerstag, abends 8 Uhr:
Das Urbild des Tartuff.

**LICHT-
 SPIELE**
 Mozartsaal — Nollendorfplatz
NEUER SPIELPLAN.

Zirkus Busch.
 Dienstag, 15. Nov., ab. 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
 Die berühmten Tonnenpferde
 dressiert und vorgeführt von
 Herrn Direktor Pierre Althoff.
 Außerdem: Frau Dir. Althoff mit
 ihren exzellentesten Freiheits-
 dressuren.
Familie Klein, die be-
 deutendsten Radfabrikanten.
 Die Fredanis, Akrobaten zu
 Pferde, drei Mann hoch.
 Fr. v. Dymar, Schulleiterin.
 Herr Alf. Ott, Schulleiter.
 Um 9 1/2 Uhr zum 67. Mal:
„VENEZIA“

Trianon-Theater.
 Abends 8 Uhr:
Der heilige Gaius.

Zirkus A. Schumann.
 Dienstag, den 15. November,
 abends 7 1/2 Uhr:
 Die mit großem Beifall auf-
 genommene Ausstattungs-Pan-
 tomime:
Der große Coup
 9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler
 Vorher: Das phänomenale
 Programm. U. a.:
Mirza Golem
 persische Truppe, 12 Personen
Mr. Alb. Pearson.
 Hohe Schule, geritten im Herren-
 sattel Herr Papietta
 sowie die übrigen Attraktionen.
 Morgen Samstag: Geschlossen.

U. T.
 Alexanderplatz,
 Unter den Linden 21,
 Wedding
 Reinickendorfer Straße 14,
 Moritzplatz,
 Hasenheide,
 Unions-Brauerei,
5
 in allen 5 Theatern
heute
 5 verschiedene grandiose
 Novitäten-Programme!

Königstadt-Kasino.
 Holzmartler 72, Ecke Alexanderstraße.
 Das gänzlich neue November-
 programm mit
Franz Sobanski.
 Emmy Pyretto, Georg Gray, Lotta
 Lesseg, Anna und Franz Verdler,
 Egon Piton, Silbermandlungskünstler.
Ein alter Fischhauer.
 Volkstanz mit Gefang.

Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten-
 platz 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.
Candianys Sketsch
 Italienische Nacht
 sowie die neuen Spezialitäten.
 Heute nach der Vorstellung: **Ball.**

Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20. (Kosentz. Tor.)
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
 Eine Allerwelts-Revue
 in 5 Bildern. Mit den neuen
 November-Einlagen.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 vom. Grotzerjan, Ordbad: Rud. Murr,
 Schönhäuser Allee 129. Tel. 8, 9353.
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
 nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 53.
 Gastspiel in Pahlmanns Theater,
 Schönhauser Allee 118:
 Dienstag, den 15. November 1910:
Der Gewissenswurm.
 Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten
 von E. Wenzelsgruber.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

Rollschuhbahn
 Kurfürstendamm 151
Heute
 Letztes Auftreten von
 Gentil, der brasilianische Apollo
The Gandy Children

Folies Caprice.
 Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
 Ein Akt in Schürren
 von Demagier und Soda Soda.
Bunter Teil.
Hotel zur Jungfrau.
 Touristenpost von Satyr.

Casino-Theater
 Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, 24. Nov.:
Der schneidige Rudolf.
 Ab Freitag, den 25. November:
Jule Wippen.
 Sonntag 8 Uhr: Ackermann.

Berliner Unter-Theater
 Kantianen-Allee 7-9
 Jeden Dienstag:
Hoffmanns Sänger.
 Direktion: Fr. Fantaer.
 Zum Schluss:
Jettes Liebesabenteuer
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Alle Vorzugskarten gültig.
 Nach der Vorstellung: Freitanz.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 17. November:
Die Haubenlerche.
 Schauspiel in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sönger.
 „Im Mausloch.“
 Mit Humor u. Witz.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

B. A. M.
Bosporus
 am Moritzplatz.
 Täglich: Varieté-Konzert.

W. A. M.
 gehen wir am Montag hin? Nach dem schönen,
 freier Volk's. Restaurant Pferdebucht kochen
 lokal
 zum Wurst- u. Weißfleisch-Essen.
 Es empfiehlt sich bestend **W. Wolter.**

Gastwirtschaft Gustav Lindenhayn
 (Inhaber Karl Losch)
 Friedrichstr. 2. **Grünau.** Friedrichstr. 2.
 Mittwoch, den 16. November 1910 (Sabbat):
Großes Wurstessen
 wozu ergebenst einladet
 Karl Losch, Gastwirt.

Johannisthaler Volks-Garten
 Otto Senffleben.
 Am Samstag (den 16. November) gehen wir zum
Schlachtfest
 nach Johannisthal zu Otto Senffleben.

Sport-Palast
 Potsdamer Straße 72-72a.
Eröffnung
 Donnerstag, 17. November,
 abends 7 Uhr
Größter Eispalast der Welt
 Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie
„Am Nordpol“
 200 Eislauf-Künstler
 Unter Mitwirkung des Kosleckschen Bläserbundes
 — Trompeterchor des Leib-Garde-Regts. —
 Künstlerische Haus-Kapelle
Restaurant 6000 Personen.
 Vorverkauf in den Warenhäusern Hermann Tietz und
 ständig an der Kasse.
 216/1

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 53.
 Gastspiel in Pahlmanns Theater,
 Schönhauser Allee 118:
 Dienstag, den 15. November 1910:
Der Gewissenswurm.
 Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten
 von E. Wenzelsgruber.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

Rollschuhbahn
 Kurfürstendamm 151
Heute
 Letztes Auftreten von
 Gentil, der brasilianische Apollo
The Gandy Children

Folies Caprice.
 Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
 Ein Akt in Schürren
 von Demagier und Soda Soda.
Bunter Teil.
Hotel zur Jungfrau.
 Touristenpost von Satyr.

Casino-Theater
 Lotzbringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, 24. Nov.:
Der schneidige Rudolf.
 Ab Freitag, den 25. November:
Jule Wippen.
 Sonntag 8 Uhr: Ackermann.

Berliner Unter-Theater
 Kantianen-Allee 7-9
 Jeden Dienstag:
Hoffmanns Sänger.
 Direktion: Fr. Fantaer.
 Zum Schluss:
Jettes Liebesabenteuer
 Anfang 8 1/2 Uhr.
 Alle Vorzugskarten gültig.
 Nach der Vorstellung: Freitanz.

Stadt-Theater Moabit
 Alt-Moabit 47/48.
 Donnerstag, den 17. November:
Die Haubenlerche.
 Schauspiel in 4 Akten v. G. v. Wildenbruch
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
 Nach der Vorstellung:
Tanz.

Reichshallen-Theater.
 Stettiner Sönger.
 „Im Mausloch.“
 Mit Humor u. Witz.
 Anfang
 wochentags
 8 Uhr
 Sonntags
 7 Uhr.

B. A. M.
Bosporus
 am Moritzplatz.
 Täglich: Varieté-Konzert.

W. A. M.
 gehen wir am Montag hin? Nach dem schönen,
 freier Volk's. Restaurant Pferdebucht kochen
 lokal
 zum Wurst- u. Weißfleisch-Essen.
 Es empfiehlt sich bestend **W. Wolter.**

Gastwirtschaft Gustav Lindenhayn
 (Inhaber Karl Losch)
 Friedrichstr. 2. **Grünau.** Friedrichstr. 2.
 Mittwoch, den 16. November 1910 (Sabbat):
Großes Wurstessen
 wozu ergebenst einladet
 Karl Losch, Gastwirt.

Johannisthaler Volks-Garten
 Otto Senffleben.
 Am Samstag (den 16. November) gehen wir zum
Schlachtfest
 nach Johannisthal zu Otto Senffleben.

B. A. M.
Bosporus
 am Moritzplatz.
 Täglich: Varieté-Konzert.

Zirkus A. Schumann.
 Dienstag, den 15. November,
 abends 7 1/2 Uhr:
 Die mit großem Beifall auf-
 genommene Ausstattungs-Pan-
 tomime:
Der große Coup
 9 1/2 Uhr der 9 1/2 Uhr
Schmuggler
 Vorher: Das phänomenale
 Programm. U. a.:
Mirza Golem
 persische Truppe, 12 Personen
Mr. Alb. Pearson.
 Hohe Schule, geritten im Herren-
 sattel Herr Papietta
 sowie die übrigen Attraktionen.
 Morgen Samstag: Geschlossen.

U. T.
 Alexanderplatz,
 Unter den Linden 21,
 Wedding
 Reinickendorfer Straße 14,
 Moritzplatz,
 Hasenheide,
 Unions-Brauerei,
5
 in allen 5 Theatern
heute
 5 verschiedene grandiose
 Novitäten-Programme!

Königstadt-Kasino.
 Holzmartler 72, Ecke Alexanderstraße.
 Das gänzlich neue November-
 programm mit
Franz Sobanski.
 Emmy Pyretto, Georg Gray, Lotta
 Lesseg, Anna und Franz Verdler,
 Egon Piton, Silbermandlungskünstler.
Ein alter Fischhauer.
 Volkstanz mit Gefang.

Karl Haverland-
 Anfang Theater. Kommandanten-
 platz 7 1/2 u. Theater. Straße 77/79.
Candianys Sketsch
 Italienische Nacht
 sowie die neuen Spezialitäten.
 Heute nach der Vorstellung: **Ball.**

Walhalla-Theater
 Weinbergsweg 19/20. (Kosentz. Tor.)
 Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
 Eine Allerwelts-Revue
 in 5 Bildern. Mit den neuen
 November-Einlagen.

Burgtheater-
 Festsäle und Kinematograph
 vom. Grotzerjan, Ordbad: Rud. Murr,
 Schönhäuser Allee 129. Tel. 8, 9353.
Lebende Photographien.
 Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
 Anf. 7 u. Sonnt. 4 u. Vorzugskarten,
 nur wochentl. gültig, 25 Pf. auf allen
 Plätzen. Stets wechsl. Programm.

Volgt-Theater
 Gesundbrunnen, Badstraße 53.
 Gastspiel in Pahlmanns Theater,
 Schönhauser Allee 118:
 Dienstag, den 15. November 1910:
Der Gewissenswurm.
 Bauernkomödie mit Gesang in 3 Akten
 von E. Wenzelsgruber.
 Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr

Rollschuhbahn
 Kurfürstendamm 151
Heute
 Letztes Auftreten von
 Gentil, der brasilianische Apollo
The Gandy Children

Folies Caprice.
 Abends 8 Uhr:
Der Feldwebelhügel
 Ein Akt in Schürren
 von Demagier und Soda Soda.
Bunter Teil.
Hotel zur Jungfrau.
 Touristenpost von Satyr.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Dinstenstr. 215. Gedruckt v. 9-11 u. 4-8 Uhr. Tel. Amt III 938.

Bezirks-Verfassungen

mit folgenden Tagesordnungen:

Mittwoch, 16. November (Bußtag), nachm. 3 Uhr:

Schönhauser Vorstadt bei Rath, Schönhauser Allee 134a.

1. Vortrag und Regitation des Genossen Zimmermann über: „Aus dem literarischen Schaffen unserer Zeit!“ — 2. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Süden u. Südost im „Reichenberger Hof“, Reichenbergerstr. 147.

1. Vortrag der Kollegin Frau Lungwitz über: „Der wirksamste Schutz gegenüber den hohen Lebensmittelpreisen.“ — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Spandau bei Gottwald, Schönwalder Straße 80.

1. Vortrag des Kollegen Semetow über: „Die Brandschadung der deutschen Arbeiterklasse durch indirekte Steuern!“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. Die Mitglieder werden ersucht, ihre Frauen mitzubringen.

Ober-Schöneweide bei Rabe, Wilhelmshofstr. 43.

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Bühnenstimmung.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Rixdorf bei Gellert, Steinmetzstr. 93.

1. Vortrag des Kollegen Käder: „Die Ausplünderung der Arbeiterklasse durch indirekte Steuern!“ — 2. Diskussion. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr:

Norden bei Kramer, Gussitenstr. 40.

1. Vortrag des Genossen Zimmermann über: „Die Geschichte des preussischen Junkertums.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Nordwest bei Kirachkowski, Senfstr. 9.

1. Vortrag des Kollegen Käder: „Die Brandschadung der Arbeiterklasse durch indirekte Steuern.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Osten bei Roth, Strahmannstr. 29.

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Zentralisationsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Charlottenburg im Volkshaus, Köpenickerstr. 3.

1. Vortrag des Kollegen Semetow: „Generalkrieg oder Klassenkrieg.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Aufnahme neuer Mitglieder. — 5. Verschiedenes.

Tegel bei Kakles, Berliner Str. 92.

1. Vortrag des Kollegen Benini: „Die Schrammader an der Arbeit.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Schöneberg bei Franz, Tempelhofer Str. 18a.

1. Vortrag des Kollegen Reiche: „Ausnahmegesetze für die Arbeiter.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Weißensee bei Content, Scherstr. 5.

1. Vortrag des Kollegen Bennetow: „Die Arbeiterbewegung und ihre Gegner.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Samstag, den 20. November, vormittags 9 1/2 Uhr:

Gruppe der Kunststeinarbeiter im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.

1. Bericht von der Generalversammlung. — 2. Diskussion. — 3. Wie stellen wir uns zum kommenden Frühjahr?

Adlershof bei Kaal, Bismarckstr. 16.

1. Vortrag des Genossen Sabel über: „Die Gewerbeordnung und die Rechte des Arbeiters.“ — 2. Diskussion. — 3. Neuwahl eines Bezirksleiters resp. Schriftführers. — 4. Bericht. — 5. Verbandsangelegenheiten.

Rummelsburg u. Umg. bei Blume, Alt-Vogelsgarten 56.

1. Vortrag des Kollegen Bruns: „Zentralisationsbestrebungen innerhalb der Gewerkschaften.“ — 2. Diskussion. — 3. Bericht von der Generalversammlung. — 4. Verschiedenes.

Samstag, den 20. November, nachmittags 4 Uhr:

Reinickendorf bei Wohlfahrt, Eichbornstr. 18.

1. Vortrag der Kollegin Lungwitz über: „Die wirtschaftliche und politische Unfreiheit der deutschen Arbeiterklasse.“ — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Die Kollegen werden ersucht, mit ihren Frauen recht zahlreich zu erscheinen. 64/5

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Rixdorf.

Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, in Groppe's Festsaal, Hermannstraße 49:

Mitglieder-Verammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Redakteurs M. Kayser. 93/9

2. Verbandsangelegenheiten.

Großes Aufsehen
Martin Katz
Schneidermeister
Drosdener Straße 76, nahe dem Thalia-Theater
Herbst- und Winter-Garderobe nach Maß
aus besten deutschen u. englischen Stoffen, prima Zutaten,
garantiert tadelloser Sitz, erstklassige Verarbeitung:
Fertige Herren-Konfektion
in gediegener Ausführung in großer Auswahl am Platz:
Kleinste Wochen- oder Monatsraten ganz gestattet!
Vorzeiger dieses Inserats erhält 5% Rabatt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungshilfe Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987.

Donnerstag, den 17. November 1910, abends 7 Uhr,

in den Andreadeitzsälen, Andreadstr. 21:

Allgemeine Versammlung aller in Schrauben-Fabriken beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen (Werkzeugmacher und Einrichter).

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. 2. Diskussion.

Kollegen und Kolleginnen! In dieser Versammlung werden wichtige Beschlüsse gefaßt. Jeder Kollege und jede Kollegin muß wissen, wie unsere Stellungnahme in Zukunft ausgeführt wird. Darum ist es Pflicht aller in Schraubenfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, in dieser Versammlung anwesend zu sein. Die Vertrauensmänner werden ersucht, am Donnerstag schon um 6 1/2 Uhr im Versammlungsort anwesend zu sein.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß Metallarbeiter-Notizkalender für 1911 a 60 Pf. bei den Bezirkskassierern und im Bureau zu haben sind.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Mitglieder der Orts-Frankenkasse der Gelb- und Zingießer. Achtung!

Heute Dienstag, den 15. November, abends von 5 1/2 — 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3, findet die Delegiertenwahl für die obige Kasse statt. Alle großjährigen Mitglieder sind verpflichtet, an der Wahl teilzunehmen.

Kassen-Mitgliedsbuch legitimiert. S. H.: Gust. Schwabedal.

Die Ortsverwaltung.



Ganz Berlin kennt nur Urban als besten Schuhputz

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Die beste Küche für Hochzeiten finden Sie in den
Sophien-Sälen u. Pracht-Sälen Alt-Berlin
C. 54, Sophienstr. 17/18 Blumenstr. 10
Tel. III. 2783. Inhaber: Paul Baatz. Tel. VII. 3003.
20 Säle und Vereins-Zimmer mit modernen Bühnen,
50-1500 Personen fassend, an Sonnabenden und Sonntagen
noch frei. 1454/7

MANOLI
CIGARETTES
ÜBERALL

Infolge der enormen Beteiligung an unserem Preisauschreiben findet die Entscheidung statt am 15. erst am 25. November 1910 statt.
Pilsener Brauhaus G.m.b.H. in Berlin



Lebensunterhalt
oder guten Nebenverdienst kann man sich zu Hause mit Stricken für und ober Bedatte auf unserer erstklassigen Strickmaschine verdienen. Wir liefern dieselbe mit 50 St. Anzahlung und bequemem Teilzahlung. Anlernen gratis. — Streng verhehl. Unternehmern. — Strickmaschinen-Vertriebsgesellschaft m. b. H. Köln. Wen. Vertr. P. Hirschfeld, Berlin O. 19, Ballstr. 90/91.

H. & P. Uder, Engel-Ufer 5.
Berlin SO. 16.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kan., Schnapstabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten zu Originalpreisen.**
Am 4. 3014.

Orts-Frankenkasse der Vergolder und Berufsgenossen.
Dienstag, den 22. November 1910, abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, I (Saal 7):
Wahlversammlung der Arbeitnehmer,
wogegen sämtliche Kassenmitglieder über 21 Jahre eingeladen sind.
Tages-Ordnung:
Wahl von 80 Vertretern für das Jahr 1911.
Mitgliedskarte legitimiert.

Orts-Frankenkasse der Klempner.
Dienstag, den 22. November cr., abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:
Versammlung der großjährigen Mitglieder
unserer Kasse beauftragt Wahl von 100 Vertretern für das Jahr 1911.
Das Zutrittsgeld legitimiert.
Mittwoch, den 23. November cr., abends 8 1/2 Uhr,
Köpenicker Straße 100: Versammlung der Arbeiter,
welche Beiträge für angemeldete Mitglieder zu unserer Kasse leisten, beauftragt Wahl von 50 Vertretern für das Jahr 1911.
Die Arbeitgeber können sich auch durch ihre Geschäftsführer od. Betriebsbeamtete vertreten lassen.
1801b **Der Vorstand.**

Orts-Frankenkasse der Stellmacher.
Mittwoch, d. 23. November 1910, abends 8 1/2 Uhr, in Draisfeld-Schälen, Neue Friedrichstr. 35:
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung: (280/4)
1. Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern (ein Arbeitgeber, zwei Arbeitnehmer).
2. Wahl von drei Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1910.
3. Verschiedene Angelegenheiten.
Der Vorstand.
S. H.: S. J. J. J. J.

Orts-Frankenkasse für den Amtbezirk Tegel
mit Ausschluß von Pflanzensee.
Bekanntmachung.
Für die Kassenmitglieder Dienstag, d. 22. November 1910, abends 8 Uhr.
Tages-Ordnung:
Wahl von 87 Vertretern.
2. Für die Arbeitgeber Mittwoch, d. 23. November 1910, abends 8 Uhr.
Tages-Ordnung:
Wahl von 36 Vertretern.

H. Pfau, Bandagist
Berlin Direksenstraße 20
zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Goltzplatz.
Für Damen Frauen-Bedienung.
Lieferant für alle Krankenkassen.

Gummiwaren
aller Art. Anfr. erb. Gummi-Grosso-Haus G. A. Growald, Charlottenbg.-Bin. 57, P.-A.-S. Versand auch an Private.

5 Proz. Rabatt
bei Vorzeig. dieses Inserats
Für Damen
Aus meinem Engros-Lager.
Einzel-Verkauf nur v. 2-8 Uhr
Billeg enorm billigen Preise haben bis Sonntag den 20. November Geltung!
Elegante blaue Kammergarn-Kostüme
Ladenwert bis 50 M., jetzt bei mir 19 50 und 25 00 M.

Schwarze Jackelits und Prangen-Mäntel
aus prima Eskimo- u. Astrachanstoffen jetzt bei mir 18 00 18 00 25 00 M.
Hochelegante Abendmäntel
in hellen, modernen Farben aus feinsten Tuchstoffen mit reicher Stickerei, Ladenwert bis 40 M., jetzt bei mir 15 00 und 20 00 M.
Seiden-Peluche-Mäntel
in all. Hängen sehr preisw.

Sämtlich. Artikel auch für starke Damen vorrätig.
Klein Laden.
Sonnt. geöffnet. | Fahrg. ersetzt

H. Heymann
partier, Grüner Weg 48 (an der Köpenickerstr.)
Fahrlegenheit: Elektrische Bussen Nr. 1, 3, 6, 16, 22, 31, 45, 76, 78, 79.

Stempel-Fabrik
von 3654/8
Robert Hecht,
Berlin S., Cranienstr. 143.
Nerst schnell und billig alle Arten
Stempel
in bester Ausführung
Kautschuk- u. Metall-
von Zufommern- u. einzelnen Wörtern
solange ganze Sätze von 1,50 M. an

Die Gewerbegerichtswahlen der Arbeitnehmer

haben am Sonntag stattgefunden und gingen ziemlich glatt von statten. Durch die Erfahrung gewichtig, hatte der Magistrat diesmal die Wahlzeit bis nachmittags 6 Uhr festgelegt, im Gegensatz zum Jahre 1908, wo nur bis 3 Uhr gewählt werden konnte und wo zufolge der knappen Wahlzeit großes Gedränge auf den Höfen vor den als Wahllokale dienenden Turnhallen herrschte. Am Sonntagvormittag herrschte zwar auch Massenandrang, aber später wickelte sich das Wahlgeschäft glatter ab als früher. Viele Schwierigkeiten wurden Arbeitern auf verschiedenen Polizeirevierern wegen der Abstempelung der Wohnungsbescheinigung gemacht, ganz besonders wurden hier von Arbeitslose betroffen, die nach den Bestimmungen wahlberechtigt waren. Die Polizei erwiderte in dieser Beziehung als wenig entgegenkommend. Vor den Wahllokalen priesen die Stimmzettelteiler ihre Listen den Wählern an. Besondere Anstrengungen machten die Wiefenthaler, die ihre Liste unter der Firma: „Liste des Deutschen Metallarbeiterverbandes“ ausliefern. Dadurch sollte vor allem bei den Metallarbeitern der Glaube erweckt werden, als habe der Deutsche Metallarbeiterverband eine eigene Liste aufgestellt. Dieses Manöver scheint denn auch teilweisen Erfolg gehabt zu haben, der in dem Wahlergebnis zum Ausdruck gelangt.

Im ganzen wurden abgegeben 90 625 Stimmen; im Jahre 1908 83 211. Es beteiligten sich demnach 7436 Arbeiter mehr an der Wahl. Von diesen abgegebenen Stimmen erhielt die Liste I der freien Gewerkschaften 82 610, gegenüber den abgegebenen Stimmen 1908 6652 Stimmen mehr. Die Liste der Christlichen bekam 2411 Stimmen, 856 Stimmen weniger wie im Jahre 1908. Die Hirsch-Dunderschen bekamen 2000 Stimmen; auch diese Liste hatte 772 Stimmen weniger wie 1908.

Die Liste III der Wiefenthaler erhielt 2644 Stimmen. Es erhalten demnach die freien Gewerkschaften 64, die anderen Listen je 2 Weisiger.

Nach diesem Resultat sind die Stimmen der Hirsch-Dunderschen und die der Christlichen zurückgegangen, während die für die Liste I der freien Gewerkschaften abgegebene Stimmengahl gewachsen ist. Die Stimmengahl der Wiefenthaler ist, wie schon oben dargelegt, nicht auf geradem Wege erlangt worden, sondern auf Kosten des Zentralverbandes der Metallarbeiter. Die von den Wiefenthalern betriebene Agitation wurde in rein persönlicher Art geführt und baute sich auf Angriffe gegen leitende Personen des Metallarbeiterverbandes auf. Wenn sich unter solchen Umständen Arbeiter täuschen lassen, so zeigt das, daß viele Arbeiter über die Verhältnisse der Gewerkschaften noch nicht genügend unterrichtet sind und daß sie keine Arbeiterzeitungen lesen.

Die weitere Aufklärung in den Gewerkschaften wird dafür sorgen, daß die Arbeiter immer mehr erkennen, wo in Wirklichkeit ihre Interessen am besten gewahrt werden. Im großen und ganzen ist das Wahlergebnis für die Liste I der freien Gewerkschaften ein günstiges; es muß aber dahin gewirkt werden, daß in Zukunft die Wahlbeteiligung noch besser werden muß als bisher.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste!

S. B. In Niederlehme steht uns das Lokal von Kruschwitz zu allen Veranstaltungen zur Verfügung, dagegen sind die Lokale von Schmidt, Niederlehme und Nibel, Rene Mähle unter allen Umständen zu meiden.

In Mariendorf werden besonders die Kirchhofbesucher darauf aufmerksam gemacht, daß Straßs Gesellschaftshaus, Chausseest. 305, streng zu meiden ist. Es wird außerdem das in der Lokalliste verzeichnete Lokal von Aug. Fehlbach, Eisenmacherstr. 11, vis-a-vis dem Kreuzkirchhof empfohlen.

Spandau. Das Lokal von Seitz, Schützenstraße, ist nach wie vor gesperrt.

Lokalkommission für Berlin und Provinz Brandenburg. Der Obmann. A. Hanisch.

Zweiter Kreis. Morgen, Vuktag, Herrenpartie der 7. und 8. Abteilung nach Neu-Heigoland am Müggelsee. Abfahrt früh 8 Uhr 10 Min. vom Görlitzer Bahnhof. Regere Beteiligung erwünscht. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Am Vuktag findet eine Zuppartie nach Wilsberg, zum Alten Freund statt. Treffpunkt: Station Eichlam. Die Genossen, welche sich daran beteiligen und die elektrische Straßenbahn Nr. 91 benutzen, fahren bis zur Endstation Halensee und gehen zu Fuß bis zur Station Eichlam, die in 20 Minuten zu erreichen ist. Dasselbst vereinigen sie sich mit den Genossen, welche die Stadtbahn benutzen. Abmarsch von dort pünktlich 10 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Medelle, Sandjersstr. 60, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Referat über Konsumgenossenschaftsbewegung. Wahl einer Vergütungskommission. Anträge. Verschiedenes. — Mittwochabend 8 Uhr Neuterfeier im Rheinischhof. Der Vorstand.

Brik. Rudow. Heute Dienstag, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Schöneberg, Rudower Straße 66: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag über „Der Waffensirei“. Referent Genosse Redakteur Dittmer. 2. Diskussion. 3. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 4. Verschiedenes. — Gäste willkommen. Der Vorstand.

Treptow - Baumgartenweg. Heute abend 8 1/2 Uhr findet bei Evert, Baumgartenstr. 68, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung stehen Gemeindeangelegenheiten. Referent: Genosse Carow.

Friedrichshagen. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Schulthei-Restaurant, Friedrichstr. 74, der fünfte Vortragsabend des Genossen Max Grünwald über „Grundbegriffe der theoretischen Volkswirtschaftslehre“ statt.

Köpenick. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet im Stadttheater (Zuhaber Dito) die Wahlvereinsversammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag.

Mahlsdorf (Osbahn). Morgen Mittwoch (Vuktag), den 16. d. M., findet Flugblattverteilung statt. Die Genossen von Mahlsdorf-Süd treffen sich morgens 8 Uhr bei Mader, Köpenicker Allee, Ecke Winklerstraße; die von der Kolonie und Mahlsdorf-Ost im Restaurant Dräger, Wahnfriedstraße.

Ferner machen wir auf die am Sonnabend, den 19. d. M., abends im Lokale des Herrn Linte, Brunowstraße, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam und ersuchen für guten Besuch der Versammlung zu agitieren. Die Bezirksleitung.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr findet in den „Eichhornstätten“, Eichhornstr. 60, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Bezirksleitung.

Zegel. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, findet im Lokale von Julius Klippenstein, Spandauer Str. 4, die Mitgliederversammlung statt. Vortrag des Gen. Udo über „Moabit“. Vereinsangelegenheiten. Die Bezirksleitung.

Waldmannslust und Umgegend. Am Vuktag, den 16. November, Herrenpartie nach Liepnitzsee. Die Genossen sämtlicher Bezirksorte treffen sich früh 8 Uhr in Schönfließ an der Dorfstraße. Abmarsch von dort Punkt 8 1/2 Uhr.

Potsdam. Am Mittwoch (Vuktag) findet der Zahlabend in allen Bezirkslokale bereits um 1/8 Uhr statt.

Der Bildungsaußschuß veranstaltet am Sonnabend, den 19. d. Mts., abends 8 Uhr, im „Viktoriagarten“ einen Ballotie-Abend (Moderne Lieder und Worte). Eintrittskarten vorher bei Staab und Waldt.

Berliner Nachrichten.

Die technische Mittelschule der Stadt Berlin

wurde am Montag durch einen Festsakt eingeweiht. Die Eröffnung dieser neuen Lehranstalt, von der für das Gewerbe und die Industrie Berlins viel Förderung erwartet wird, liegt schon um ein Jahr zurück. Im Oktober vorigen Jahres begann die technische Mittelschule zunächst auf der Unterstufe mit dem Unterricht, und in diesem Jahre brachte ihr dann das Sommersemester und jetzt das Wintersemester den weiteren Ausbau durch Hinzufügung der übrigen Klassen. Ihr Heim hat sie in Berlin-Nord, westlich der Müllerstraße am Zeppeinplatz: es ist ein Teil der vom Bauat Hoffmann geschaffenen stattlichen Gebäudegruppe, die einen von vier Straßen umgebenen Baublock einnimmt und außer der technischen Mittelschule noch die 53. und die 300. Gemeindegemeinschaft sowie die 14. Realschule beherbergt.

An der Einweihungsfeier beteiligten sich Lehrer und Schüler der Anstalt, Mitglieder der städtischen Schulverwaltung, insbesondere des Kuratoriums der Mittelschule, zahlreiche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder, auch Vertreter der Staatsregierung, sowie eine Reihe von Männern des Gewerbes und der Industrie. Man hielt die bei solcher Gelegenheit üblichen Reden, die durch Gesang von Schülerinnen der 53. Schule eingeleitet und abgeschlossen wurden. Bürgermeister Reiche, der Vorsitzende des Kuratoriums, begrüßte die erschienenen Gäste. Ein Ministerialdirektor aus dem Handelsministerium drückte die Sympathien aus, deren die Staatsregierung die Stadt Berlin bei feierlichen Anlässen zu versichern pflegt. Direktor Volk, der Leiter der technischen Mittelschule, legte ihren Zweck und ihre Organisation dar.

Die Schule, deren Organisationsplan im wesentlichen ein Werk des früheren Stadtschulrats Gerstenberg ist, hat zwei Hauptabteilungen, eine für Maschinenbau mit zwei Fachklassen und eine für Technologie und Gewerbebetrieb mit zwei Fachklassen, außerdem eine gemeinsame Unterstufe mit zwei Vorklassen. Sie will durch Unterricht von zweijähriger Dauer tüchtige technische Kräfte für Industrie und Gewerbe sowie für kommunale und staatliche Betriebe heranbilden, junge Leute, die einmal in ihrem Beruf eventuell auch eine leitende Stellung einnehmen können. Als im Januar 1905 die Stadtverordnetenversammlung beschloß, für Berlin die längst gewünschte technische Mittelschule zu schaffen, wurde hervorgehoben, sie solle hauptsächlich dem sogenannten „neuen Mittelstand“ nützen, der mit der Entwicklung der Industrie aufkommen sei. Gewünscht wurde eine Schule dieser Art schon seit 1898 von Unternehmernkreisen, die darüber klagten, daß es an gut vorgebildetem Personal fehle. Die ganze Schul- und Bildungsfrage in der besagten Klasse wurzelt ja überhaupt lediglich in dem Wunsch, aus der Arbeiterklasse sich möglichst brauchbare Hände oder Köpfe heranzubilden, die dem „Vrothern“ möglichst viel Profit liefern. Die neue Schulgattung ist nach ihrem Plan und Ziel ein Mittelglied zwischen der gewerblichen Fachschule und der technischen Hochschule, dem entsprechend muß sie von den aufzunehmenden Schülern das Einjährigengzeugnis oder eine durch Prüfung nachzuweisende gleichwertige Vorbildung fordern.

Auf die Einweihungsfeier erfolgte eine gemeinsame Besichtigung der Anstalt, wobei ihre anheimelnden Räume und ihr reichhaltiges Lehrmaterial in manchem bewundernden Wort die verdiente Anerkennung fanden. Schade nur, daß die oben erwähnten Aufnahmebedingungen das Gros des Nachwuchses der Arbeiterklasse von vornherein vom Besuch dieser neuen Bildungsstätte ausschließen.

Das neue Aquarium im Zoologischen Garten und die Stadt Berlin. Der Zoologische Garten erhielt bisher eine jährliche Beihilfe von 12 000 M. vom Magistrat Berlin. Dieser hat beschloffen, vom 1. April 1911 ab auf 40 Jahre eine Beihilfe von 25 000 M. zu gewähren unter der Bedingung, daß im Zoologischen Garten ein Aquarium errichtet wird und den Bürgern der Berliner städtischen Schulen freier Einlass gewährt wird. Den Berliner Privatschulen und Fortbildungsschulen sollen Preisermäßigungen (20 Pf.) gewährt werden.

Der städtische Seuchenhof in Berlin ist bisher von der Viehzentrale in Friedrichsfelde gegen den Willen der städtischen Verwaltung benutzt worden. Es ist vorgekommen, daß auf dem städtischen Seuchenhof ohne Wissen der städtischen Verwaltung erkranktes Vieh vom Wagerdiebstahl in Friedrichsfelde geschlachtet worden ist. Städtischen Beamten ist sogar das Betreten des städtischen Seuchenhofes von der Polizei verboten worden. Begreiflicherweise konnte der Magistrat Berlin sich mit diesen Vorkommnissen nicht einverstanden erklären und hat dagegen Einspruch erhoben. Es soll nunmehr ein besonderer Seuchenhof in der Nähe der Kolonie Hefenwinkel und des Gutsbezirks Wilhelmshagen bei Erkner errichtet werden. Darüber herrscht natürlich in Erkner eine große Erregung, die aber wenig nützen dürfte, denn hinter der Viehzentrale steht die Regierung. Durch den Seuchenhof wird die schönste Gegend im Osten von Berlin „verschandelt“. Mit der Abholung des Terrains ist schon begonnen worden. Unwillkürlich wird man an die Errichtung der Fleischvernichtungsanstalt der Stadt Berlin erinnert. Als diese bei Schildow erbaut werden sollte, wurde Lärm geschlagen. Berlin mußte nachgeben und die Anstalt in Rudow, in einer weltabgelegenen Gegend, ohne jede Verbindung errichten. Die Viehzentrale errichtet ihren Seuchenhof im Zentrum einer blühenden Villenkolonie.

Die Ausstellung empfehlenswerter Jugendschriften im Gewerkschaftshause, verbunden mit einer Ausstellung von Wandschmuck, ist während des Monats November jeden Sonntag und Donnerstag von 5-9 Uhr geöffnet. Eingang zum Ausstellungsraum Portal B. Von Sonntag, den 11. bis Sonntag, den 17. Dezember, findet die Ausstellung wie alljährlich im Saal III statt. Während dieser Zeit ist die Ausstellung täglich von 3-9 Uhr zugänglich. Kinder haben nur in Begleitung von Erwachsenen Zutritt.

Der Stadtkämmerer und Stadtrat a. D. Gäßner ist im Alter von 84 Jahren gestorben.

Rektor Bod wieder krank. Das Befinden des Direktors Bod, der sich bekanntlich im Moabiter Untersuchungsgefängnis befindet, hat sich wieder einmal verschlimmert, so daß er nach dem Lazarettgefängnis in der Charité übergeführt wurde. Von ärztlicher Seite wurde der Ansicht Ausdruck gegeben, daß Bod bis zum 18. Dezember, an welchem Tage die Gerichtsverhandlung gegen ihn beginnen sollte, nicht verhandlungsfähig sei. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft ist daher der Termin aufgehoben.

Tödlicher Automobilunfall. Ein gefährlicher Unglücksfall trat sich vorgestern nachmittag in der Französischenstraße zu. Zwischen der Friedrich- und Charlottenstraße wollte der zehnjährige Schüler Richard Pöcher, Neue Grünstr. 39, den Fahrdamm überschreiten, wobei er nicht das Herannahen einer Automobilmaschine beobachtete. Als der Chauffeur Signale gab, sprang der Knabe erschrocken zur Seite und rannte nun in ein anderes vorüberkommendes Auto. Er wurde unter die Räder gerissen und so unglücklich überfahren, daß ihm der linke Brustkasten fast vollständig eingeedrückt wurde. Sterbend wurde Pöcher in die königliche Klinik eingeliefert.

Ein schwerer Straßenaufbruch hat sich gestern nachmittag in der Vorkögener Straße zugetragen. Vor dem Hause Nr. 8 wurde der 30jährige Arbeiter Karl Lindemann aus der Cabiner Straße 21 von einem Straßenbahnwagen der Linie 76 umgefahren. Der Verunglückte stürzte so heftig zu Boden, daß er mit einem schweren Schädelbruch liegen blieb. Nachdem er auf der nächsten Unfallstation die erste Hilfe erhalten hatte, wurde er nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert.

Mit dem Pfeil das Auge ausgeschossen. Bei einem heftigen Wertungunfall hat der zehnjährige Schüler Ernst Reinicke das rechte Auge eingebüßt. Er hatte mit einem anderen Schulkameraden mit einem Pfeil Schießübungen unternommen. Ein unglücklicher Zufall wollte es, daß er dem Spielgefährten in die Schuhtüte rannte und daß der Pfeil ihm in das rechte Auge eindrang. Der Verwundete wurde sofort nach der Charité gebracht, wo das Auge aber nicht mehr gerettet werden konnte.

Wahnsinnstakt einer Mutter. Ein schreckliches Familien drama hat sich am Sonntag in dem Hause Heidenfeldstr. 18, im Osten Berlins, abgespielt. In einem Wahnsinnsanfalle erschloß dort die Frau des Maurers Richter ihre beiden kleinen Kinder, zwei Mädchen im Alter von 4 und 5 Jahren, und erhängte sich dann selbst an einer Ofentür. Die Schreckensstat wurde mittags durch den heimkehrenden Gemann entdeckt. Das Richterische Ehepaar wohnte schon seit etwa drei Jahren in dem Hause Heidenfeldstr. 18. Da der Mann stets Arbeit hatte, lebte die Familie in auskömmlichen Verhältnissen. In letzter Zeit zeigten sich bei der Frau plötzlich Spuren von Geistesstörung. Ihr Zustand verschlechterte sich immer mehr, bis gestern der Verfolgungswahn voll zum Ausdruck kam. Als der Mann die Wohnung verlassen hatte, erschloß die Unglückliche ihre beiden kleinen Kinder mit einem Bindfaden und erhängte sich dann selbst an einer Ofentür. Bei der Heimkehr des Mannes waren Mutter und Kind schon Leichen. Die herbeigerufene Revierpolizei nahm den Tatbestand auf und ließ die Leichen nach dem Schauhause schaffen. Die Tragödie hat in der Umgebung des Hauses große Aufregung hervorgerufen.

Die Wettbewerbschaft hat einen Kaufmann Heine, der in einer hiesigen Großhandlung eine Vertrauensstellung bekleidete, veranlaßt Unterwäsche in Höhe von 21 000 M. zu begehen. Er wurde deshalb in Untersuchungshaft genommen.

Eine teure Nacht. Sechs blaue Lappen hat einem Landwirt, der sich vorübergehend in Berlin aufhält, eine fidele Nacht gekostet. Am Sonnabendabend machte er in einem Kasino unter den Linden die Bekanntschaft zweier Lebendamen, die sich erboten, ihm Berlin bei Nacht zu zeigen. Die beiden wußten sehr wohl, daß bei dem Fremden Geld zu holen war, und sie sorgten dafür, daß er bald die nötige Bekanntschaft machte. Sodann suchten sie mit ihm ein Pensionat in der Dorotheenstraße auf und raubten ihm die Geldtasche, die sechs Hundertmarktscheine enthielt. Als der Verübte am Morgen erwachte, wunderte er sich sehr darüber, wie er in das unbekannte Zimmer geraten konnte. Noch mehr aber war er erstaunt darüber, als er die unliebsame Entdeckung machte, daß seine Brieftasche mit den 600 Mark verschwunden war. Die Kriminalpolizei ist den beiden Frauengimmern auf der Spur.

Das Herbstfest des Vereins Freie Volkshäuser, welches diesmal im Konzerthalle der Huppoldischen Brauerei abgehalten wurde, wies ein solches den politischen Zeitbedingungen als der frohen Unterhaltung Rechnung tragendes Programm auf. Freilich Richard rezitierte poetische Episteln von Platen, Heine, Conrad Ferdinand Meyer, Adolf Glahdrenner („Brennglas“), Hermann Freilguth usw., in denen das „Gottesgnadenium“ bormärzlicher Potentaten mit unerkennbarer rückwärtiger Beziehung auf die Gegenwart gezeichnet wird. Deines „König Langohr“ und Glahdrenners „Ruderlied“ gelangen ihm wohl am besten. Hier kann der Vortrag eine mimoplastische Unterbrechung gut vertragen, während sonst jeder Aufwand an rhetorischem Pathos störend empfunden wird. Frau Witte Luß sang einige gefaltvolle Lieder von Saint-Saens, Berger und James Rothstein mit hoher Kunstvollendung. Rothsteins Komposition des ergreifenden Liebes vom Gemde (nach Thomas Hood von Freilguth) mußte besonders interessieren. Die Grundstimmung ist vornehmlich ernst; der Ausdruck dramatisch gesteigert und das sangbare Element mit musikalischer Feinheit behandelt. Der reinen mächtigen Wirkung dürfte die Komposition im Konzerthalle wohl sicher sein; es fragt sich jedoch, ob sie nicht durch die ungleichmächtiger im gesprochenen Text überboten wird. Nebenbei fanden auch noch einige andere Neuheiten desselben Komponisten, hauptsächlich das satirische „Lämmchen“ und die Dumoresse „Der faule Hans“ verdienten Beifall. Gustav Adolf Hendels vertritt es dank seiner komischen Vortragsmittel ausgezeichnet, die Lacher auf seine Seite zu bringen. Wie immer schon aber Frau Bogena Wadsworth doch den Vogel ab. Auch sie brachte verschiedene neue Chansons und Vorträge von Oscar Strauß und Bogumil Jepler mit. Daß sie allgemeine Heiterkeit einestellte, versteht sich am Rande. Nur der Bechsteinflügel, an dem James Rothstein sämtliche musikalischen Programmpunkte begleitete, erwies sich als ein ausgeklappter Marterknoten für seine Ohren — leider! Im Zettel hörten einige saßliche Druckfehler. Glahdrenner schrieb sich wieder mit einem „s“, noch hieß er Gustav, sondern Adolf. Dies zur Richtigstellung.

Ein gewaltiger Schadenfeuer brach Sonntagabend gegen 6 Uhr in der bekannten Berliner Weißbierbrauerei von Gabriel u. Jäger in der Choriner Straße 85/86, Ecke Heidenfelder Straße, aus. Der Brandherd lag in der alten Mälzerei, die in einem etwa 25 Meter langen und 10 Meter breiten dreistöckigen Gebäude untergebracht war. Als der Räucher um 4 Uhr die Kunde machte, ist er ihm nichts Verdächtiges aufgefallen. Erst kurz vor 6 Uhr, als er die Mälzerei wieder betreten wollte, schlugen ihm beim Öffnen der Tür viele Rauchwolken entgegen. Er alarmierte sofort das übrige Personal und sorgte dafür, daß die Feuerwehr benachrichtigt wurde. Als wenige Minuten später der Löscharbeit aus der neuen Oberberger Straße anrückte, stand der zweite Stock des alten Mälzereigebäudes schon in Flammen. Es wurden daher unverzüglich noch weitere Löscharbeiten zu Hilfe gerufen. Sowohl auf der Straße wie auf dem Hofe wurden große mechanische Wehren errichtet, während mehrere Dampfmaschinen in Tätigkeit traten. Bald waren 14 Schlauchleitungen in Aktion und ungeheure Wassermengen

mengen wurden in die Blut geschleudert. Trohdem griff das Feuer auch nach dem dritten Stock über, wo es wieder verheerliche Nahrung fand. Die Löscharbeit mußte mit der größten Vorsicht ausgeführt werden, da Holzstücke fortgesetzt explodierten und ein großer Funkenregen über den Hof geriet wurde. In der Hauptsache galt es, das gefährdete Hauptgebäude und den neuen Holzspeicher zu schützen, was auch durch unausgesetztes Wassergeben gelang. Von dem zweiten und dritten Stock des alten Holzereigebäudes konnte nichts gerettet werden, auch der Dachstuhl ist zerstört. Der Schaden ist ganz bedeutend, da mehrere tausend Zentner Holz vernichtet sind. Mit der vollständigen Ablösung hatte die Behr bis in die Nacht hinein zu tun. Die Brandursache ist unbekannt.

Arbeiter-Bildungsschule. Der nächste Vortrag über „Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus“ (Kursus des Genossen Jul. Vorkardt) findet am Mittwoch (Vorgtag) früh 10 Uhr statt. Da wegen der Verlegung am vorigen Sonntag zahlreiche Teilnehmer gefehlt haben, so wird zunächst der vorige Vortrag noch einmal wiederholt. Daran schließt sich dann gleich die folgende Lesung.

Gefunden. Am Mittwochabend vergangener Woche sind in der Alten Jakobstraße vierundzwanzig Stück auf Schmir gezoogene Gummi-pufferlöcher für Automobile gefunden worden, unter Kommissionsnummer 85 261. Sollte dieselben ein städtischer Verloren haben und selbiger ersatzpflichtig sein, können dieselben abgeholt werden bei Frank, Eylauerstr. 24, am Kreuzberg, Hof 1 Tr. 2.

Auf dem Kunstabend der Dreher in der Brauerei Friedrichshain am 12. November ist ein silbernes Armband gefunden worden. Dasselbe ist bei Wegener, Wadstraße 85, Quergebäude 4 Treppen, abzuholen.

Vorort-Nachrichten.

Rigdorf.

„Glänzender Sieg“ der Bürgerlichen.

In den Wahlverhandlungen der kommunalen Vereine leidet die Nebenart von einem „glänzenden“ Siege über die Kandidaten der Demokratie und der mit ihnen verbündeten Sozialdemokratie in der zweiten Abteilung immer wieder. Das das ehrsame „unparteiliche“ „Rigdorfer Tageblatt“ in dasselbe Horn stößt, verwundert nicht sonderlich. Es gehört schon die Stirn der Wahlrechtsträuber und ihres biedereren Leiborgans dazu, angesichts der besonderen Umstände noch von einem Siege oder gar von einem „glänzenden“ Siege zu reden. Nachdem durch das schändliche Ortsstatut Hunderte von Wählern von der zweiten in die dritte Abteilung abgeschoben wurden und so die Schichten der Besitzenden in der zweiten Abteilung eine dominierende Stellung einnehmen konnten, haben dann diese Leute noch den sonderbaren Mut von „glänzenden“ Siegen zu reden. Das Versteht sich von selbst, wenn man die einzelnen Auslassungen einer näheren Betrachtung unterzieht. Wieder ist es das „unparteiliche“ „Rigdorfer Tageblatt“, welches die niedrige und schmutzige Kampfweise seiner Anhänger mit dem Mantel der christlichen Nächstenliebe verdeckt und anderen dafür die Schuld in die Schuhe zu schieben versucht. Mit der ehrbaren Miene eines Biedermanns erklärt das Organ der Wahlrechtsträuber treuherzig, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien auch in diesem Wahlkampfe den bisherigen Standpunkt vertraten, daß man nicht Parteipolitik in das Stadtparlament tragen solle. Es vergißt nur zu erwähnen, daß gerade die bürgerlichen Parteien es waren, die die abgestandenen Unwahrheiten des Reichs-wahrheitsverbandes in dem verflochtenen Wahlkampf benutzten, um den politischen Gegner in Mißkredit zu bringen. Das weiter — was bisher nicht widerprochen wurde — diese Kampfleite in der Druckerei des „Rigdorfer Tageblatt“ hergestellt wurden, allerdings, ohne unter diese irgendeine Firma zu setzen. Wenn sich dieses „unparteiliche“ Organ darüber aufhält, daß „auswärtige“ Parteigänger, die mit den örtlichen Verhältnissen nur sehr flüchtig bekannt sind, in den Wahlkampf eingriffen, so wird auch hier vergessen mitzutheilen, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien sogar finanzielle „auswärtige“ Unterstützung erhalten haben. Ist doch öffentlich unvordenklich in der positiven Form gesagt worden, daß der Reichsverband für die vereinigten bürgerlichen Parteien Geldmittel zur Verfügung gestellt hat. Für das „R. L.“ und deren Troß liegt also nicht der allergeringste Grund vor, sich über „auswärtige“ Hilfe anderer aufzuhalten oder zu molieren. Hinterher noch läßt behaupten zu wollen, daß die vereinigten bürgerlichen Parteien auch in diesem Wahlkampf den bisherigen Standpunkt vertraten, keine Parteipolitik in das Stadtparlament zu tragen, nachdem der Reichs-wahrheitsverband im Interesse dieser Parteien seine Schlammfluten über Rigdorf ergossen hat, ist denn doch eine so starke Leistung, die selbst noch bei den Wahlrechtsträubern auffällig erscheint.

Wie uns noch mitgeteilt wird, ist in den städtischen Büreaus — allem Anschein nach nicht gegen den Willen des Magistrats — ein großer Teil der Wahlarbeiten erledigt worden, selbstverständlich der Wahlarbeiten für die bürgerlichen Parteien.

Der Wahlrechtstraub hat sich glänzend bewährt. Eine kleine Clique hat in Rigdorf die absolute Herrschaft. Daß diese absolute Herrschaft unter Außerachtlassung der gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen erzwingen wurde, verursacht diesen politischen Jugendholden durchaus keine Gewissensbisse.

Schöneberg.

Leichensund. Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde gestern nachmittag gegen 3 Uhr auf einem Spargelfelde, an der Straße 38, gefunden. Der Tote, dessen Alter auf etwa 50 Jahre geschätzt wird, hat anscheinend schon mehrere Tage dort gelegen. Es wird vermutet, daß sich der Mann zum Schlafen niedergelegt hat und erfroren ist. Ausweispapiere wurden bei der Leiche nicht vorgefunden. Bekleidet war der Tote mit graubrauner Jacke, dunklen Hosen, braunfarbener Weste, dunklen Hosen, grauen Strümpfen und guten Schuhen. Um den Hals trug er ein kleines Tuch.

Lichtenberg.

Gesegnet! Das Trifolium der Gelben, Polizeitruppen und Grundstücksbesitzer sieht jammernd am Grabe seiner Hoffnung, bei der gestern vorgenommenen Stadtverordneten-Erwahl im 18. Bezirk dieses Mandat der dritten Abteilung für die Vorschubbank noch einmal retten zu können. Das Angebot der Kräfte und der im geheimen ausgeübte Terror hat nichts genutzt; die Sozialdemokratie eroberte das 16. Mandat der dritten Abteilung. Die eifrige Organisations- und Agitationsarbeit unserer Genossen im Wahlbezirk, die allein die Arbeit leisteten und für Sonntag mittag noch eine Versammlung arrangiert hatten, die sicher von gutem Einfluß auf das Ergebnis gewesen ist, verbläbte unserem Kandidaten Elias das Mandat. Bei der vorigen Wahl vereinigten wir nur 187 Stimmen auf unseren Kandidaten; der bürgerliche Kandidat blieb mit 251 Stimmen Sieger. Diesmal votierten 243 Wähler für den Genossen Elias, während der Vertrauensmann der Gelben, Polizeier und Spielanten sich mit 177 Stimmen begnügen mußte. Unter Berücksichtigung der Stimmgewichte ist unser Sieg ein hoch erfreulicher, der für uns die besten Hoffnungen auf die nächsten Wahlen rechtfertigt. Die dritte Abteilung ist ganz unser, nun heißt die Parole: Sturm auf die zweite Abteilung!

Ein schwerer Betriebsunfall ereignete sich gestern nachmittag in der Lederfabrik von Gebüder Schlägel in der Adlersstr. 25. Durch einen Fehltritt stürzte dort der 27-jährige Arbeiter Alex Zenk aus der Hausburgstr. 10 in einen Vottich mit lodender Gerbrühe. Er erlitt so schwere Verbrühungen, namentlich an den Beinen, daß er nach dem Krankenhaus am Friedriehshain geschafft werden mußte.

Triptow-Baumfällungsweg.

Aus der Gemeindevertretung. Die Verzugswach- und Umfahsteuerordnung bedurfte, nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts gegen die Städte Schöneberg und Wodum, einer Umarbeitung. Diese Umarbeitungen wurden bereits im Oktober in geheimer Sitzung erledigt. Sie wurden am 25. Oktober von der Regierung genehmigt und am gleichen Tage vom Gemeindevorstand veröffentlicht. Frau Peterschun war am 8. März, an dem die Berliner Arbeiter den denkwürdigen Wahlrechtsprotest nach dem Treptower Park geplant hatten, von attackierenden Soldaten in der Eisenstraße überritten und schwer verletzt worden. Sie erhob gegen die Gemeinde Triptow Anspruch auf Schadenersatz. Der Gemeindevorstand wies im Einverständnis mit der Mehrheit der Gemeindevertretung Frau Peterschun ab. Diese beschritt nun den Klagenweg und beantragte von der Gemeinde Triptow Schadenersatz und Schmerzensgeld 1965 M. Die Gemeinde Triptow wurde dem Grunde nach verurteilt. Der Gemeindevorstand will gegen dieses Urteil Berufung einlegen und ersuchte daher um Zustimmung der Gemeindevertretung. Genosse Hartmann empfahl, den Gemeindevorstand zu beauftragen, mit Frau Peterschun in Einigungsverhandlungen einzutreten. Die Frau sei nicht, wie bei Beratung des Abweilungsbeschlusses behauptet worden sei, selbst schuld gewesen, daß sie überritten wurde. Die Gemeinde sei nicht nur durch dieses Urteil, sondern auch moralisch verpflichtet, die Frau zu entschädigen. Die Berufung sei auch deshalb nicht zu empfehlen, weil der Redakteur Barth vom „Vorwärts“, dem ja bereits auf Beschluß der Gemeindevertretung der Streit verfallen worden ist, nicht regreßpflichtig gemacht werden könne. Genosse Karow und Herr Kröbel von der Demokratischen Vereinigung schlossen sich diesen Ausführungen an. Der juristische Mitarbeiter in der Gemeindeverwaltung empfahl, die Berufung einzulegen. Bürgermeister Schablow schlug vor, den Gemeindevorstand zu beauftragen, mit Frau Peterschun in Verhandlung einzutreten; aber dennoch die Berufung einzulegen, damit die Verzugswachfrist nicht ablaufe, ohne daß eine Einigung zustande gekommen sei. Dieser Vorschlag wurde von der Mehrheit angenommen. Die Kosten im Betrage von 2500 M. zum Bau eines Schuppens auf dem Gemeindegrundstück Hiesfeldstr. 47 für Wagen und Gerätschaften wurden bewilligt. Den Zeitpunkt der Bauausführung zu bestimmen wurde dem Gemeindevorstand überlassen.

Triptow steht vor der dringenden Aufgabe, einen neuen Friedhof anzulegen oder seinen im Gebrauch befindlichen Friedhof bedeutend zu vergrößern. Letzteres ist wegen der eigenartigen Grundbesitzverhältnisse in der Nähe des Kirchhofs sehr schwierig. Die Gemeinde hat schon vor einigen Jahren das ehemalige Adernmännische Grundstück in der Hiesfeldstraße oberhalb des Zeltonanals für Friedhofszwecke angekauft. Dieses Grundstück ist auch bereits vom Kreisrat unterstellt und für Begräbniszwecke geeignet erklärt worden. Das Grundstück liegt jedoch etwas tief und muß, wenn es als Kirchhof benutzt werden soll, um 1 1/2 Meter aufgehöhrt werden. Nach einer Kostenberechnung des Gemeindevorstandes würde dadurch der Gemeinde jede Grabstelle auf 52 M. zu stehen kommen, das sei zu teuer. Der Gemeindevorstand schlägt deshalb vor, einen Friedhof in Alt-Glienide zu errichten. Dort würde die Berechnung des Gemeindevorstandes und unter Berücksichtigung der nachträglich von Alt-Glienide geforderten Summe von 8200 M. als Ersatz für entgangene Grundsteuer die Grabstelle sich auf 13 M. a r f stellen.

Gegen dieses Projekt hat eine öffentliche Versammlung in Triptow eine Protestresolution angenommen und dem Gemeindevorstand überreicht. Die sozialdemokratischen Gemeindevertreter und Herr Kröbel haben gemeinsam beantragt: 1. Den Vorschlag des Gemeindevorstandes, in Alt-Glienide einen Friedhof zu errichten, abzulehnen. 2. Den Gemeindevorstand zu beauftragen, mit der Stadt Berlin wegen Ueberlassung von Land zu Friedhofszwecken in Verhandlung zu treten. 3. Wegen der Eingemeindung Triptows mit Berlin in Verbindung zu treten.

Auch einige bürgerliche Vereine und der evangelische Pfarrer, Herr Ahlensfeld, protestieren gegen die Errichtung des Friedhofs in Alt-Glienide. Bürgermeister Schablow betonte dazu: Er erkenne die Forderung, den Friedhof innerhalb des Gemeindebezirks zu errichten, als berechtigt an. Triptow habe aber sehr wenig eigenen Grundbesitz, zwei Drittel des gesamten Grund und Bodens des Gemeindebezirks sei in den Händen der Stadtgemeinde Berlin. Berlin sei aber bestrebt, von diesem Besitz nichts zu veräußern. Das ehemalige Adernmännische Grundstück sei ebenso zu teuer zum Friedhof. Die Gemeinde müsse aber auch bestrebt sein, dieses Grundstück für später zu errichtende Baulichkeiten und Anlagen der Gemeinde zu reservieren. Auch mit dem Forstfiskus seien wegen Landkauf zu einem Friedhof Verhandlungen gepflogen worden. Der Forstfiskus habe aber zunächst die Einreichung eines Bebauungsplanes der Königsheide verlangt. Das sei jedoch auf Jahre hinaus noch nicht möglich und so sei auch dieses Projekt als gescheitert zu betrachten. Genosse Karow begründete die eingebrachten Anträge und gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß, wenn Triptow nicht solche kleinliche Rabellspolizei gegen Berlin führe und sich zu einer eventuellen Eingemeindung bereit erkläre, von Berlin auch noch Land bekommen werde. Triptow könne bei einer Eingemeindung nach Berlin doch nur gewinnen. Die durchaus schlechten Verkehrsverhältnisse, unter denen Triptow zu leiden habe, wären dann viel leichter zu beseitigen. Das im Besitz Berlins befindliche Land würde der Bebauung erschlossen werden und der ganze Ort könne sich dadurch schnell entwickeln. Das Projekt Alt-Glienide müsse schon darum abgelehnt werden, weil es den Anverwandten der Verstorbenen, die doch meist Beschloße seien, schwere Opfer an Zeit und Geld auferlege. Herr Kröbel wies ebenfalls auf die großen Vorteile hin, die Triptow von einer Eingemeindung nach Berlin zu erwarten habe. Bürgermeister Schablow und Gemeindevorstand wiesen noch darauf hin, daß Triptow in den letzten fünf Jahren eine Zunahme von 15 000 Einwohnern zu verzeichnen habe. Wenn sich Triptow weiter so entwickle, dann habe es nach 15 Jahren 43 000 und nach 20 Jahren 58 000 Einwohner. Berechnet man pro Wille 13 Sterbefälle, so sei bei dieser Bevölkerungszunahme das ehemalige Adernmännische Grundstück, welches circa 18 000 Grabstellen fassen könne, im Jahre 1929 vollständig belegt. Das Grundstück in Alt-Glienide faßt circa 28 500 Grabstellen. Hier könnte man also damit rechnen, daß man nach 25 Jahren eventuell von neuem beerdigen könne. Nachdem noch einige Gemeindevertreter vom Grundbesitzbereich sich gegen die Anlegung des Friedhofs in Alt-Glienide ausgesprochen hatten, machte der Bürgermeister den Vorschlag, die Angelegenheit zu vertagen und dem Vorstand den Auftrag zu geben, noch einmal mit Berlin in Unterhandlung zu treten. Der Vorschlag wurde angenommen. Einige Punkte der Tagesordnung wurden der vorgedrängten Zeit wegen bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Pankow.

Dente Dienstag finden die Wahlen der Gewerbegerichts-beisitzer statt. Die Arbeitgeber wählen in der Zeit von 10 bis 11 Uhr, die Arbeitnehmer von 8-9 Uhr. Das Wahllokal befindet sich Restaurant „Belvedere“, Dreifelderstr. 21a. Reiner, der sich in die Wählerliste hat eintragen lassen, darf von der Wahl fernbleiben.

Zehlendorf (Barnseebahn).

Daß die Gemeindevertretung auf die Wünsche der Besitzenden viel mehr Rücksicht nimmt wie auf die Bedürfnisse der Rinderbemittelten zeigt der Kampf um die Volksschule im Südbezirk. Schon vor acht Jahren war von unseren Genossen im Gemeindevahlkampf auf die Notwendigkeit der Errichtung hingewiesen worden und im Laufe der Jahre wurde immer wieder auf die zunehmende Dringlichkeit verwiesen. Während hier aber fast

ein Jahrzehnt notwendig war, um die ersten Schritte zu veranlassen, soll der vor längerer Zeit beschlossene Bau der Ober-Realschule sehr beschleunigt werden. Das genügt aber den Drängern in dieser Angelegenheit nicht. Die Oeffentlichkeit Zehlendorfs wird jetzt durch ein längeres „Eingeländt“ im „Zehlendorfer Anzeiger“ bearbeitet, um durch diesen Druck auch den Bau des feinerzeit im Prinzip beschlossenen Reform-Realgymnasiums zu beschleunigen. Zur Vorbereitung dieses „Eingeländt“ haben die Herrschaften in recht rühriger Weise Umfragen in Zehlendorf-West und Schlachtensee anstellen lassen, um die voraussichtliche Schülerzahl festzustellen, die eventuell für den Besuch in Frage läme. In dem Eingeländt will man allen Ernstes glauben machen, daß eine Anzahl der Zugänge in Zehlendorf-West und Schlachtensee nur auf den angeführten Beschluß der Gemeindevertretung zurückzuführen ist. Das ist natürlich Unsinn, denn die Mehrzahl der Willenbesitzer hatten ihre Gelände längst vor dem Beschluß gekauft und zum Teil auch schon mit dem Bau ihrer Villen begonnen, als jener Beschluß erfolgte. Aber dieser Unsinn hat Methode, weil er die nötige Wirkung auf unsere Gemeindevertretung haben wird. Aus diesen Vorgängen sollten auch die Arbeiter lernen, ihre Interessen mit größerem Nachdruck zu vertreten, was sie aber nur durch den Zusammenschluß in der politischen und gewerkschaftlichen Organisation tun können.

Nieder-Schönhausen-Nordend.

In der letzten Gemeindevertreterversammlung machte der Bürgermeister Abraham zunächst auf den neu gegründeten Verein zur Verbläpfung der Tuberkulose für Pankow-Nieder-Schönhausen aufmerksam. Die Aufgabe des Vereins sei, Maßregeln zu treffen zur Unterdrückung der Tuberkulose. Beitrittserklärungen nimmt der Gemeindevorstand entgegen. Als Oberlehrer und Leiter der Anabensvorschule und der Sexta des Realprogymnasiums wurde Herr Dr. Stolze aus Pankow gewählt. Das Gehalt desselben beträgt vom 1. April 1911 ab 2700 M. und 220 M. Pensionszulage; ferner erhält er als Leiter der Schule 500 M. jährlich extra. Hierauf wurden die Reisekosten für die Vorbereitung der Wahl eines Oberlehrers an der höheren Mädchenschule bewilligt und Direktor Seelmann beauftragt, über den zur engeren Wahl gestellten Herren an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen. Bezüglich der Benutzung der Tanzformatorien (Säulen der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft) zu Reklamazwecken wurde beschlossen, die Verpachtung an einen Unternehmer öffentlich auszuschreiben und die Festsetzung der Bedingungen der Baukommission zu überlassen. Von der hiesigen Ortsgruppe des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes lag ein Gesuch vor um Erlaß eines Ortsstatuts über die Sonntagstrübe im Gandelsgewerbe. Nebenbei sei bemerkt, daß schon vor längerer Zeit vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geisinnen ein solcher Antrag an den Gemeindevorstand gestellt war, aber aus irgend welchen Gründen nicht zur Beratung gestellt wurde. Das Gesuch hatte infolgedessen Erfolg, indem die Vertretung den Beschluß faßte, abzuwarten, was die Stadt Berlin unternimmt, um eine einheitliche Regelung in dieser Frage zu erzielen. Eine längere Debatte zeitigte ein Gesuch der Leiterin des hiesigen Fröbelschen Kindergartens um Bezahlung der Miete für die erforderlichen Räume im Betrage von 400 M. vom 1. Januar 1911 bis 1. April 1912. Nachdem der Bürgermeister auf das Bedürfnis des Kindergartens hingewiesen hatte, stimmte die Vertretung dem Gesuch zu, jedoch soll der seitherige jährliche Zuschuß von 150 M. wegfallen. Hierauf folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Potsdam.

Stadtvorordnetenversammlung. Ein Stadtvorordnete haben einen Antrag eingebracht, wonach die Stadtvorordnetenversammlung die Bedürfnisse und die Platzfrage sowie die Aufbringung der Mittel für den Rathausneubau erörtern möge. Schon seit Jahren reichen die Räume nicht mehr aus. Die einzelnen Zimmer sind überfüllt und einzelne Abteilungen hat man in der Nachbarschaft des Rathauses unterbringen müssen. Der Oberbürgermeister äußerte hierzu, daß sich der Magistrat mit dieser Angelegenheit schon seit langem befaße. Eine gemischte Kommission werde demnächst hierüber beraten. Als unbesetzter Stadtrat wurde mit 42 von 47 abgegebenen Stimmen der Stadtrat Krause gewählt. Das öffentliche Anschlagwesen soll ab 1. April 1911 auf zehn Jahre verpachtet werden. Die vom Magistrat vorgeschlagenen Vertragsbestimmungen sollen von einer Sonderkommission nochmals einer Prüfung unterzogen werden. Das Grundstück des Herrn v. Bradenhausen an der Ecke der Wörther Straße hat gleich den anderen Grundstücken dieser Gegend einen Anliegerbeitrag von 9000 M. zu entrichten, welcher bei Vornahme von baulichen Veränderungen fällig wird. Der Eigentümer hat gebeten, diesen Betrag auf 3000 M. herabzusetzen, weil sein Grundstück nicht wie die anderen durch die Anlegung der Straße 33, welche der Anlaß zu den Anliegerbeiträgen war, gewonnen habe. Die Abstimmung wird bis zu einer stattgefundenen Lokalbestätigung vertagt. Zu seiner diesjährigen Konferenz hat der Ostpreussische Verband von Direktoren und Betriebsleitern von Elektrizitätswerken Potsdam als Tagungsort andersehen. Daß dies der Fall ist, ist nichts Sonderbares, daß aber die Stadt Potsdam diesen Gästen (etwa 50 bis 60 Personen) ein Frühstück für 300 M. auf Kosten seiner Steuerzahler spendieren will, muß dem doch Verwunderung erregen. Wir meinen, die Steuergroschen sind praktischer zu verwenden. Schon häußt sich die Zahl der Arbeitslosen am Ort und der zu erwartende strenge Winter läßt die Aussichten auf Arbeitsgelegenheit weniger rosig erscheinen. Wir sind neugierig, ob dann unsere Stadtväter im gegebenen Falle auch eine so offene Hand gegenüber ihren Mitbürgern zeigen, wie sie es gegenüber ihnen völlig fernstehenden Verloren tun. Die Frühstücksbewilligungen sind bei unseren Stadtvätern jetzt so zahlreich, daß man fast an eine Krantheit glauben möchte.

Jugendveranstaltungen.

Potsdam. Am Mittwoch, den 16. November, veranstaltet die „Freie Jugendorganisation“ einen Ausflug nach Wiesenburg. Der Abmarsch erfolgt um 9 Uhr vom Betriebslokal, Dreifelderstr. 21, aus.

Am Donnerstag, den 17. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Vereinslokal eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Gäste sind eingeladen.

Kunstler Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen Marktlage: Fleisch: Zufuhr reich, Beschäftigung ruhig, Preise für Rindfleisch und Schweinefleisch nachgebend. Wild: Zufuhr reichlich, Beschäftigung lebhaft, Preise fast unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Beschäftigung lebhaft, Preise gedrückt. Fisch: Zufuhr knapp, Beschäftigung ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Beschäftigung ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Beschäftigung ruhig, Preise behauptet.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 13. 11.		am 12. 11.		
	am	seit	am	seit	
Regel, Mühl	180	+10	Saale, Spandau	186	-23
Regel, Unterburg	94	-1	Saale, Brandenburg	76	-8
Regel, Thurn	80	+3	Kathenow	72	-1
Ober, Rothor	89	-65	Spree, Spremberg	92	0
• Stolzen	215	+28	Seehof	136	-0
• Franfurt	—	—	Weier, Rindon	65	+15
Waldh., Schrimm	32	+6	• Rindon	130	-16
• Landsberg	—	+3	• Wein, Maximilianbau	608	-36
Rege, Borsdamm	2	0	• Raus	516	+4
Eibe, Peltmeritz	192	-18	• Rölln	697	+56
• Dresden	62	+8	• Redar, Seidbrom	210	-13
• Barby	297	+15	• Rain, Berthelm	342	+10
• Magdeburg	214	+12	• Havel, Teter	450	-146

*) + bedeutet Hoch, - Fall. *) Unterpar.

Nach telegraphischen Mitteilungen ist die Ober- und Unterpar bei Rathbar bis heute morgen auf 325 cm gefallen. Ebenso sind Oberpar bei Rathbar und Unterpar bei Rathbar auf 325 cm gefallen, auch bei Rathbar bauer das Rathbar fort. Der gestrige Wasserstand bei Rathbar lag rund 1/2 m über Mittelhochwasser und 1 m über der Ausflugschwelle.